Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 37. Dienstag, den 9. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **5. Mai 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig; die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre, bekanntzugeben, dass Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt hat.

2. Die Vorstehungen des St. Anna-Kinderspitales und des Central-Krippenvereines beehren sich, anlässlich der Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an Frau Henriette Nilius, Ökonomieleiterin des einen und Präsidentin-Stellvertreterin des anderen Vereines, den Ausdruck ihres tiefgefühlten Dankes zur Kenntnis des hochlöblichen Gemeinderathes zu bringen.

Wird zur Kenntnis genommen.

3. Die Vorstehung des Allgemeinen niederösterreichischen Volksbildungs-Vereines bringt unter dem Ausdrucke des Dankes für die Spende des Gemeinderathes zur Kenntnis, dass sie die alternativ bewilligte Subvention von 300 fl. für die Jahre 1893, 1894 und 1895 in Anspruch nimmt.

Dient zur Kenntnis.

4. Das Comité des Wohlthätigkeitsbazars vom Jahre 1893 spendete 1000 fl. für die Armen nach Ermessen des Bürgermeisters.

5. Herr Jacques Landesmann hat zur Erinnerung an den Todestag seiner Frau den Betrag von 100 fl. zur Beköstigung armer Schulkinder gespendet.

6. Ein ungenannt sein wollender Wohlthäter hat für die Armen des XIV. Bezirkes den Betrag von 100 fl. gespendet.

7. Herr Rath Schiebek zeigt an, dass Herr Adolf Kuffner am 1. April d. J. für die beiden Waisenknaben, welche bei der Ziehung des Prämienanlehens der Stadt Wien am 2. Jänner 1893 in Verwendung standen, den Betrag von 20 fl., das ist je 10 fl. für den einzelnen, zur Einlage in die Sparcassa erlegt hat.

Die Versammlung spricht den Dank für diese Spenden aus.

8. In der letzten Sitzung wurde vom Herrn Gem.-Rathe Büsch eine Interpellation gestellt, welche sich auf die Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke, insbesondere in dem ehemaligen Gaudenzdorf, bezieht.

Es ist auf diese Interpellation zu erwidern, dass, nachdem Ende 1892 vom Bauamte noch nicht die Vorlagen für alle Vorortebezirke fertiggestellt werden konnten, die bestehenden Verträge mit Beschluss des Stadtrathes vom 21. December 1892 nochmals auf die Dauer eines halben Jahres für die Bezirke XI bis XIX erneuert werden mussten. Es ist also noch derzeit für Gaudenzdorf die Räumung der Hauscanäle den Hausbesitzern überlassen; es ist jedoch die Vergebung der Canalräumungsarbeiten in einem erweiterten Umfange vom 1. Juli d. J. an im Zuge, und werden von diesem Zeitpunkte an, da die Canaltableaux für den XII. Bezirk bereits fertiggestellt sind, in Gaudenzdorf die Hauscanäle in die communale Verwaltung, respective Räumung, einbezogen werden.

9. Herr Gem.-Rath Büsch hat weiter eine Interpellation gestellt, welche sich auf die Feuerwehr-Automaten bei der Gaudenzdorfer Feuerwehr bezieht.

Ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, und zwar zu der ersten Frage, dass die Verlegung der zwei Morsestationen von der k. k. Sicherheitswachstube Schönbrunnerstraße 39/41 in die Wachstube der freiwilligen Feuerwehr, Gaudenzdorf, Lainzerstraße, unpraktisch erscheint, da ein vom städtischen Feuerwehr-Commando vorgelegtes Project, durch welches für eine rasche und systematische Feuersignalisierung im XII., XIII. und XIV. Bezirke vorgesorgt ist, und nach welchem die Station der Sicherheitswachstube überhaupt ausgeschaltet werden soll, demnächst zur Ausführung gelangt.

Zum zweiten Punkte habe ich die Ehre, zu erwidern, dass das Ansuchen um Verbindung zweier Automaten mit der Gaudenzdorfer Feuerwehr erst am 2. d. M. seitens des betreffenden Feuerwehrhauptmannes gelegentlich einer über das vorerwähnte Project abgehaltenen Localcommission gestellt worden ist und nach Abschluss der Erhebungen sofort der Erledigung zugeführt werden wird.

10. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Steiner beehre ich mich, im nachfolgenden zu erwidern.

Die Interpellation ist punktweise gestellt, ich muss daher auch entsprechend den Anfragen die Antwort geben. Die erste Frage lautet:

„Ist es wahr, dass die Angelegenheit Wilhelmy im Gemeinderathe bereits verhandelt wurde, und warum erhält eine Zeitung früher darüber Nachricht als der Gemeinderath?"

Darauf habe ich die Ehre, zu erwidern: Die Angelegenheit Wilhelmy wurde am 20. April d. J. im Stadtrathe verhandelt; von Seite des Präsidiums oder des Vorsitzenden im Stadtrathe wurde jedoch den Zeitungen über diese Verhandlung keine Mittheilung hinausgegeben.

2. „Ist es wahr, dass der Genannte sich Uncorrectheiten bezüglich der Schneeabfuhr in Ober-Sievering zuschulden kommen ließ oder sich mindestens an solchen betheiligt hat?"

Ich habe darauf zu erwidern: Es ist richtig, dass sich Herr Wilhelmy bezüglich der Schneeabfuhr in Ober-Sievering Incorrectheiten zuschulden kommen ließ. (Rufe links: Hört!)

3. „Ist es wahr, dass Herr B. A. Wilhelmy dem Herrn Bezirksvorsteher eine Rechnung präsentierte über 60 Stück Krampen, die er (Wilhelmy) für die Taglöhner der Commune in seiner Hausschmiede schärfen ließ, dass Herr Bezirksvorsteher Friedl die Bezahlung dieser Rechnung verweigerte und den städtischen Wegeinräumer fragte, ob es wahr sei, dass so viele Krampen geschärft wurden? Ist es wahr, dass der städtische Wegeinräumer dem Herrn Bezirksvorsteher erklärte, Herr B. A. Wilhelmy hätte ihm (dem Wegeinräumer) bei der Vernehmung gesagt, er (Wilhelmy) bekomme noch für das Reinigen einer Weinhüterhütte 2 fl. Diese möge er ihm gleich einrechnen?"

Diese Angaben sind thatsächlich richtig. (Rufe links: Schauderhaft!)

4. „Ist es wahr, dass der Genannte als Contrahent der Schotterlieferungen für den XIX. Bezirk Schotter geliefert hat, welcher nicht qualitätsmäßig war und von den hiezu berufenen bauämtlichen Organen übernommen wurde?"

Über diese Angelegenheit ist derzeit eine Disciplinaruntersuchung im Zuge.

5. „Im Falle der Herr Bürgermeister vorstehende Fragen bejaht, gedenkt derselbe, Herrn Wilhelmy seines Mandates für verlustig zu erklären?"

Darauf ist zu erwidern, dass die Enthebung des Herrn Bezirksausschusses von seinem Amte nicht zulässig ist, weil demselben nicht vorgeworfen werden kann, dass er im Sinne des § 88, Alinea 2, des Statuts die Erfüllung seiner Amtsobliegenheiten verweigert. (Rufe: Hört! Hört!) Ich bitte um Ruhe, sonst können Sie die weiteren Beantwortungen nicht vernehmen.

11. Es folgt die Beantwortung der Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Uhl, und zwar jener Theil derselben, welcher in der letzten Sitzung nicht erledigt werden konnte.

Die Anfrage lautet (liest): „Ist es richtig, dass bei Vergebung des Romancementes das billigste Offert übergangen wurde, und wenn es wahr ist, warum ist es geschehen?" Hierüber hat der Herr Baudirector folgenden Bericht erstattet (liest):

Die besonderen Bedingnisse für die Lieferung der hydraulischen Bindemittel enthalten in § 1 folgende maßgebende Bestimmung:

Bei Beurtheilung des Offertes wird für jede einzelne Fabriksmarke das in der städtischen Probieranstalt erhobene mittlere Gewicht (eines Hektoliters) als Grundlage zur Berechnung angenommen.

Die Offerte enthielten nun folgende Anbote:

	per 100 kg	Nach den Bedingnissen als Grundlage anzunehmen
Lilienfelder Gewerkschaft . .	1 fl. 45 kr.	1 fl. 16 kr.
Tichy in Ramsau	1 fl. 35 kr.	1 fl. 19 kr.
F. Kern in Wachtl	1 fl. 70 kr.	1 fl. 42·8 kr.
Pittel in Weißenbach	1 fl. 45 kr.	1 fl. 21·5 kr.
Perlmooser Gesellschaft . . .	1 fl. 48 kr.	1 fl. 31·7 kr.
M. Egger in Kufstein	1 fl. 42 kr.	1 fl. 20·1 kr.
Ernst in Kaltenleutgeben	1 fl. 40 kr.	1 fl. 24·7 kr.
Curti in Piesting	1 fl. 52 kr.	1 fl. 24·5 kr.

Das billigste Offert hat demnach die Lilienfelder Gewerkschaft gestellt, und derselben wurde auch die Lieferung übertragen. Unter den übrigen Offerten sind einige (beim Kilogrammgewicht) scheinbar billiger, in Wirklichkeit — wie die Tabelle zeigt — aber theurer.

Ich bitte, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta: Der Herr Gem.-Rath Seidler überreicht eine Petition der Bewohner von Kaiser-Ebersdorf um Einführung einer Straßenbespritzung in den Hauptstraßen.

12. Die Petition lautet (liest):

Löblicher Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Durch die Einbeziehung der Vororte zur Stadt Wien wurden auch in den Vororten, selbst mit ausgesprochen ländlichem Charakter, städtische Verhältnisse geschaffen.

Diese Verhältnisse bringen es auch mit sich, dass auch für diese Orte bessere Einrichtungen geschaffen werden müssen.

Eine derselben ist, dass den Hausbesitzern (§ 93 des Gemeindestatutes) aufgetragen wurde, ihre Trottoirs sorgfältig zu reinigen und im Sommer täglich zweimal zu bespritzen, was auch von den meisten Hausbesitzern schon vor der Einbeziehung geschah; auch wurde die Hauptstraße, wenn es nothwendig war, öfters bespritzt, wozu ein Wasserwagen der hiesigen Feuerwehr verwendet wurde.

Dieses Bespritzen der Trottoirs wird aber besonders jetzt bei dieser anhaltenden Trockenheit ganz illusorisch und wird auch von der Bevölkerung übel aufgenommen, so lange sich nicht der löbliche Gemeinderath der Stadt Wien bewogen fühlt, auch die Straßen bespritzen zu lassen.

Diese Nichtbespritzung der Straßen und der Mangel eines Verkehrsmittels (Abzweigung einer Tramwaylinie von Simmering) sind auch für die weitere Entwicklung dieses Theiles des XI. Bezirkes vom Nachtheile.

Die Bewohner des XI. Bezirkes Kaiser-Ebersdorf fühlen dies umsomehr, da die Straßen nicht gepflastert, sondern beschottert sind.

Durch diese anhaltende Trockenheit befindet sich der Ort in einem schrecklichen Zustande, und alles lechzt danach, dass diesem Zustande ein Ende bereitet werde.

Die Bewohner und Hausbesitzer des XI. Bezirkes Kaiser-Ebersdorf wenden sich deshalb vertrauensvoll an den löblichen Gemeinderath mit der dringendsten Bitte, wenn nicht schon alle Gassen, so doch die wichtigsten: Hauptstraße, Dorfgasse, Dirndlhofgasse bis zur Schule, Schwechaterstraße und Fabriksgasse, täglich zweimal bespritzen zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube im Sinne des Herrn Überreichers zu handeln, wenn ich diese Petition als Anzeige behandle und dem Magistrate zur sofortigen Amtshandlung überweise.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Büsch:**

Bei der soeben stattfindenden Legung der Wasserrohre im XII. Bezirke wird, ohne Rücksicht auf die Geschäftsinhaber sowie auf die Fuhrwerks-, Fiaker- und Einspänner-Eigenthümer, das ausgegrabene Erdreich vor die Geschäftsthüren und Hausthore, insbesondere in schmalen Gassen aufgethürmt, so dass durch eine solche fünf bis sechs Tage andauernde Verbarricadierung der Eingänge eine gänzliche Geschäftshemmung eintritt. Es ist daher selbstverständlich, dass bei einem solchen Zustande zwischen Geschäftsinhaber und, in Ermangelung einer herauszufindenden arbeitsleitenden verantwortlichen Person, zwischen den Arbeitern lärmende Streitscenen entstehen, bei welchen selbst die einschreitenden Polizeiorgane schwer zu richten vermögen.

Eine solche Geschäftshemmung trifft insbesondere die Fuhrwerksbesitzer am härtesten, da sie weder aus- noch einfahren können und dieses doch sein muss, um ihr Geschäft auszuüben.

Ich erlaube mir daher, an den geehrten Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

ob derselbe geneigt ist, zu veranlassen, dass dem Contrahenten der Rohrlegung im XII. Bezirke, der Gas- und Wasserleitungs-Actien-Gesellschaft, aufgetragen werde, die Arbeiten in Theilstrecken in zwei Tagen zu vollenden und möglichst Rücksicht zu nehmen auf Freihaltung der Geschäfts- und Thoreingänge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

14. Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner**, betreffend das Fest des „Deutschen Schulvereines".

Gem.-Rath Steiner: Ich bitte um die vollinhaltliche Verlesung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist die vollinhaltliche Verlesung beantragt. Jene Herren, welche einverstanden sind, dass diese Interpellation vollinhaltlich verlesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest sohin auszugsweise folgende Interpellation:

Interpellation des **Gem.-Rathes Steiner:**

Am 3. Mai fand auf dem Platze vor dem Rathhause ein sogenannter Jahrmarkt statt, welcher vom „Deutschen Schulverein" abgehalten wurde, dessen angeblich nationale Bestrebungen so kosmopolitisch sind, dass ein Jahrmarkt für den Verschleiß derselben allerdings der geeignete Ort erscheint. Heute findet eine Wiederholung des Festes statt.

Während man wirklich nationalen Vereinen alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt und den Wählern nicht einmal die Volkshalle zu Wählerversammlungen überlässt, hat der Herr Bürgermeister dem obgenannten Vereine bereitwilligst den Platz vor dem Rathhause überlassen, ohne die Einwilligung des Gemeinderathes, der doch in unmittelbarer Nähe seine Sitzungen abhält, einzuholen.

Auch die Regierung nahm keinen Anstand, das Fest im Freien abhalten zu lassen, obwohl gegenwärtig der Landtag tagt und man aus diesem Anlasse gleichfalls ganz harmlose Feste und Aufzüge anderer politischer Parteien verboten hat.

Ich erlaube mir nun die Anfrage:

Wie kann es der Herr Bürgermeister rechtfertigen, dass er, ohne die Genehmigung des Gemeinderathes einzuholen, also eigenmächtig dem erwähnten Vereine einen öffentlichen Platz und öffentliche Straßen zur Abhaltung eines Festes überlassen hat, und gedenkt derselbe, falls er seine Berechtigung hiezu nachzuweisen in der Lage ist, auch anderen, wirklich nationalen Vereinen, etwa dem Germanenbunde gegenüber gleichfalls so entgegenkommend vorzugehen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Bürgermeister hat beim Stadtrathe um die Ermächtigung zur Benützung des erwähnten Platzes angesucht und dieselbe vom Stadtrathe in der Sitzung vom 21. April erhalten. Bezüglich der weiteren Anfrage kann ich nur erwidern, dass von Fall zu Fall die Angelegenheit geprüft und danach die Bewilligung ertheilt werden wird.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

15. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

Es ist uns bekannt, dass derzeit die Schätzung der Gasanstalten der englischen Gasgesellschaft im Zuge ist.

Wir erachten es aber im Interesse der Gemeinde und zum Zwecke einer günstigen Lösung der Gasfrage für unbedingt nothwendig, dass mit dem Baue eigener städtischer Gasanstalten und mit der Legung eines eigenen Rohrnetzes zu einer solchen Zeit begonnen werde, dass beide Arbeiten mit dem Zeitpunkte des Ablaufes des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft vollendet sind oder doch sein können.

Aus diesem Grunde erlauben wir uns, an den Herrn Bürgermeister folgende Fragen zu richten:

1. In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung eines eigenen Rohrnetzes?

2. Gibt der derzeitige Stand der in Frage 1 erwähnten Arbeiten die volle Gewähr, dass sowohl die Gaswerke als das Rohrnetz rechtzeitig, d. i. bis zu dem 1899 erfolgenden Ablaufe des zwischen der Gemeinde Wien und der englischen Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrages vollendet sind?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

16. Interpellation des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Bei dem Meidlinger Bahnhofe der k. k. priv. Südbahn sind täglich nebst den Stellwägen des Großfuhrinhabers Herrn Isnenghi circa 30 Einspänner und Fiaker aufgestellt.

Durch die Errichtung der neuen Linie der Wiener Localbahn (früher Kraus'sche Dampftramway) zum Matzleinsdorfer Lastenhofe wurde auf den den Fiakern und Einspännern zugewiesenen Standplätzen ein neues Tramwaygeleise gelegt und der passende längliche Standplatz längs des Asylhauses der Südbahn cassiert.

Laut einem von der hohen k. k. nied.-österr. Statthalterei am 20., 21. und 22. September 1892 aufgenommenen Protokolle haben laut Punkt 9 (Seite 4 des gedruckten Protokolles) die Vertreter der Commune gefordert, dass die Dampftramway für diesen nun zu ihrem Zwecke verwendeten alten Wagenaufstellungsplatz einen anderen, südlich von dem Ausgange des Meidlinger Bahnhofes gelegenen, wenigstens für 25 Lohnfuhrwerke genügenden Standplatz errichten müsse, welcher von dem Standplatze der Stellwägen sichtbar abgegrenzt sein muss.

Diese Forderung wurde laut Commissions-Beschluss (Seite 7 des gedruckten Protokolles) vollinhaltlich acceptiert.

Nun ist aber von Seite der Localbahn ein kleiner, kaum für sechs oder sieben Wägen genügender, 80 bis 100 Schritte vom Bahnhofausgange gelegener, von dem Standplatze der Omnibusse nicht sichtbar abgegrenzter neuer Standplatz als Ersatz errichtet worden.

Nachdem die übrigen circa 20 Lohnfuhrwerke dortselbst keinen Platz finden können, haben sich dieselben in den nächsten Gässen naturgemäß eigenmächtig aufgestellt; da kam die Polizei, verbot ihnen aber auch diese Plätze, und werden dieselben mit harten Strafen bedroht, und so dauert die Jagd weiter.

Nachdem diese Fuhrleute ihr Brot und ihre Steuern hart verdienen müssen, heute ohne passenden Standplatz dastehen und doch anerkannt zu den von allen Behörden meist chicanierten Ständen gehören, so erlaube ich mir, an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die Interpellation zu richten:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister die dem obgenannten Protokolle zuwiderlaufende Errichtung eines bedeutend kleineren Standplatzes bekannt?

2. Ist derselbe geneigt, die Angelegenheit strenge zu untersuchen und competente Schritte zu thun, damit die übernommene Pflicht von Seite der Wiener Localbahn durchgeführt werde?

3. Ist er geneigt, den Magistrat zur schleunigen Anweisung eines passenden, wenn auch vorläufig provisorischen Standplatzes aufzufordern und sich diesbezüglich mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu setzen?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Boschan** und Genossen:

In der Erwägung, dass die Verhältnisse des Geldmarktes derzeit sehr günstige sind, und dass durch eine Convertierung der älteren Gemeindeanlehen,

respective durch eine Hinausschiebung der Rückzahlungstermine eine wesentliche Erleichterung des Budgets der Stadt Wien eintreten könnte, beantragen die Gefertigten:

Der Magistrat wird beauftragt einen Plan für die Convertierung der noch im Umlaufe befindlichen Titres des 25 Millionen-, sowie des 10 Millionen-Goldanlehens der Gemeinde unter Zugrundelegung eines vierpercentigen Zinsfußes und einer längeren Tilgungsdauer auszuarbeiten und jene Vorbedingungen festzustellen, unter welchen mit Erfolg auf ein Gelingen dieser Operation gerechnet werden kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Lueger** und Genossen:

In Margarethen befindet sich, und zwar am Ende der Siebenbrunnen- und Kohlgasse ein Grund, welcher der Gemeinde Wien von dem früheren Eigenthümer, Herrn Baron Drasche, schenkungsweise übergeben worden sein soll.

Dieser Grund ist von einer im Zerfalle begriffenen Planke umgeben, welche auch die Brandmayergasse absperrt, und er dient in seiner jetzigen Gestaltung zur Verschandlung der ganzen Umgebung.

Dieser Grund wird derzeit an Kegelbudenbesitzer um einen geringen Preis verpachtet.

Wie es bei diesen Kegelbuden zugeht, wissen die Bewohner der umgebenden Häuser am allerbesten, und es ist die Klage eine allgemeine, dass derartige Zustände in Wien geduldet werden.

Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei der am Ausgange der Siebenbrunnen- und Kohlgasse befindliche Grund, welcher derzeit an Kegelbudenbesitzer vermietet wird, zu regulieren.

Zu diesem Zwecke seien eventuelle Pachtverträge rechtzeitig zu lösen und sohin die Planke zu entfernen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Bezugnehmend auf meine heutige ergebene Interpellation, erlaube ich mir, nachstehenden Antrag zu stellen:

In der Frage des Lohnfuhrwerks-Standplatzes beim Meidlinger Bahnhofe ist dringende Abhilfe nothwendig und wäre angezeigt, etwa den auf der beiliegenden Skizze bezeichneten, mit Barrièreplöcken umgrenzten Durchgangsweg C, welcher die der Commune gehörigen Plätze A und B von einander trennt, etwas mehr gegen die Mitte der beiden Plätze zu verlegen, wodurch dann am Platze A genügend Raum für zwanzig Wägen vorhanden wäre. Diesen Vorschlag wolle man an competenter Stelle erwägen und der Polizeibehörde zur Genehmigung anempfehlen, und deshalb stelle ich den Antrag:

Der Durchgangsweg beim Ausgange vom Meidlinger Bahnhofe der k. k. priv. Südbahn sei sechs Meter südlicher vom jetzigen Orte zu verlegen und auf dem sodann erweiterten Platze ein Standplatz für die zu diesem Bahnhofe bestimmten Fiaker und Comfortabler zu errichten.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta:

20. Antrag des **Gem.-Rathes Kaspar** und Genossen:

Gem.-Rath Kaspar (zur Geschäftsordnung): Trotzdem der geehrte Gemeinderath heute bereits einmal den Beschluss gefasst hat, eine Begründung nicht ganz verlesen zu lassen, erlaube ich mir doch, den Antrag zu stellen, dass die Begründung meines Antrages verlesen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist der Antrag gestellt, den Antrag, welchen der Herr Gemeinderath schriftlich eingebracht hat, vollinhaltlich zu verlesen. Ich bitte die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Nach einer Pause:) Das ist die Minorität; der Antrag ist abgelehnt.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta verliest sohin auszugsweise den nachstehenden Antrag des Gem.-Rathes Kaspar und Genossen:

In dem XVIII. Bezirke wurde bei den Offertausschreibungen keine Rücksicht darauf genommen, für die an der äußersten Peripherie gelegenen Bezirkstheile Salmannsdorf, Neustift am Walde, Pötzleinsdorf und Gersthof dort sesshafte Contrahenten zu gewinnen. Nur so muss es geschehen, dass für kleinere Reparaturen und Herstellungen oft mehr als doppelte Kosten auflaufen.

Als Beispiel sei angeführt eine erst kürzlich vorgenommene Reparatur am Dache der Pötzleinsdorfer Schule:

Vier Arbeiter sind, nachdem sie nach zurückgelegter langer Strecke einen Handwagen mit Materiale zur Stelle gebracht, um 9 Uhr an die Arbeit gegangen, um 2 Uhr nachmittags fertig geworden und haben vom dortigen Oberlehrer die Bestätigung für eine ganztägige Arbeit verlangt.

Von den an der Straße beschäftigten Taglöhnern muss wöchentlich zweimal einer derselben die Geräthschaften, als: Krampen und Schaufeln zum Spitzen und Schleifen in die Nussdorferstraße zum Schmiedmeister als bestellten „Contrahenten" tragen.

Die Schmiedarbeit beträgt nach dem Tarife per Stück 7 kr., während der Arbeiter die große Last tragen muss und einen ganzen Tag versäumt, was einem Arbeitslohne per 1 fl. 20 kr. entspricht.

Derlei Arbeiten könnten wie vorher leicht an Ort und Stelle ausgeführt werden, ohne dass eine Störung eintreten müsste.

Bei dem Umstande, als dieser Vorgang einer Unwirtschaft gleichkommt, stellt der Gefertigte den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, in Hinkunft für entlegene neue Bezirkstheile bei Offertausschreibungen auf dort sesshafte Professionisten möglichste Rücksicht zu üben; bis dahin jedoch die dermaligen Contrahenten zu verhalten, sich bei Arbeiten von geringerem Umfange mit den dortigen Professionisten behufs Ausführung ins Einvernehmen zu setzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Büsch:**

Dem von der Schönbrunner Hauptstraße in Meidling aus sowie über die Maria Theresien-Brücke den k. k. Schlossgarten Schönbrunn massenhaft besuchenden Publikum Rechnung tragend, ist es nothwendig, in dieser Nähe einen Bedürfnisort aufzustellen, umsomehr, da ein solcher als nächster sich auf der Schönbrunner Hauptstraße, bei der Lobkowitzbrücke im XII. Bezirke, befindet.

Ich stelle daher den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, es sei bei der Maria Theresien-Brücke auf der Meidlinger Seite dringlichst ein Bedürfnisort aufzustellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Es bedarf wohl keiner näheren Begründung, dass durch den Bestand der zahlreichen privaten Pferde- und Stechvieh-Schlächtereien innerhalb des Wiener Gemeindegebietes Zustände geschaffen werden, die einer Stadt von der Bedeutung Wiens nicht würdig sind.

Da eine gründliche Abhilfe nur durch die Erbauung einer ausreichenden Anzahl entsprechend ausgerüsteter öffentlicher Schlachthäuser erreicht werden kann; so stelle ich folgenden Antrag:

Man errichte in den schon bestehenden Schlachthäusern St. Marx, Gumpendorf, Meidling, an der Als und Nussdorf Pferde- und Schweineschlächtereien nach dem Muster und den Einrichtungen in anderen Großstädten und vertheile die Pferde- und Schweineschlächtereien in die zu errichtenden Anstalten geradeso, wie die Fleischhauereien in den vorerwähnten Schlachthäusern bereits vertheilt sind.

Dadurch werden große sanitäre Übelstände in den Wohnhäusern beseitigt, die Haus- und Straßencanäle werden von viel unnöthigem Unrath befreit.

Einer Epidemie, wie sie im vergangenen Jahre sehr zu befürchten war und jetzt laut Zeitungsberichten wieder in Anzug ist, könnte dann mit mehr Beruhigung entgegengesehen werden, da

man einen Hauptübelstand — Unreinlichkeit — leichter zu bekämpfen hätte.

Sollten in den oben angeführten Schlachthäusern zur Errichtung der gewiss sehr erwünschten Anstalten nicht die nöthigen Plätze vorhanden sein, so mögen neue Bauplätze zu diesem Zwecke erworben werden.

Der Gemeinderath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle daher den Magistrat beauftragen, ehestens die geeigneten Vorschläge zu erstatten, damit innerhalb einer angemessenen Frist eine den vorhandenen Befürfnissen entsprechende Anzahl gehörig situierter und den modernen Anforderungen entsprechender öffentlicher Schlachthäuser für Stechvieh und Pferde errichtet und mithin successive sämmtliche privaten Schlächtereien aufgelassen werden können.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

23. Antrag des **Gem.-Rathes Edlhofer:**

Die Beleuchtung der Straßen im XVI. Bezirke ist in höchstem Grade als eine schlechte und mangelhafte zu bezeichnen, und die allgemeinen Klagen hierüber sind gewiss vollkommen berechtigte.

Es wurden zwar einige Anträge, die von Collegen gestellt wurden, berücksichtigt, aber damit sind nur theilweise Übelstände beseitigt worden.

Die Beleuchtung muss, soll überhaupt etwas Rationelles geschaffen werden, gänzlich umgeändert werden, weil durch Neu- und Zubauten sich diese Nothwendigkeit herausgestellt hat.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen:

Der Magistrat in Verbindung mit dem Stadtbauamte werde beauftragt, in Kürze eine Vorlage, betreffend die Änderung und Ergänzung der Beleuchtung in den Straßen des XVI. Bezirkes, zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

24. Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Bärtl** und **Steiner:**

Im XIX. Bezirke, Neustiftgasse, wird gegenwärtig an der Umlegung des Krottenbaches sowie an dem Canalbau gearbeitet.

Nachdem schon früher dortselbst die Beleuchtung eine äußerst mangelhafte war, so tritt jetzt dieser Übelstand noch fühlbarer zu Tage; auch sind die Häuser mit schlechtem und der Gesundheit nicht zuträglichem Wasser versehen.

In Anbetracht nun, dass die Gasse jetzt aufgewühlt und bloßgelegt und nur bis zur Conscr.-Nr. 267 beleuchtet ist, so würde die Fortsetzung der Gasbeleuchtung unter einem bis zum Epidemiespitale geführt werden können.

Die Gefertigten stellen deshalb folgenden Dringlichkeits-Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen:

1. die Gasbeleuchtung in der Neustiftgasse im XIX. Bezirke von dem Hause Conscr.-Nr. 267 bis zum Epidemiespitale, und zwar unter gleichzeitiger Ausführung der Canalverlegung;

2. es werde das Stadtbauamt beauftragt, ehestens Bericht zu erstatten, auf welche Art die Wasserleitung durch Errichtung von Auslaufbrunnen der dort wohnenden Bevölkerung zugeführt werden könnte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: An den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich ersuche Herrn Gem.-Rath Boschan zum Referat.

25. Referent Gem.-Rath Boschan: Geehrte Herren! Ich habe die Ehre, zu Zahl 66 zu berichten. Der Gegenstand des Referates betrifft, wie den Herren bekannt ist, die Aufnahme einer Anleihe, um die Geldmittel für die nothwendigen Herstellungen zur Erweiterung unserer Hochquellen-Wasserleitung zu beschaffen. Die Erweiterung unserer Hochquellen-Wasserleitung war schon zu einer Zeit, als die Einverleibung mit den Vororten noch gar nicht in sicherer Aussicht stand, ein Gegenstand unserer Thätigkeit. Dadurch, dass die Vororte einverleibt wurden, ist diese Angelegenheit zu einer äußerst dringenden geworden, weil wir die Verpflichtung haben, den Vororten, welche mit uns gleiche Lasten tragen, auch alle jene Annehmlichkeiten und Vortheile, welche die alten Bezirke genießen, in gleichem Umfange und in gleichem Ausmaße zuzuwenden. Es musste daher alles aufgewendet werden, um die Vermehrung der Quellen so bald, als es möglich ist, durchzuführen, und der geehrte Gemeinderath hat auch allen jenen Anträgen, welche dieses Ziel im Auge hatten, zugestimmt, und wurden so die Verträge mit den Grundbesitzern, den Wasserrechtsbesitzern, die Anschaffung der Rohre u. s. w. sämmtlich vom Gemeinderathe bewilligt. Infolge dessen ist es nun eine nothwendige Consequenz dieser Beschlüsse, dass für die Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel unverweilt gesorgt werde.

Es wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, die Aufnahme einer Anleihe noch auf eine kurze Zeit hinauszuschieben. Aber bei dem Umstande, als die Aufnahme einer Anleihe mit gewissen Formalitäten verbunden ist, als ein Landesgesetz, unter Umständen auch ein Reichsgesetz dazu nothwendig ist und die ganzen Vorbereitungen eine längere Zeit in Anspruch nehmen, glaubten wir, dass es gut sei, mit dieser Sache nicht länger zu zögern, wenn es auch vielleicht möglich gewesen wäre, durch eine starke Restriction bei der Arbeit vielleicht diese Maßregel um ein Jahr hinauszuschieben. Wir waren nämlich der Meinung, dass bei Vertheilung des Arbeitsprogramms man nur auf die technische Ausführbarkeit der Arbeit Rücksicht nehmen müsse, auf die Möglichkeit, in einer gewissen Zeit mit der Sache fertig zu werden, und nicht auf die Möglichkeit, vielleicht durch eine Hinausschiebung etwas an Zinsen zu ersparen. Auch ist der Umstand, dass unser städtisches Budget nunmehr eine so bedeutende Höhe erreicht hat, dafür maßgebend gewesen, dass wir unsere Cassabestände, beziehungsweise Bestände an mobilen Wertstücken nicht so sehr sinken lassen dürften, weil bei dem Umstande, der ja den Herren auch bekannt ist, dass die Zahlungstermine und die Termine der Einnahmen durchaus nicht immer zusammenfallen, bei einem so stark geschmälerten Cassastande, wenn irgend welche Störungen eintreten, leicht Verlegenheiten entstehen könnten.

Meine Herren! Seit einer langen Reihe von Jahren hat der Gemeinderath Anlehen nicht aufgenommen. Die letzten datieren aus den Jahren 1872 und 1873, es sind also nahezu 20 Jahre, und wenn wir heute eine Anleihe aufnehmen, so geschieht es ja auch nicht, wie die Herren wissen, um irgendwelche currente Deficite zu bedecken, sondern nur um eine, von der ganzen Bevölkerung auf das dringendste gewünschte und in sanitärer Beziehung höchst nothwendige Maßregel durchzuführen.

Was die Höhe des Anlehens betrifft, so ist sie durch den Bedarf bestimmt. Wir sind der Meinung, dass das Anlehen lediglich für Wasserzwecke aufgenommen werden soll und nicht für andere Zwecke. Was also für die Erweiterung der Hochquellenleitung nothwendig ist und nothwendig war, soll aus einem Anlehen bedeckt werden; dagegen glauben wir, dass es möglich sein wird, die anderen Investitionen, also Schulbauten, die Bauten auf dem Viehmarkte, Canaleinwölbungen und dergleichen entweder aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten oder aus den vorhandenen Vermögensstücken der Gemeinde, und dass dieses Anlehen also lediglich dem einen Zwecke, der Wasserversorgung, zugeführt werde.

Wenn wir dabei bleiben, so ist es nothwendig, auch diejenigen Gelder, welche in der Zwischenzeit von der Gemeinde — ich möchte sagen: vorschussweise — diesem Zwecke zugeführt wurden, der Gemeinde zu refundieren. Die Herren finden im Anhange, welcher in

den Anträgen vorliegt, das Kostenverzeichnis mit 17,653.000 fl. und als erste Post einen Betrag von 3,099.939 fl., welcher sich zusammensetzt aus den bisherigen Auslagen bis zum Jahre 1891, welche in einer bestimmten Ziffer bekannt sind, und aus den für das Jahr 1892 präliminierten Auslagen.

Es wurde nämlich die alte Wasserleitung aus dem 25 Millionen-Anlehen und aus den früheren Anlehen gebaut. Die jetzige Vollendung dieses Werkes soll wieder durch ein Anlehen geschehen. In der Zwischenzeit aber, während der Conto der Anlehensgelder geschlossen war — namentlich also im vorigen Jahre und im heurigen Jahre — waren für diesen Zweck bedeutende Auslagen nothwendig, und es ist nun gewiss vorab nicht abzusehen, warum, wenn man bei einem Betrage von beinahe 40 Millionen Gulden 37 Millionen auf ein Anlehen verweist und darin gewiss gar nichts Ungehöriges findet, man sagen sollte: Diese drei Millionen Gulden, welche inzwischen gezahlt wurden, gehören nicht auf das Anlehen.

Die Beträge hätten auch schon seinerzeit, als sie gebraucht wurden, entweder im Wege einer Anleihe oder doch im Wege einer schwebenden Schuld aufgebracht werden können. Hätte das aber die Gemeinde gethan, so hätte sich Folgendes ergeben: Wir hätten vielleicht bei irgend einem Bankinstitute den Betrag von einer Million aufgenommen für Wasserleitungszwecke, hätten dafür 4 bis 5 Percent Zinsen zu zahlen gehabt, während unsere Cassabestände so stark waren, dass wir wieder andererseits bedeutende Beträge zur Fructificierung den Banken übergeben mussten. Wir haben also das Geschäft gewissermaßen in uns gemacht und uns diese Vorschüsse selbst gegeben.

Bei einem Theile dieser Auslagen liegen ausdrückliche Gemeinderaths-Beschlüsse vor, dass seinerzeit, wenn für die großen Summen ein Anlehen aufgenommen werden soll, diese Beträge an die Casse refundiert werden sollen. Über diese Beträge ist auch von Seite des Gemeinderathes bereits verfügt. Die Herren finden nämlich in unserem Voranschlage für das laufende Jahr eine große Anzahl von Auslagen, namentlich für Schulbauten, welche Auslagen aber in den meisten Fällen nur die erste Baurate betreffen, während die zweite und dritte Baurate im nächsten und im zweitnächsten Jahre fällig wird.

Es wäre also unter Umständen auch angegangen, zu sagen, wir nehmen nur ein Anlehen von 14 Millionen für Wasser und drei Millionen für andere Zwecke auf; dann wäre die Refundierung nicht nothwendig gewesen. Es schien uns aber auch schon vom Standpunkte der Steuerbefreiung und aus verschiedenen anderen Rücksichten, die ich nicht näher zu erörtern brauche, richtiger, zu sagen, wir nehmen das Anlehen nur für Wasserzwecke auf, aber auch in der Weise, dass alles, was zur Erweiterung, nicht zum Betriebe der Hochquellenleitung von uns gemacht wird, auf dieses Anlehen verwiesen wird. So viel über die Höhe.

Was nun die Details betrifft, so finden Sie in den Anträgen alles enthalten. Die Termine wurden mit März und September festgesetzt, weil es uns zweckmäßiger schien, die Termine Mai und November, welche durch die Staatsanlehen bereits stark occupiert sind, nicht zu wählen, und weil in den Terminen Jänner und Juli, in welchen die Silberanlehen fällig werden, die Gemeinde ohnehin sehr starke Posten zu zahlen hat, so dass es zweckmäßig erscheint, den verhältnismäßig weniger stark besetzten März- und September-Termin zu wählen.

Dass das Anlehen in der Kronenwährung ausgegeben wird, ist selbstverständlich, da man ein Anlehen, das auf viele Jahre hinausgeht, nicht mehr in Gulden ausgeben kann.

Die Bestimmung, dass der Tilgungsplan, der dem Anlehen zugrunde gelegt wird, sich auf 90 Jahre erstrecken wird, mag vielleicht manchem der Herren als etwas lang erscheinen, und es wird möglicherweise der Wunsch laut werden, das Anlehen in kürzerer Zeit zu tilgen. Nun werden die Herren finden, dass in den Bestimmungen über das Anlehen mit enthalten ist, dass sich die Gemeinde vorbehält, auch größere Beträge, als im Tilgungsplane für jedes Jahr vorgesehen sind, zur Verlosung zu bringen, oder wenn es ihr gefällt, auch die gesammten, noch im Laufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

Die Gemeinde hat sich daher vorbehalten, dass sie für den Fall, als in einer späteren Epoche — bei so langer Zeit kann man es voraussetzen — vielleicht eine weitere Herabminderung des Zinsfußes eintreten wird, davon Gebrauch machen kann, und die Erstreckung des Termines auf 90 Jahre, welcher so ziemlich der längste Termin ist, der uns von der hohen Staatsverwaltung bewilligt werden würde, bedeutet nur, dass die Gemeinde berechtigt ist, die Zahlung so lange hinauszuschieben, nicht aber, dass sie verpflichtet ist, die Verzinsung auf so lange Zeit zu leisten.

Die Verzinsung zu 4 Percent wurde gewählt, weil es der landläufige Zinsfuß ist. Einen Moment hat man darüber nachgedacht, ob man nicht vielleicht einen minderen Zinsfuß, $3^1/_2$ oder 3 Percent, wählen und dagegen den Cours stark herabsetzen, das Anlehen vielleicht zu $3^1/_2$ Percent in den 90 und zu 3 Percent in den 80 ausgeben solle. Das wäre aber nicht zweckmäßig, und bei dem Umstande, als es die Gemeinde in der Hand hat, jederzeit, wenn der Zinsfuß sinken sollte, eine größere Verlosung vorzunehmen, schien es zweckmäßig, jenen Zinsfuß zu wählen, welcher uns gestattet, einen Cours zu beanspruchen, welcher sich dem Paricourse möglichst nähern, wenn nicht denselben erreichen wird.

Weiters wird angesucht werden um die Zustimmung der hohen Regierung, dass diese Papiere als geeignet für pupillarsichere Anlagen, für Fideïcommisse und dergleichen gehalten werden, was geeignet sein wird, die Begebbarkeit und den Wert des Papieres zu erhöhen. Über die Art der Begebung war auch im Stadtrath eine ziemlich lebhafte Debatte. Man hat es allseitig anerkannt, dass bei einem Papiere, welches ja die Stadt Wien in lebhafter Weise interessiert, namentlich mit Rücksicht auf den Zweck, für welchen das Papier emittirt wird, der Weg der öffentlichen Subscription voraussichtlich der zweckmäßigste und wünschenswerteste wäre. Es ist sowohl in meinem Berichte als auch in meinen Anträgen dessen erwähnt, und es wird ausdrücklich gesagt, dass die öffentliche Subscription in erster Linie ins Auge zu fassen ist. Der Stadtrath hat es jedoch nicht für richtig gehalten, jetzt, wo uns noch sechs Monate von dem Zeitpunkte trennen, da die Ausgabe wirklich erfolgt, es für ganz bestimmt hinzustellen, dass nur in dieser Weise die Begebung stattfinden könne, weil man sich nicht selbst die Hände binden will, und weil man nicht weiß, was in sechs Monaten eintreten kann. Es wird also, wenn die Verhältnisse es nicht gebieterisch anders erheischen, unter allen Umständen nach Möglichkeit der Weg der öffentlichen Subscription gewählt werden. Die Höhe der Appoints ist hier ebenfalls verzeichnet, und es hat der Stadtrath dem Wunsche, der geäußert wurde, dass auch kleinere Stücke zu 200 Kronen ausgegeben werden sollen, Rechnung

getragen, und er beantragt Ihnen die Stücke, die hier in den Anträgen verzeichnet sind.

Gestatten Sie mir noch, etwas über die Art und Weise der Bedeckung des Anlehens, beziehungsweise über die Aussicht zu sprechen, in welcher Weise die Tilgung und Verzinsung dieses Anlehens von der Gemeinde bestritten werden kann, ohne dass den Steuerträgern eine Erhöhung der Leistungen aufgebürdet werden muss. Ich erlaube mir, dabei vorauszuschicken, dass die Begründung und die Darstellung, welche in meinem Referate enthalten ist, nicht so aufzufassen ist, als ob von derselben die Aufnahme des Anlehens abhängen würde. Der Zweck, zu welchem das Anlehen aufgenommen werden soll, ist ein so eminent dringender, dass unter allen Umständen das Geld hiezu beschafft werden muss, und wenn ich nachzuweisen versucht habe, dass dies ohne Erhöhung — und ich glaube, dass mir das gelungen ist — der bestehenden Steuerlasten geschehen soll, so soll das nur zur Beruhigung der Steuerträger beitragen. Um zu einem halbwegs sicheren Maßstab zu gelangen, waren zwei Wege. Die Herren werden einsehen, dass eine Berechnung über einen zukünftigen Ertrag der Wasserleitung in Wien darzustellen, und ich möchte sagen mit mathematischer Genauigkeit nachzuweisen, zu den unmöglichen Dingen gehört, sondern man kann nur mit einer größeren Wahrscheinlichkeit, die sich der Gewissheit nähert, rechnen. Und so habe ich nun zwei Wege eingeschlagen. Ich habe mich gefragt: 1. Wie viel haben wir an Wasser zu verkaufen? 2. Für wie viel Wasser ist ein Absatz zu finden?

Was die erste Frage betrifft, so haben wir durch die neueren Quellen 36.400 m³, das wären also 364.000 hl Wasser verfügbar. Von diesem Wasser muss jedenfalls ein Theil an die Vororte unentgeltlich abgegeben werden für die Auslaufbrunnen, welche zum Theile bestehen bleiben. Zum Theile muss dieses Quantum dazu dienen, um die Lücken, welche wir bisher in der Wasserversorgung zu decken haben, auszufüllen.

Es soll nunmehr mit dem Pumpen oberhalb des Kaiserbrunnens definitiv zu Ende sein. Nimmt man nun an, dass nur ein Quantum von 160.000 hl von den Vororten abgenommen wird, so gibt das beiläufig 400.000 fl. Die durchschnittlichen Kosten der Wasserschöpfung, beziehungsweise die Ersparnis jenes Geldes, welches an die Wasserinteressenten hiefür gezahlt werden muss, mit 80.000 fl. angenommen — heuer macht es beinahe 150.000 fl. aus — gibt einen Betrag von beiläufig 480.000 fl. Nachdem nun die Capitalslasten, d. i. die Tilgung und Verzinsung, wenn das ganze Anlehen begeben und das ganze Werk in Betrieb sein wird, 720.000 fl. betragen, so bleibt ein Betrag von 240.000 fl. zu decken, welcher auf das übrige Budget der Stadt Wien zu verweisen ist. Diesbezüglich ein Prognostikon für die Zukunft zu stellen, ist womöglich noch schwieriger, als den Ertrag der Wasserleitung zu berechnen. Wenn aber die Herren unsere Rechnungsabschlüsse seit einer Reihe von Jahren prüfen, so werden Sie finden, dass die Einnahmen bei stabil bleibenden Sätzen in einer gewissen Steigerung begriffen sind, welchen allerdings auch eine Steigerung der Ausgaben gegenübersteht. Namentlich durch die Einverleibung der Vororte, durch die Decentralisation der Verwaltung und durch die, wie mir scheint, etwas sehr munificente Aufbesserung der Gehalte unserer Angestellten, der Beamten und Lehrer, hat in den letzten Jahren eine sprungweise Steigerung der Ausgaben stattgefunden. Ich bin nun der Meinnng, dass, wenn der Übergang vollständig vollzogen sein wird, eine gewisse Stabilität rücksichtlich der Ausgaben eintreten wird, während anzunehmen ist, dass die aufsteigende Richtung, in welcher sich unsere Einnahmen bewegen, nicht aufhören wird.

Es ist also zu hoffen, dass die Gemeinde in der Lage sein wird, die Zinsen und Amortisationskosten sowohl für dieses Anlehen als auch für die Verkehrsanlagen aus den eigenen currenten Einnahmen zu bestreiten, ohne dass es nothwendig sein wird, die Steuersätze zu erhöhen. Dies setzt aber voraus, dass die Gemeindeverwaltung sich von dem Grundsatze der Sparsamkeit in allen Ausgaben leiten lässt, dass sie alle Ausgaben vermeide, zu denen sie nicht gesetzlich verpflichtet ist oder die nicht dringend nothwendig sind, und dass namentlich bei denjenigen Auslagen, über welche sie selbständig zu entscheiden hat, das ist bei Straßenherstellungen, Bauten u. dgl., nur das ausgegeben wird, was eben dringend und unbedingt nothwendig ist, mindestens insolange, bis sich die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde, welche ja infolge der Einverleibung der Vororte gewissermaßen etwas undurchsichtiger geworden sind, und welche man nicht mehr so klar, glaube ich, beurtheilen kann wie früher, etwas geklärt haben und man mit Zuversicht sagen kann, bis an diese und diese Grenze können wir gehen.

Ich werde mir nun erlauben, die Anträge zu verlesen, welche die Herren in Händen haben. Es wird beantragt (liest):

„1. Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung.

2. Diese Anleihe soll mit vier vom hundert verzinslich sein und innerhalb neunzig Jahren durch Verlosung al pari zurückbezahlt werden. Die Gemeinde Wien behält sich das Recht vor, auch eine größere Anzahl von Obligationen, als nach dem Tilgungsplane entfallen würde, zu verlosen oder auch sämmtliche, noch im Umlaufe befindlichen Obligationen als verlost zu erklären und einzuziehen.

3. Die Obligationen werden mit Coupons per 1. März und 1. September versehen sein und in folgenden Abschnitten ausgegeben:

25.000	Stück à	200	Kronen	= 5	Millionen
10.000	„ „	500	„	= 5	„
10.000	„ „	1.000	„	= 10	„
3.000	„ „	5.000	„	= 15	„
				35	Millionen.

4. Von dieser Anleihe wird im Jahre 1893 nur ein Theilbetrag von höchstens 6¼ Millionen Gulden = 12½ Millionen Kronen begeben; die weiteren Emissionen werden nach Maßgabe des eintretenden Bedarfes erfolgen.

5. Die Entscheidung über den Begebungscours steht dem Bürgermeister zu. Bezüglich der Art der Begebung ist in erster Linie eine öffentliche Subscription ins Auge zu fassen.

6. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), ferner wegen Erwirkung eines Reichsgesetzes, welches die Schuldverschreibungen dieser Anleihe für geeignet erklärt, „zur fruchtbringenden Anlage von Capitalien der Stiftungen, der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Anstalten, des k. k. Postsparcassenamtes, dann von Pupillar-Fideicommiss- und Depositengeldern und zum Börsencourse, jedoch nicht über den

Nennwert, zu Dienst- und Geschäftscautionen verwendet zu werden"; endlich wegen Erwirkung der Steuer- und Stempelgebürenfreiheit, — die nöthigen Schritte einzuleiten."

Dies sind die Anträge. Die Gemeinde hat, wie ich eingangs schon erwähnt habe, seit nahezu 20 Jahren keine neue Anleihe aufgenommen; im Gegentheile, seit dieser Zeit ist aus currenten Einnahmen ein Betrag zurückgezahlt worden, welcher größer ist als die neue Anleihe, welche wie jetzt vorschlagen.

Ich glaube, dass der Gemeinderath bei dem Umstande, als diese Anleihe zu einem höchst nützlichen, sanitär wichtigen Zwecke aufgenommen wird und wir die Verpflichtung haben, den neu angegliederten Bezirken dasselbe Wasser zu liefern, wie wir es bisher haben, von dieser Nützlichkeit überzeugt sein und den Anträgen, welche ich zur Annahme zu empfehlen mir erlaube, seine Zustimmung geben wird.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Erlauben Sie mir, dass ich zuerst meiner Verwunderung Ausdruck gebe, dass bei der Berathung eines so wichtigen Gegenstandes, wie die Aufnahme eines Anlehens, verhältnismäßig so wenige Mitglieder des Gemeinderathes anwesend sind, und dass auch die, welche anwesend sind, sich in traulichem Gespräche mit einander befinden und den Herrn Referenten reden lassen, was er will.

Eine zweite Bemerkung, welche ich machen möchte, ist folgende: Es nimmt mich wunder, dass der Gegenstand als so überaus dringlich behandelt wird, dass er in einem Gemeinderathe zur Sprache kommt, welcher nicht vollzählig ist, und in welchem Mitglieder sich befinden, welche bei der letzten Wahl nicht wieder gewählt worden sind. Ich hatte geglaubt, dass dieser Gegenstand gerade sich geeignet hätte, in einer solchen Versammlung des Gemeinderathes zum Vortrag und zur Abstimmung zu kommen, welche vollzählig ist und welche alle gewählten Mitglieder des Gemeinderathes auch wirklich umfasst. Freilich wird der Referent mich auf sein Referat verweisen und sagen, dass die Sache dringlich ist. Der Herr Referent verzeihe mir, wenn ich bemerke, dass dem nicht so ist, denn selbst wenn seine Anträge zum Beschlusse erhoben werden, so kann mit der Begebung des Anlehens gewiss nicht vor October oder November d. J. vorgegangen werden. Der Herr Referent beantragt nämlich, dass der Reichsrath die Stempel- und Gebürenbefreiung ertheile. Das kann nur infolge eines Gesetzes geschehen, es muss also eine Regierungsvorlage eingebracht werden, das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus darüber entscheiden und endlich die kaiserliche Sanction eintreten. Das Abgeordnetenhaus dürfte nach meinen Informationen frühestens Ende September, wahrscheinlich aber erst Mitte October d. J. zusammentreten. Wenn Sie die Vorarbeiten bedenken, welche in einer solchen parlamentarischen Körperschaft gemacht werden müssen, so werden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass vor November eine Berathung darüber zur Unmöglichkeit gehört.

Wenn das nun richtig ist, so kann mit der Begebung des betreffenden Anlehens gewiss nicht vor Ende dieses Jahres vorgegangen werden; und trotzdem, meine Herren, diese Eile!

Der Herr Referent wird mir nun darauf erwidern, es drehe sich heute ja nicht bloß um das Abgeordnetenhaus, sondern auch um den n.-ö. Landtag, der jetzt tagt, und es müsse dieser jetzige Sessionsabschnitt benützt werden, um die Geschichte im Landtage durchzubringen. Aber auch diese Einwendung ist nicht stichhältig, denn der Landtag wird gewiss bis 20. Mai tagen, und wenn in der heutigen Sitzung das Referat über die Gemeinderathswahlen erstattet worden wäre — es steht ja auf der sogenannten geschriebenen Tagesordnung — so wären die neugewählten Mitglieder des Gemeinderathes in der Lage gewesen, an der Berathung und Abstimmung theilzunehmen, und die Angelegenheit wäre trotzdem noch rechtzeitig vor den Landtag gekommen.

Aber, meine Herren, abgesehen von dem, was ich jetzt gesagt habe, — wenn das Ministerium dem Herrn Bürgermeister die Gefälligkeit erwiesen hat, den Landtag eigens einzuberufen, bloß zu dem Zwecke, damit er es bequemer habe, Schulden machen zu können, bloß zu dem Zwecke, um das Statut zu ändern, dann hat das Ministerium gewiss auch die Gefälligkeit, den Landtag eigens einzuberufen, um eventuell das Anlehen zu genehmigen. Warum denn nicht? Der Herr Bürgermeister hat gewiss Einfluss auf den Statthalter, den Minister, um so etwas durchzusetzen. Es wäre dies aber, wie erwähnt, nicht nothwendig, und es würde vollständig hinreichen, wenn heute die Gemeinderathswahlen erledigt worden wären, um auch den neuen Mitgliedern des Gemeinderathes Gelegenheit zu geben, an der Berathung und Beschlussfassung über dieses Referat theilzunehmen.

Wenn ich nicht die Vertagung beantrage, so geschieht es deswegen, weil ich weiß, dass es vollständig fruchtlos wäre. Sie, meine Herren, sind gewohnt, dem Befehle Folge zu leisten und würden daher einen von mir gestellten diesbezüglichen Antrag gnadenlos niederstimmen.

Ich will Ihnen nun gar nicht die Freude machen, daß Sie einen Antrag von mir ablehnen können; eine solche Freude mache ich Ihnen nur dann, wenn Sie mir mit der Ablehnung eine Freude für die Wählerversammlungen bereiten, wenn ich aus der Ablehnung Stoff bekomme, um in den Wählerversammlungen gegen Sie agitieren zu können. Einen anderen Zweck verfolge ich mit meinen Anträgen bei Ihnen überhaupt nicht mehr, so lange ich nicht sehe, dass Sie sich bessern wollen und nicht bloß von dem oft engherzigen Standpunkte der Partei vorgehen, sondern willens sind, auch solche Anträge zu unterstützen und anzunehmen, welche von anderer Seite gestellt werden, vorausgesetzt, dass sie im allgemeinen Interesse gelegen sind. Ich gehe nun zur Frage selbst über.

Als die Einverleibung der Vororte mit Wien in Discussion stand, und als wir, die Mitglieder der Opposition, in den verschiedenen Wählerversammlungen erklärten, dass die Art und Weise, wie diese Einverleibung mit Wien durchgeführt wird, zu nichts anderem als zu einer ungeheueren Bedrückung des Volkes führen werde, als wir erklärten, dass die Folge davon Steuererhöhung, dann Anleihen, dann wieder Steuererhöhung in schöner Abwechslung sein werden, hatten Sie, meine Herren von der Majorität, die Güte, uns als Verleumder zu erklären und zu sagen, dass wir das Volk verhetzen, dass wir das Volk irreführen. (Rufe links: Sehr richtig!) Sie, meine geehrten Herren, haben dem Volke versprochen, dass aus der von Ihnen geplanten Einverleibung der Vororte mit Wien Glück und Segen nicht bloß für die alten zehn Bezirke, sondern auch für die neuen Bezirke, die sogenannten Vororte, erblühen werde. Das heutige Referat gibt mir nun Anlass, zu erproben, wer eigentlich damals die Wahrheit gesprochen hat und wer nicht.

Sie werden mir alle zugeben, dass bisher die Folge der Vereinigung der Vororte mit Wien folgende gewesen ist: Sie haben den Zuschlag zur Verzehrungssteuer bedeutend erhöht, haben den Bierkreuzer eingeführt, haben alle anderen Zuschläge bedeutend

erhöht, haben das, was an den Krankengeldern zu zahlen ist, bedeutend erhöht.

Das alles haben Sie gethan, und jetzt liegt uns in diesem Referate der erste schüchterne Schritt zur Aufnahme eines neuen Anlehens vor. Dieser Schritt ist schüchtern, ist bescheiden, betrifft eine geringe Summe, aber zweifeln Sie nicht, dieser Summe werden gewiss andere folgen (Rufe: Gewiss!), und dem neuen Anlehen wird die Steuerhöhung folgen. (Rufe links: Ganz gewiss! — Widerspruch rechts.) Und wenn Sie mir nicht glauben wollen, so fragen Sie den geehrten Herrn Referenten um die Geschichte der Anlehen, die früher die Stadt Wien aufgenommen hat. Er hat das Jahr 1874 erwähnt. Fragen Sie den geehrten Herrn Referenten, ob nicht damals dem Anlehen eine bedeutende Erhöhung der Umlagen auf dem Fuße gefolgt ist. — Jetzt sagt man Ihnen das nicht und sagt, es komme keine Erhöhung der Zinskreuzer, denn wenn man sagen würde, es kommt eine Erhöhung derselben, so würde das den einen oder den anderen zurückschrecken, die Verantwortung für die Aufnahme eines Anlehens zu übernehmen. Man sagt also jetzt nichts, aber kommen wird es, und wir sitzen, wenn uns Gott das Leben schenkt und die Wähler ihr Vertrauen, ja dann noch beisammen und werden darüber weiter sprechen.

Wir haben also recht gehabt, als wir gesagt haben, dass die Art und Weise, wie die Vereinigung der Vororte mit Wien durchgeführt wurde, nichts anderes zur Folge habe als eine ungeheuere Bedrückung der Bevölkerung, und dass diese Art und Weise der Vereinigung der Vororte verhängnisvoll für die alten Bezirke und verhängnisvoll für die Vororte geworden ist. Nun, wo ist aber das Glück und der Segen, der über die Stadt Wien ausgebreitet ist? Ich weiß nur das Gegentheil davon, und es gibt eigentlich nur 25 Personen (Rufe links: Sehr gut!), in dieser $1^1/_2$ Millionenstadt, über welche sich Glück und Segen ausgegossen hat (Rufe links: Sehr gut! und Händeklatschen); wenn Sie imstande sind, mir eine sechsundzwanzigste Person zu nennen, über welche sich Glück und Segen ausgegossen hat, dann bitte ich um deren Adresse, damit ich mich bei ihr erkundigen kann, ob das wahr ist oder nicht. (Bravo-Rufe links.) Meine Herren! Es war nothwendig, dies hervorzuheben, weil ich glaube, dass die bisherigen Ereignisse uns das Anrecht geben, dass unsere Anschauungen von Ihnen gehört und vielleicht auch beherzigt werden. Im Referate finden Sie eine Stelle, welche an den alten manchesterliberalen Grundsatz erinnert, dass man gewisse Auslagen auf die Zukunft, auf die Söhne und Enkel überwälzen müsse, welche auch an den riesigen Leistungen der Gegenwart tragen müssen. Meine Herren! Dieser manchesterliberale Grundsatz hat die Staaten verschuldet, er hat die Länder verschuldet, er hat die Gemeinden verschuldet, und dieser Grundsatz hat nicht bloß die Zukunft belastet, sondern auch die Gegenwart. Und der größte Theil dieser Lasten, die jetzt und späterhin zu tragen sein werden, fließt nicht mehr zurück in die Cassen des Volkes, sondern er fließt ausschließlich zurück in die Cassen einzelner großer Capitalisten. In früheren Zeiten, im Mittelalter, in der Zeit der Verdummung hat man einen anderen Grundsatz beobachtet: Unsere Väter, welche damals gelebt haben, haben den Grundsatz befolgt, dass man für die Zukunft sammeln müsse, dass man für die Zukunft zurücklegen müsse, damit die Söhne und Enkel dann vielleicht um so leichter wirtschaften, damit sie um so leichter eventuelle, besondere Auslagen bestreiten können. Das war der Grundsatz zur Zeit der Verdummung. Meine Herren! Welcher Grundsatz der richtigere ist, der zur Zeit der Verdummung oder der jetzt herrschende Grundsatz des Überwälzens auf die Zukunft, auf die Söhne und auf die Enkel, wollen Sie gefälligst selbst entscheiden. Ich will Ihnen nur ein kleines Beispiel geben. Einen Vater, der für seine Söhne und Enkel ein Vermögen ansammelt, werden Söhne und Enkel immer segnen, sein Andenken werden sie immer in Ehren halten. Wenn aber ein Vater nur Schulden macht, die die Söhne und die Enkel bezahlen müssen, dann, meine Herren, — was werden die Söhne und Enkel von diesem Vater halten? (Gelächter und Widerspruch rechts und Rufe: Wir schaffen doch etwas!) Vielleicht hat der geehrte Herr College, der mich unterbrochen hat, der Meinung Ausdruck geben wollen, dass das rechtlich nicht möglich ist. Es kommt doch vor, kann vorkommen, z. B. bei Fideïcommissen.

Von dem einen bin ich überzeugt, wenn ein Vater so vorgehen würde, wie Sie, meine Herren, durch eine Reihe von Jahren vorgegangen sind und jetzt wieder vorgehen wollen, so würde dieser Vater auf Antrag seiner Söhne und Enkel unter Curatel gesetzt werden. Leider können das unsere Söhne und Enkel nicht thun, aber was unsere Nachkommen über Sie sagen werden — das, meine Herren, können Sie sich selbst ausmalen; gesegnet wird Ihr Andenken gewiss nicht. Ich habe übrigens das alles nur zu dem Zwecke erwähnt, damit Sie endlich einmal aufhören, solche Entschuldigungen für das Schuldenmachen vorzubringen. Meine Herren! Wissen Sie, warum Sie Schulden machen? Sie wollen Schulden machen, weil Sie kein Geld haben. (Schallende, andauernde Heiterkeit rechts.)

Sie lachen, meine Herren, Sie sind gut aufgelegt, es freut mich das, ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Humor. Wenn das Vermögen vorhanden wäre, so würde kein Mensch daran denken, ein Anlehen aufzunehmen. (Rufe rechts: Selbstverständlich!)

Darum sagen Sie gefälligst die Wahrheit, und wenn Sie in den Wählerversammlungen sprechen, reden Sie nicht davon, dass auch die Söhne und Enkel mittragen müssen, sondern sagen Sie simpel und offen, sagen Sie: Meine geehrten Herren Wähler, wir haben alles, was wir hatten, eigentlich schon schön angebracht, und jetzt machen wir Schulden. Das ist die finanzielle Geschichte Ihrer Thätigkeit. (Gelächter rechts.) Meine Herren! Sie würden unrecht urtheilen, wenn Sie glauben, dass ich das nicht weiß, und nachdem es richtig ist, was der Herr Referent sagt, dass die Vororte dasselbe Wasser in der nämlichen Qualität bekommen müssen, welches jetzt die alten zehn Bezirke genießen, so ist es ja selbstverständlich, dass wir für die Beschaffung des Geldes, welches dazu nothwendig ist, stimmen werden. (Rufe rechts: Nun also! Abstimmen!) Mir scheint, Sie haben eine Angst gehabt, ich mache Ihnen eine principielle Opposition (Gelächter rechts), aber ich will Ihnen entgegenkommen. (Erneuertes Gelächter rechts.) Begeben wir uns auch einmal auf den Standpunkt des Schuldenmachens. Warum denn nicht. Wir können es auch. (Heiterkeit.) Und vielleicht geben Sie das trotz Ihrer Heiterkeit zu, dass beim Schuldenmachen der Grundsatz befolgt werden muss: so billig als möglich und so gering als möglich. Haben Sie vielleicht die Güte, das als richtig zuzugeben.

Wir sind dieser Anschauung, und zwar deshalb, weil wir einiges, was der Herr Referent vorbringt, nicht als richtig anerkennen.

Der Herr Referent stellt zum Beispiel eine außerordentlich künstliche Berechnung auf über die Einnahmen, welche aus der Erweiterung der Wasserleitung gezogen werden können. Es ist ein Glück, dass er selbst sagt, dass die betreffenden Prämissen höchst

unsicherer Natur sind. Es ist daher auch besser, man beschäftigt sich mit denselben gar nicht.

Er führt aber weiters an, dass Schulbauten, Markthallen, auch sonst Wasserleitungen im allgemeinen zu den außerordentlichen Ausgaben gerechnet werden müssen. Nun, meine sehr geehrten Herren, das ist eine unrichtige Anschauung; Sie werden jedes Jahr Schulen bauen müssen, denn mit der Vermehrung der Bevölkerung ist auch die Errichtung neuer Schulen unbedingt nothwendig. Wenn nun etwas jährlich geschehen muss, dann ist das keine außerordentliche Ausgabe, sondern eine ordentliche Ausgabe. Sie werden Markthallen fort und fort bauen müssen, je mehr sich die Stadt vergrößert und Markthallen nothwendig werden. Sie werden, meine Herren, wenn irgendwo eine neue Straße entsteht, immer die Rohre für die Wasserleitung hineinlegen müssen. Das sind keine außerordentlichen Ausgaben, das sind ordentliche Ausgaben; das sind also nicht solche Ausgaben, welche man eventuell durch ein Anlehen decken kann, sondern solche Ausgaben, welche gewiss aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden müssen, wenn nicht, ich könnte sagen, ein künstliches Deficit erzeugt werden, und wenn nicht dieses Deficit ins Ungeheure anwachsen soll.

Es weist der Herr Referent darauf hin, dass wir seit dem Jahre 1874 oder auch schon von früheren Jahren angefangen so und so viele Schulden zurückgezahlt haben. Ja, meine Herren, von diesem Zurückzahlen der Schulden haben wir nichts. (Rufe rechts: Oho!) Ja wohl, weil die Jahresquote für die Zinsen und die Amortisation gleich bleibt, Herr Collega! Bitte sich diesbezüglich bei dem Herrn Referenten zu erkundigen! Wenn ich nun jetzt auch weniger Schulden habe, so muss doch noch für eine ganze Reihe von Jahren die nämliche Summe jährlich bezahlt werden, und so meine Herren, bleibt es sich für die Bevölkerung vollständig gleich; das muss aufgebracht werden. Es liegt also jetzt in der Rückzahlung des Capitals vorläufig noch gar keine Erleichterung; vielleicht dann, wenn die Convertierung durchgeführt wird, auf die ich noch später zu sprechen komme.

Es sagt dann der Herr Referent in seinem Referate, er glaube, dass die Einnahmen sich in Hinkunft erhöhen und die Ausgaben in Hinkunft möglichst gleich bleiben werden. Er meint, dass die Zeit der springenden Entwicklung der Ausgaben abgeschlossen sei. Meine Herren, ich möchte von Herzen wünschen, dass die Einnahmen sich immer steigern — ich will es auch glauben. Aber was die andere Anschauung des Herrn Referenten betrifft, so ist die entschieden unrichtig. Ich bin überzeugt, dass die Ausgaben jetzt erst kommen werden. Jetzt herrscht bei uns eine ziemliche Diurnistenwirtschaft. Jeder von Ihnen wird mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, dass es unsere Pflicht ist, nach und nach diese Diurnistenwirtschaft zu beseitigen und an Stelle derselben eine Beamtenwirtschaft zu setzen. Das muss sein. Sehen Sie sich die verschiedenen Bezirksämter gefälligst an und fragen Sie sich, ob die Bezirksämter wirklich mit der richtigen Anzahl von Beamten dotiert sind! Sehen Sie sich die Unsummen von Arbeiten an, die dort zu bewältigen sind! Ferner wird die Straßenpflege Unsummen von Kosten verursachen, denn jetzt ist in den Vororten alles, wie ich höre, noch immer beim alten, es ist ja nichts Neues geschehen. Mir ist sogar mitgetheilt worden, dass in den Vororten die Straßenpflege hie und da vielleicht besser, aber hie und da auch schlechter sein soll als früher in den alten Gemeinden. (Widerspruch rechts.)

So ist es mir gesagt worden. Ob es wahr ist oder nicht, können Sie selbst beurtheilen. (Zustimmung links. — Gem.-Rath Steiner: Wir bekommen seit der Einverleibung keinen Schotter!) Jetzt wird die Zeit der Häusereinlösungen kommen. Wenn wirklich von dem Gesetze, durch welches die 18jährige Steuerfreiheit bewilligt wurde, Gebrauch gemacht werden wird, so werden Sie staunen über die Unsummen, welche die Einlösung betreffs der Grundtheile, welche zu Straßen geschlagen werden, erfordern wird. Die Zeit der Ausgaben wird erst kommen, und ich erkläre Ihnen, meine Herren, wir werden froh sein, wenn die Einnahmen in demselben Maße steigen, als die Ausgaben sicher steigen werden.

Doch wozu mit solchen Factoren rechnen, die vollständig in der Luft liegen? Ich fuße auf dem, was der Herr Referent selbst geschrieben hat, ich fuße auf seinem Budget, das er hoffentlich nicht verleugnen wird.

Nach dem Budget haben wir ein Deficit der laufenden Einnahmen und Ausgaben, also abgesehen von der Wasserleitung, im Betrage von 2,000.000 fl. jährlich. Zu diesem Deficit werden die Zinsen für das Anlehen kommen, welches wir jetzt aufnehmen; zu diesem Deficit werden die Zinsen kommen für das Anlehen, welches die Verkehrsanlagen-Commission aufnimmt — mit einem Worte, es kommen große Posten hinzu, und es gehört viel Optimismus dazu, zu sagen, das alles kann die Gemeinde Wien ruhig vertragen. Der Herr Referent und vielleicht auch Sie, meine Herren (zur rechten Seite gewendet), wissen sehr gut, dass das, was ich jetzt auseinandergesetzt habe, vollständig richtig ist. (Widerspruch rechts.) Sie können mich ja widerlegen, wenn Sie es imstande sind. Gerade diejenigen, welche mit dem Kopfe schütteln, werden es am allerwenigsten thun können; ich kenne ja diese Art Mitglieder des Gemeinderathes, sie schütteln deshalb mit dem Kopfe, damit die ganze Welt glaubt, sie verstehen alles — sie verstehen aber nichts. (Heiterkeit.) Ich sage Ihnen, Sie selber haben das Gefühl, dass alles, was ich gesagt habe, richtig ist, denn, wissen Sie, es ist ja merkwürdig, dass gerade unmittelbar vor Berathung des neuen Anlehens eine Ader der Wasseralmquelle angefahren worden ist. (Heiterkeit.) Das ist merkwürdig; natürlich, der reine Zufall! Dabei ist die Sache so dargestellt worden, als wenn diese Wasserader von ungeheuerer Mächtigkeit wäre, und alle Bewohner der Vororte haben förmlich schon das Wasser getrunken, das dort herauskommt. Es ist so dargestellt worden, als ob jetzt die Gemeinde Wien für alle Zeiten von der Wassernoth befreit wäre, denn die Ader ist angefahren! Diese Ader soll riesig sein!

Meine Herren! Erstens kann diese Wasserader so viel Wasser haben, als sie überhaupt haben kann, sie kann Millionen Hektoliter haben, Sie dürfen nicht mehr davon nehmen, als Sie gekauft haben oder eventuell noch kaufen werden. Also das ist schon ein Schwindel. Dann zweitens: Wann sollen denn die Quellen viel Wasser geben, wenn sie es jetzt nicht geben? Jetzt sind die Gebirge dort noch, ich könnte sagen, wie ein vollgesogener Schwamm, jetzt wirkt noch die Schneeschmelze und alles andere mit, um die dortigen Quellen außerordentlich ergiebig zu gestalten, jetzt kommen wir sogar mit dem Kaiserbrunnen aus — ich weiß es nicht, aber es ist wahrscheinlich. Also, was soll das alles? Wozu die Bevölkerung in dem Wahne wiegen, als ob jetzt alle Gefahren beseitigt wären? Das geschieht nur zu dem Zwecke, um die Leute günstig für das Anlehen zu stimmen. Aber weiter! Heute, meine Herren, bringt der Herr Referent den bereits in ihrem Club angekündigten Antrag wegen Convertierung der alten Schulden ein. Vielleicht wird der

Herr Referent mir rechtgeben, wenn ich sage, dass vor nicht allzuvielen Jahren fort und fort von unserer Seite die Convertierung der Anleihe angeregt wurde, vielleicht erinnert sich der Herr Referent, welche Worte er damals gegen unsere Seite gebraucht hat, vielleicht erinnert er sich, dass er damals erklärt hat, dass es ein Rechtsbruch wäre, überhaupt an so etwas zu denken. (Referent: Zwangsweise!) Eine freiwillige Convertierung? Meine Herren! Der müsste wirklich ein großer Esel sein — und das sind doch die Finanzmänner nicht — welcher auf eine solche freiwillige Convertierung eingehen würde, wie sie von Seite des Herrn Referenten in ihrem Club erörtert wurde. Meine Herren, das alles soll nur zu dem Zwecke dienen, um Sie günstig für das Anlehen zu stimmen, um, wie soll ich sagen? für alle diese Beschlüsse auch nach außen hin ein kleines Mäntelchen zu schaffen, damit man nicht genau dahinter sieht und nicht weiß, was eigentlich damit bezweckt wird.

Meine Herren! Einen Punkt erlauben Sie mir noch zu erwähnen. Der Herr Referent sagt in seinem Referate: „Die Höhe des Anlehens ist durch den Bedarf bestimmt." Jetzt hören Sie wohl zu! „Was für die Erweiterung der Hochquellen-Wasserleitung benöthigt wird, weder mehr noch weniger, soll durch dieses Anlehen bedeckt werden."

Ja, meine Herren, wenn dieser Ausspruch des Herrn Referenten richtig ist, wie will er denn die Post I beim Kostenerfordernisse rechtfertigen? Diese Post I, bestehend aus 3,100.000 fl., ist ja bereits ausgegeben; das wird ja nicht mehr benöthigt, das ist ja bereits ausgegeben! Und diese 3,100.000 fl. sollen, wie der Herr Referent sich ausdrückt, an die eigenen Gelder der Gemeinde wieder refundiert werden. Meine Herren, ich, der ich derlei Dinge zwar nicht mitgemacht, aber von früherher genau studiert habe, erkläre Ihnen: Das ganze Anlehen ist, wenn Sie die Post von 3,100.000 fl. darin lassen, nichts anderes als ein Anlehen zur Deckung des Deficits. (Lebhafte Zustimmung links.) Es soll dazu dienen, Ihre Wirtschaft noch vielleicht auf ein, zwei Jahre zu verlängern. Nun wird mir jeder zugeben, dass die Deckung des Deficits durch Schulden die gefährlichste Art und Weise ist, ein Deficit zu decken; denn dadurch vermehrt sich das Deficit, es kommen die Zinsen und Amortisationsquoten dazu. Wie können Sie, meine Herren, so etwas verantworten? Wenn Ihnen also ehrlich darum zu thun ist, ein Anlehen bloß für die Zwecke der Hochquellen-Wasserleitung aufzunehmen, dann, meine Herren, streichen Sie die Post I! Wenn es wahr ist, was Sie sagen, dass unsere Finanzen so günstig sind, wenn es wahr ist, dass sich die Einnahmen steigern, die Ausgaben aber gleichbleiben werden, wenn es es wahr ist, dass aus dieser Ergänzung der Wasserleitung ein so bedeutendes Einkommen erzielt werden wird, wenn das alles wahr ist, warum, meine Herren, wollen Sie die 3,100.000 fl. in die eigenen Gelder wieder zurück haben? Aus welchem Grunde? Haben wir nicht jetzt genügend; ich meine nämlich Papiergeld und Gründe, um im Falle der Noth momentan irgend ein Geld zu bekommen? Ist es wirklich nothwendig, dass eine so unerhörte Summe bei uns brachliegt, ist es wirklich nothwendig, dass diese Summe bei einem Bankinstitute, etwa bei der Escomptebank oder bei einer anderen zu einem Zinsfuß von $2^1/_2$ Percent deponiert wird? Ist das alles nothwendig? Nein! meine Herren! Es ist nicht nothwendig. Darum, wenn Sie ehrlich sind, wenn der Herr Referent wirklich nur ein Anlehen für die Ergänzung der Hochquellenleitung vorschlagen will, streiche er die Post I. Wenn das wahr ist, was er in seinem Referate sagt, brauchen wir die drei Millionen nicht, und wenn man nichts braucht, macht man keine Schulden. Also entweder — oder! Hic Rhodus, hic salta! An diesem Punkte wird die Bevölkerung erkennen, was von Ihren Versprechungen wahr ist und was daran nicht wahr ist.

Der dritte Grundsatz, dem wir huldigen, ist der, dass bei Begebung jeden Anlehens jede Vermittlung principiell ausgeschlossen werden muss. Wir wollen nicht, dass andere Leute sich an der Vermittlung des Anlehens irgendwie bereichern, das wollen wir nicht. Das Anlehen soll durch die Bevölkerung begeben werden, und es wäre doch wirklich traurig, wenn der Patriotismus der Wiener so gering wäre, um ein so kleines Anlehen nicht selbst subscribieren zu können, und wenn nicht zehnfache Überzeichnungen vorkämen.

Aus dem, was ich gesagt, folgt Folgendes:

Erstens: Wir sind für die Herabsetzung des Punkt I der Anträge, und zwar um die Summe von 3,100.000 fl. Wir sind zweitens dafür, dass die einzelnen Obligationen auf kleinere Beträge lauten, als hier angegeben sind, und dass die Zertheilung des Anlehens auf kleinere Obligationen in richtigerer und zweckentsprechender Weise erfolge. Wir sind drittens dafür, dass nur der Weg der Subscription zur Begebung des Anlehens betreten und jede Vermittlung principiell ausgeschlossen werde; endlich sind wir viertens dafür, dass alle diese Bedingungen auch gesetzlich festgestellt werden, so dass sie unter gar keiner Bedingung umgangen werden dürfen und können.

Das sind die Anschauungen, von welchen die Opposition bei Behandlung des Gegenstandes sich leiten lässt, und ich werde mir erlauben, in der Special-Debatte die diesen Anschauungen entsprechenden Abänderungs-Anträge zu stellen, welche ich dann Ihrem geneigten Wohlwollen empfehle. Vielleicht ist es doch möglich, wenn Sie nicht schon genügend vorbereitet sind, wenn Sie sich noch ein Fünkchen Unabhängigkeit bewahrt haben, dass Sie den einen oder anderen dieser Anträge zum Beschlusse erheben. (Lebhafter Beifall links.)

Referent: Meine Herren! Ich habe nicht die Absicht gehabt, während der Debatte das Wort zu nehmen, denn es ist ja besser, wenn man zuerst alle Redner vorübergehen lässt und sich die Erwiderung zum Schlusswort aufhebt, aber der Herr Vorredner reizt einen ja förmlich dazu, eine Antwort so bald als möglich zu geben.

Zunächst hat er gemeint, es wäre besser, wenn man abgewartet hätte, bis die neuen Collegen eingetreten sind, um dann das Anlehen auch durch die neu eintretenden Mitglieder mitbeschließen zu lassen. Nun, ich wäre sehr froh gewesen, wenn dies möglich gewesen wäre, weil es mir nur erwünscht sein kann, die Verantwortlichkeit, welche auf uns allen lastet, auf einen möglichst großen Kreis von Gemeinderäthen zu vertheilen. Ich hätte also gar nichts dagegen gehabt, aber es war nicht möglich. Der Landtag wird wahrscheinlich nur bis 15. Mai (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bis 20. Mai!) ich bitte — vielleicht noch zehn Tage beisammenbleiben, und es wäre möglicherweise mit großer Gefahr verbunden, wenn das Gesetz im Landtage nicht mehr eingebracht werden könnte. Wir müssten dann bis zum Frühjahre warten, und es wäre namentlich den geehrten Herren aus den Vororten, auch jenen, die auf dieser Seite (links) sitzen, nicht angenehm, wenn man im Herbste sagen möchte, die Arbeiten müssen auf vier Monate sistiert werden, weil wir kein Geld haben, weil es besser war, mit dem Anlehen noch 14 Tage

zu warten. Warum denn warten? Sollen vielleicht die 20 bis 30 neuen Mitglieder wie Moses das Wasser aus dem Felsen herausschlagen? Wir können aber das Geld auf andere Weise nicht bekommen und müssen also das thun.

Der Herr Vorredner meint, wir gehorchen Befehlen, ich weiß nicht, ob von oben oder von irgendwo. Nein, wir gehorchen der zwingenden Nothwendigkeit, welche eben dafür spricht, dass das Geld aufgebracht werden muss, welches wir für diese Zwecke brauchen.

Der Herr College hat dann, auf die früheren Wählerversammlungen anspielend, gesagt, es ist nur der Anfang, es werden weitere Anlehen nachkommen. Derselbe Herr College hat heute eine Interpellation eingebracht, ob nicht wir Gaswerke bauen wollen, und da möchte ich fragen, ob er Gaswerke mit den schönen Augen der Gemeinderäthe bauen will, oder ob es da nicht auch heißt: „Zaplati". (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich glaube, dazu muss auch ein Anlehen aufgenommen werden, und ich glaube, dass ein Anlehen zur Herbeischaffung von Wasser vielleicht auch in einem gewissen Grade so wichtig ist als die Errichtung von Gaswerken. Sie sehen also, dass, wenn er an meiner Stelle wäre oder an Stelle der Majorität, er sich auch mit dem nicht ungewöhnlichen Schuldenmachen behelfen müsste, wenn es sich um solche Zwecke handelt. Nun hat er gesagt, die Vereinigung mit den Vororten hat Glück und Segen noch nicht gebracht. Da muss man sagen, Cäsar hat auch am 15. März gesagt: „Der Idus des März ist da" und der Wahrsager hat ihm geantwortet: „Aber noch nicht vorüber!", Es ist bereits eine Menge geschehen. Wir sind ja erst am Anfange; es sind die Gehälter der Lehrer in den Vororten bedeutend erhöht worden, es sind um $1^1/_2$ Millionen Gulden Schulen, von welchen der größte Theil in den Vororten ist, gebaut worden, und wenn die Wasserleitung eingeführt wird, da ist denn doch immerhin schon etwas für den Anfang geschehen.

Es ist weiter von Vätern gesprochen worden, von denen der eine seinen Söhnen Schulden, der andere Geld hinterlässt. Der eine wird von den Söhnen verflucht, der andere gesegnet. Ich glaube, dass es zweckmäßiger ist, wenn man seinen Nachkommen nützliche Unternehmungen hinterlässt, und wenn unsere Kinder und Enkel die Wasserleitung sehen und sagen: Diese haben unsere Väter beschlossen und gebaut, und ich glaube, dass sie uns nicht gram sein werden, und dass es zweckmäßiger ist, dass in dieser Weise gewirtschaftet wird als wie in den fünfziger Jahren, wo eine vollständige Stagnation eingetreten ist und dafür die Gemeinde allerdings ein wenig Geld gehabt hat. Es kommt mir das vor als wie ein geiziger Vater, der sein Vermögen in Zwanzigern in Strümpfe steckt; ich glaube, es wäre seinen Kindern lieber, wenn der Vater statt dessen ein schönes Haus gebaut hätte und ihnen eine wohlbestellte Wirtschaft hinterlassen hätte als todtes Metall im Kasten. Nun ist auch gesprochen worden von dem Sohne, welcher seinen Vater segnet, weil er ihm recht viel Geld hinterlassen hat. Ich finde aber, dass es in den Augen der Herren von dieser Seite des Hauses misslich ist, wenn jemand viel Geld besitzt; denn ist man Capitalist, so weiß ich nicht, was man dann noch alles ist. (Heiterkeit.)

Nun hat auch der Herr Vorredner ein Capitel gelesen über die Art der Budgetierung über außerordentliche Auslagen u. s. w. Es widerstrebt mir, hundertmal Gesagtes zu wiederholen. Wir bauen jährlich Schulen, das ist wahr, aber wir werden nicht jedes Jahr für Schulen bedeutende Summen aufwenden. Diese Summen repräsentieren das Geld, welches wir für Investitionen ausgeben, wir können aber auch von dem Deficit, welches der Herr Vorredner mit $2^1/_2$ Millionen Gulden berechnet, $1^1/_2$ Millionen Gulden abziehen, mit welchen wir Schulden tilgen. Wenn wir unsere Schulden zahlen, werden wir weniger Schulden haben, also das Deficit schrumpft zusammen. Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, dass die Gemeinde in Zukunft viel Geld brauchen werde, so ist niemand mehr davon überzeugt, als ich. Ich hoffe aber, es wird möglich sein, mit den bisherigen Auslagen das zu prästieren. Wenn er meint, dass infolge des Gesetzes über die Steuerfreiheit große Grundankäufe seitens der Gemeinde gemacht werden müssen, so glaube ich umgekehrt, dass, wenn die Bauthätigkeit sich hebt, die Gemeinde in der Lage sein wird, von ihrem bedeuten Grundbesitz, besonders nach Beseitigung der Linienwälle bedeutende Einnahmen zu erzielen, und ich hoffe, dass sich das ziemlich decken wird. Von der Convertierung will ich nicht reden, das wird Gegenstand einer separaten Besprechung sein, ich komme nun zu den Gegen-Anträgen des Herrn Vorredners. Er meint, das es nicht nothwendig ist, diese drei Millionen Gulden, welche wir zur Refundierung der früher vom Gemeinderathe bestrittenen Auslagen verwenden wollen, zu beschließen, und dass es nicht nothwendig wäre, das Geld brach liegen zu lassen. Erstens einmal wird das Geld nicht brach liegen bleiben, sondern wir werden das Geld brauchen, weil wir eben im Budget darüber verfügt haben. Wir werden es uns aber nur nach Maßgabe des Bedarfes beschaffen, und es ist gar nicht nothwendig, dass man die ganzen sechs Millionen auf einmal hinaus gibt und, wie er meint, zu 2 Percent in irgend eine Bank legt. Das wird nur mit einem sehr geringen Betrage der Fall sein; es wird ihm nicht unbekannt sein, dass wir in unseren Cassebeständen, welche in früheren Jahren drei bis vier Millionen Gulden betragen haben und jetzt noch manchesmal auf zwei Millionen steigen, nicht bloß solche Gelder haben, welche wir zu einem niedrigen Zinsfuße bei einer Bank elocieren, sondern auch Renten, Pfandbriefe, die bei uns einen Theil des Cassabestandes bilden. Es wäre also ganz gut möglich und wird gewiss geschehen, dass wir vielleicht einen Theil dieses Anlehens vorläufig gar nicht begeben, sondern als disponibeln Cassabestand in die Cassa legen und erst im Falle des Bedarfes wirklich veräußern.

Ich habe schon in dem ersten Referate darauf hingewiesen, dass es eigentlich unlogisch wäre, zu sagen, das Geld, welches die Gemeinde in den früheren Jahren aus den eigenen Einnahmen für die Wasserleitung vorgeschossen hat, müsse vom Anlehen ausgeschieden werden. Man hat gemeint: wenn es wahr ist, dass wir das Geld zu Wasserzwecken brauchen, sollen wir die drei Millionen streichen. Das ist buchstäblich wahr, wir nehmen das Geld zu Wasserzwecken, aber die Gemeinde kann das Geld, welches sie in früheren Jahren ausdrücklich zu Wasserzwecken vorgeschossen hat, nicht entbehren, weil sie es braucht. Ich würde also bitten, diesem Antrage nicht zuzustimmen.

Bezüglich der Begebung sind wir so ziemlich einerlei Meinung; auch wir glauben, dass die Begebung im Wege der öffentlichen Subscription die zweckmäßigste ist, und es wird zweifellos diese Art der Begebung gewählt werden. Warum das aber im voraus im Gesetze normiert werden, warum wir uns selbst unter Curatel setzen und sagen sollen: anders darf es nicht gemacht werden — das sehe ich nicht ein. Wir haben doch bei der Begebung nur einen Zweck: den bestmöglichen Cours herauszubringen. Wir wissen ja nicht, in welcher Weise das geschehen kann, und es ist denkbar,

dass in anderer Weise ein besserer Cours zu erzielen sein wird. Warum sollen wir also den Vortheil aus der Hand geben? Aber ich kann sagen, dass ich es aufrichtig wünsche, und wenn es halbwegs möglich sein wird, wird der Weg der öffentlichen Subscription gewählt werden.

Den Antrag, noch kleinere Appoints zu machen, bitte ich, nicht anzunehmen. Die Appoints mit 200 Kronen sind klein genug, und wer halbwegs Erfahrung hat — ich kenne das aus meiner Thätigkeit bei der Sechshauser Sparcassa —, weiß, wie lästig es ist, wenn man große Summen, Summen von 30.000 bis 40.000 fl., in Hunderter- oder Fünfziger-Appoints-Effecten zu controlieren und Bücher herzustellen hat, der wird wissen, dass kleinere Appoints hierfür nicht nothwendig sind. Es ist genügend vorgesorgt, es sind 25.000 Stück à 200 Kronen, das sind 100 fl., und eine größere Anzahl Stücke zu 500 Kronen, das sind 250 fl., in Aussicht genommen, und das ist auch noch kein bedeutender Betrag.

Ich würde bitten, die Anträge unverändert anzunehmen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Aechansky: Meine Herren, es hat uns heute Herr Collega Dr. Lueger wieder das Vergnügen gemacht, uns eine Kapuzinade zu halten. Wir sind lange dessen entwöhnt gewesen, aber es ist, Gott sei Dank, recht heiter abgegangen bei dieser Kapuzinade, so dass man sagen könnte, es geht hoch her. Neues hat er nicht gesagt, im wesentlichen ist es durch die trefflichen Ausführungen des Herrn Referenten schon widerlegt. Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass meines Erinnerns niemandem eingefallen ist, zur Zeit, als die Vereinigung der Vororte in Aussicht genommen war, das Versprechen zu machen, dass niemals ein Anlehen aufgenommen werden wird. Das wird jeder, der seine fünf Sinne beisammen hat, damals haben einsehen müssen, und es ist auch gesagt worden. (Rufe links: O nein!)

Es hat sich nur immer um die Erhöhung der Abgaben gehandelt, und in dieser Beziehung ist allerdings darauf hingewiesen worden, dass durch die Vereinigung mit den Vororten im wesentlichen die Abgaben nicht vermindert werden. Aber es musste auf der Hand liegen, dass bei allen Investitionen, welche durch die Vereinigung mit den Vororten nothwendig werden, es ohne die Aufnahme eines Darlehens nicht abgeht. Ich möchte wirklich einmal — ich habe mitunter dieses teuflische Verlangen — die Wirtschaft den Herren dort (links) abzutreten, und ich möchte sehen, in welcher Weise sie sich Mittel beschaffen, um die Bedürfnisse einer solchen Groß-Commune zu befriedigen.

Ich bin überzeugt, dass Sie geradeso wie wir, so wie der Staat und wie alle Staaten gezwungen sein werden, für gewisse Investitionen, die in Zukunft reichen, Anlehen aufzunehmen. Ich weise darauf hin, was zu den verschiedenen Zeiten geschehen ist.

Es sind in der französischen Revolution, die ja wirklich für die menschliche Geschichte ein Beispiel in jeder Richtung bietet, Männer an der Herrschaft gestanden, welche in ökonomischer Beziehung mit den Herren sehr viele Berührungspunkte haben. Die Grundsätze der Jakobiner in ökonomischer Beziehung waren fast dieselben wie jene der Herren. (Gelächter links.) Diejenigen Herren, die wahrscheinlich niemals eine Geschichte gelesen haben, sondern ihr ganzes Wissen bei dem Glase Bier holen, müssen mich natürlich auslachen. Ich weise Sie aber z. B. auf das hin, was André Chenier zur Zeit der französischen Revolution als das Programm der Jakobiner beschrieben hat, und man könnte es Wort für Wort auf die Anschauungen dieser Herren anwenden.

Ich nenne also den Autor, ich stelle es jedem frei, was dieser André Chenier geschrieben hat, z. B. in der von Oncken herausgegebenen Geschichte der französischen Revolution nachzulesen, und er wird sich überzeugen, dass das Lachen schlecht am Platze war, und dass ich im Rechte bin. Wozu hat diese Jakobinerwirtschaft geführt? Zum Schuldenmachen, so dass die Jakobiner schließlich in dieser Assignatenwirtschaft, die auf dem idealen Grundsatze aufgebaut war: „Hier werden Scheine ausgegeben auf das nationale Eigenthum, auf das gesammte Grundeigenthum Frankreichs", dass sie in dieser Assignatenwirtschaft erstickt sind und die Herrschaft abtreten mussten an den genialen Tyrannen Napoleon. Das war die Folge.

Und solche Verhältnisse, wie sie jetzt bestehen, haben sogar in Wien in ähnlicher Weise in dem vielgepriesenen Mittelalter bestanden. Ich weiß nicht, ob die Herren die Vorgeschichte jener Statuten kennen, welche Kaiser Ferdinand erlassen hat. Das war der Schlusspunkt eines Kampfes zwischen den Handwerkern und den erbgesessenen Bürgern, der sehr viel Ähnlichkeit hat mit dem Kampfe, den wir jetzt führen. Was war die Folge davon? Allerdings haben die Handwerker ähnliche Siege errungen, wie Sie sie jetzt erringen, aber sie konnten sich in dieser Wirtschaft nicht helfen, und da ist die mächtige Hand des Kaisers gekommen und hat die Freiheiten der Bürger gebrochen. Das ist immer die Folge einer solchen Wirtschaft.

Meine Herren! Es wird auf dieses Manchesterthum immer so losgedroschen, insbesondere wird der Grundsatz angefochten, man möge nicht Investitionen machen, welche erst theilweise in der Zukunft gezahlt werden müssen, obzwar sie auch der Zukunft nützen.

Nun, meine Herren, es ist ja keine Frage, dass, wie jede menschliche Institution, auch die Grundsätze des Manchesterthums sehr viel Nachtheile nach sich gezogen haben, das liegt in der Fehlerhaftigkeit der Organisation der Welt. Da hat Schopenhauer ganz recht, wenn er sagt, die Demagogen sind im Irrthum, wenn sie die in der Welt liegenden Übel den Regierungen in die Schuhe schieben; sie selbst könnten es auch nicht besser machen, wenn sie an der Regierung wären. Aber dasjenige, was das Manchesterthum Gutes gewirkt hat, davon wird geschwiegen. Natürlich — man benützt die Eisenbahnen mit Vergnügen; natürlich — man benützt alle Erfindungen, welche das Leben erleichtern und verschönern; natürlich — man schimpft über die schlechte Beleuchtung und verlangt eine bessere — wie aber wollen Sie alle diese Wünsche befriedigen? Dann müssen Sie sich eben an dieses System anschließen, in welchem sich das Manchesterthum in natürlicher Weise entwickelt hat. Es ist das so logisch und consequent der modernen Wissenschaft angepasst, dass man, meines Erachtens, allerdings andere Grundsätze einführen, aber nicht dieselben Zwecke erreichen kann. Wollen Sie aber dieselben Zwecke erreichen, dann müssen Sie dieselben Wege einschlagen. Die Herren sind übrigens auch, das wissen wir, von Wünschen sehr voll, niemand stellt mehr Anträge als die Herren. Die Herren wollen Schulen, die Herren wollen gute Straßen, die Herren wollen eine ganze Reihe von Unternehmungen gründen — es hat schon der Herr Referent darauf hingewiesen —, die Herren wollen Gasanstalten errichten, Brauereien gründen, Sparcassen gründen und — was weiß ich — eine Hypothekenanstalt.

Das sind lauter capitalistische Unternehmungen, dazu braucht man Geld. Das wird dieser gewisse Stadtsocialismus nicht zustande bringen, davon bin ich überzeugt. Wir wollen rasch dem Schluss der Sache entgegengehen, und ich bin überzeugt, dass man bald daraufkommen wird, dass weder der Staat noch die Stadt dazu geeignet sind, solche Unternehmungen zu leisten. Wir werden es vielleicht bald erleben, dass die Eisenbahnen, die jetzt verstaatlicht worden sind, nach und nach verkauft werden (Gelächter links), und die Herren haben, das ist ja schon oft hervorgehoben worden — ich thue es jetzt wieder, denn es ist wahr —, die Herren haben immer alle Ausgaben bewilligt und nur die eine Ausgabe für die 25 Glücklichen in Groß-Wien, nämlich die 60.000 fl. für die Stadträthe haben Sie nicht bewilligt oder nur mit schwerem Herzen; ich glaube, Sie haben dieselbe abgelehnt. (Rufe links: Natürlich abgelehnt!) Diese 60.000 fl. würden aber, aufgespeichert, uns wahrscheinlich nicht in die Lage versetzen, alle diese Unternehmungen, welche wir jetzt ins Leben rufen wollen, ins Werk zu setzen.

Sie begehen eine schwere Sünde. Ich begreife es, denn auf diesem Boden wachsen Ihre besten Pflanzen, Sie suchen den Pessimismus im Volke zu erhalten. Nur mit dem Pessimismus im Volke können Sie Ihre Lehren verbreiten. (Widerspruch links.) Ich bin auch kein Sanguiniker, kein Optimist, aber ich sage nur pflichtgemäß, wir müssen in unseren Mitbürgern das Vertrauen erhalten, dass Wien immer was leisten wird, dass Wien immer groß und mächtig sein wird, und dass in unserem Weichbilde Handel und Wandel wieder blühen wird. Dieses Vertrauen müssen wir erhalten, wie der Mensch das Vertrauen auf seine Kraft und Gesundheit erhalten muss, wenn er etwas leisten soll.

Dieser Anschauung bin ich, und diese Anschauung wird durch die Thatsachen auch in einer gewissen Richtung bestätigt. Es wird in Österreich über unsere Finanzen immer so viel geklagt. Da liest man in irgend einer versteckten Rubrik der Zeitung, dass der Rechnungsabschluss für dieses Jahr über 20 Millionen mehr ergeben hat, als angenommen worden ist, als für die Steuereinnahmen präliminiert worden ist. Ist das nicht ein Zeichen, dass es in Österreich nicht schlecht geht? Und haben wir nicht immer mehr Eingänge an Steuern, als wir präliminiert haben? Sehen wir nicht, dass die Leute immer ansehnliche Einlagen in den Sparcassen haben? (Widerspruch.) Ja, meine Herren, das, was den Leuten jetzt fehlt, ist allerdings die Fähigkeit, größere Capitalien zu sammeln. Das ist richtig. Man lebt in gewisser Beziehung von der Hand zum Munde, aber daran ist weder das Manchesterthum noch der Liberalismus schuld, daran sind Sie vielmehr schuld, welche die Verhältnisse zurückzudrücken suchen und welche insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung zu sich selbst zu untergraben suchen. (Beifall rechts.) Wir haben die Absicht, das Werk, das einmal begonnen ist, auch auszuführen, und wenn wir diesen Zweck wünschen, müssen wir auch die Mittel wollen, und keiner von uns wird sich der Täuschung hingeben, dass das ohne Aufnahme von Anlehen möglich sein wird. Ich wenigstens habe den festen Glauben an die Kraft von Österreich und an die Kraft von Wien, und so wie Herr Dr. Lueger jetzt gesprochen hat, haben die Pessimisten in Wien immer gesprochen: so wurde vor 10 und 20 Jahren immer gesprochen, in den Köpfen dieser Leute ist es undenkbar gewesen, dass eine Stadt ein Millionen-Anlehen von 25, von 40 Millionen werde verzinsen können. Wir haben es doch verzinst, wir haben das geleistet, was wir leisten wollten, und mit demselben Vertrauen gehe ich auch der Zukunft entgegen.

Von diesem Gesichtspunkte aus und nachdem es sich um eine unabweislich nothwendige Auslage handelt, bitte ich die Herren, den Anträgen des Herrn Referenten zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Steiner: Zuerst muss ich mir erlauben, auf einige Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners zu erwidern. Er hat uns nämlich mit den Jakobinern aus der französischen Revolution verglichen.

Meine Herren, da gestatten Sie mir die Frage, warum haben Sie im I. Bezirke den Herrn Dr. Kronawetter, den Anhänger und Vergötterer der französischen Revolution, gewählt? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Ich bin kein Anhänger der französischen Revolution.

Zweitens hat Herr Dr. Nechansky erklärt, dass wir nicht anerkennen wollen, was das manchesterliberale Princip geschaffen hat. Meine Herren! Was haben Sie geschaffen, als Sie die Herrschaft hatten? Die Einführung der Gewerbefreiheit, die Aufhebung des Wuchergesetzes, die Subventionierung verkrachter Actiengesellschaften, die Einführung des Bierkreuzers, die Erhöhung der Spitalgebür. Das ist Ihre Thätigkeit, und da kommt Herr Dr. Nechansky mit Phrasen, wie der neueste Antisemitentödter aus Neutitschein, Herr Dr. Fuchs, und erklärt, wir sollen nicht pessimistisch sein. Wir haben gar nichts von Groß-Wien, als dass Sie aus Vertrauensstellungen fette Pfründen geschaffen haben. Der geehrte Herr Referent hat auf die Ausführungen des Herrn Dr. Lueger erklärt: Ja, der Herr Dr. Lueger will keine Schulden machen, er ist aber für die Erbauung einer Gasanstalt. Da fahren wir mit der Retourkutsche! Hätten Sie den Gasvertrag das letztemal im Gemeinderathe nicht so erneuert, sondern eine Gasanstalt gebaut, so wäre ein bedeutender Theil des investierten Capitals bereits getilgt. Wenn man aber die Bevölkerung von Wien der englischen Gasgesellschaft ausliefert und aus derselben ein Object zur Erzeugung fetter Dividenden macht, welche den englischen Actionären in die Tasche geschoben werden, hat man nicht das Recht, vom Referententische aus so zu urtheilen.

Meine Herren! Ich komme jetzt auf die eigentliche Frage selbst. Bei der Einverleibung, als der große Fischzug bei den Wählern stattgefunden hat, war die Wasserfrage die Hauptangel, die in den Vororten angezogen wurde. Im niederösterreichischen Landtage wurde alles mögliche gegenüber dem Großgrundbesitze versprochen. Meine Herren! Ich habe im niederösterreichischen Landtage vielen Sitzungen beigewohnt. Den Großgrundbesitzern im niederösterreichischen Landtage können die Herren das sagen, uns aber nicht, wir glauben Ihnen das nicht und die Bevölkerung der Vororte auch nicht.

Die Herren Dr. Richter und Dr. Grübl haben bei der Wahl im I. Wahlkörper auch ihren Wahlfischzug gemacht und überall von der Versorgung der Vororte mit Hochquellenwasser gesprochen, aber sie haben nirgends gesagt, dass nur die tiefer gelegenen Vororte jetzt mit Hochquellenwasser versorgt werden sollen, und sie haben keine Zeit angegeben, wann die höher gelegenen damit versorgt werden sollen. Ich kann mich recht gut erinnern, dass, als Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter einmal am Referententische gestanden ist und über die Vergebung von Röhren referiert hat, er erklärte, es werde nicht leicht möglich sein, in absehbarer Zeit die höher gelegenen Vororte mit Hochquellen-

wasser zu versorgen. Sehr geehrte Herren! Sind wir vor der Einverleibung der Vororte höher gelegen gewesen als heute? Liegen wir heute nicht auch so hoch? (Heiterkeit links.) Wenn der Herr Referent in seinem Motivenbericht sagt, die Vororte, welche seit der Einverleibung mit Wien gleiche Lasten haben wie die alten Bezirke, haben auch vollen Anspruch auf die Versorgung mit Wasser, wissen Sie, wann wir draußen das Wasser bekommen werden? Wenn die Pumpstation erbaut ist, ich meine nämlich die Pumpstation Nr. 2; denn die Pumpstation Nr. 1 ist bereits etabliert unter der Firma Prix und Consorten, technischer Leiter St.-R. Boschan. (Lebhafte Heiterkeit.) Nun, die Herren Vice-Bürgermeister Dr. Grübl und Dr. Richter, welche bei den Wahlen so viel für die Vororte versprochen haben, dürften sich überzeugen, wie es bei den Röhrbrunnen in den Vororten zugeht. Es sind immer 20 bis 30 Leute dort. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl war noch vor dem Wahltag in Lerchenfeld und hat Herr Collegen Bock gesucht, aber wie es scheint, ihn nicht gefunden, weil der Herr nicht mehr hier ist. Die höher gelegenen Theile bekommen kein Wasser, ebenso der XIII. Bezirk; sie bekommen es erst dann, wenn die Pumpstation Nr. 2 bei der Nussdorferlinie und das Reservoir am Hameau und Kahlenberg erbaut sein wird. Das wird nun ziemlich lange dauern, aber die gleichen Lasten — da hat der Herr Referent recht — müssen wir tragen.

Als im vorigen Jahr vom St.-R. Kreindl als Entschädigung, die man doch billigerweise erwarten konnte, beantragt wurde, man möge die Flurpolizei einrichten, so muss ich es geradezu als eine Ironie bezeichnen, dass im Stadtrathe geantwortet wurde: Man soll die Polizei ersuchen, sie soll den Flurschutz durchführen. Das wäre doch eine Entschädigung für die Vororte gewesen, welche heute nicht an den Vortheilen der Großstadt participiren, obwohl sie die gleichen Lasten zu tragen haben.

Vor der Wahl im I. Wahlkörper erlaubte ich mir, eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister zu richten, wie er denn das Deficit zu decken gedenke. Den ersten Punkt der Interpellation, welcher dahin gieng, ob ohne Erhöhung der Zinskreuzer, hat Herr Bürgermeister sofort beantwortet; der zweite Theil, der von dem Anlehen, der Amortisierung und der Verzinsung desselben handelte, war unbequem und wurde einfach nicht beantwortet. Hier finden Sie nun, meine Herren, dass das Geld zur Deckung des Deficits aus diesem Anlehen genommen werden soll. Ich bin kein Advocat, aber so viel fundus instructus habe ich, dass ich weiß, dass das nur eine Komödie ist.

Ich habe das Budget diesmal genau studiert, und es sind Posten darin, dass ich sagen muss, dass ich an das Budget überhaupt nicht mehr glauben kann. Die Herren machen sich das leicht. Die Zinskreuzer werden nicht erhöht, diese 3,230.000 fl. deckt man jetzt aus dem Anlehen. Ist das recht? Es wurde mir von meinen Collegen sogar der Vorwurf gemacht, dass ich diese Interpellation vor den Wahlen gestellt habe, und ich sagte: „Warum denn nicht? Wir werden jetzt doch die Wahrheit hören." Aber da hat man mir gesagt: „Das werden Sie nie erleben, vor den Wahlen die Wahrheit auf derartige Interpellationen zu erfahren."

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte den Herrn Redner, bei derlei Ausführungen vorsichtig zu sein. (Widerspruch links.) Ich bitte, ich muss es wiederholen und muss sehr bitten, denn das wäre eine Beschuldigung, die ich nicht hinnehmen könnte.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Meine Herren! Da ist zum Beispiel von den Schulbauten die Rede; was haben Sie denn in letzterer Zeit Großartiges bewilligt? Einige Stockwerksaufsetzungen! Hier ist wieder ein Plan für eine solche Stockaufsetzung, aber dass dies etwas so Großartiges ist, finde ich nicht. Im Landtage hat der Herr Abgeordnete Dr. Richter allerdings — wieder zum Großgrundbesitze gewendet — erklärt: „Wenn die Bierkreuzer bewilligt werden, dann haben die Vororte-Vertreter das Recht, alles mögliche zu verlangen." Bewilligt aber wird vom Stadtrathe natürlich wenig oder nichts.

Ich habe auch gestern über die Versammlung des Fortschrittsclub im I. Bezirk gelesen, dass sie sich ausschließlich mit der Convertierung dieser Anlehen befasste, von der Versorgung der Vororte mit Wasser habe ich aber weniger gelesen. Ich zerbreche mir darüber auch den Kopf nicht, ich bin kein Jurist, kein Finanzmann, aber ich glaube halt, nach den Erfahrungen, die man gemacht hat, wird die Convertierung jene Firma durchführen, welche bei den Wahlmanövern der liberalen Partei das meiste Geld hergibt; davon bin ich überzeugt.

Es wurde weiters von den Straßen gesprochen. Meine Herren, so schlecht waren die Straßen noch nie; die neuen Bezirke haben seit der Einverleibung keinen Schotter und werden ihn auch heuer nicht mehr bekommen, aus dem einfachen Grunde, weil die Schotterzeit vorüber ist und jetzt nicht mehr geschottert werden kann. Also, die Straßen sind viel schlechter, als sie früher waren, und trotzdem wird der Contrahent geschützt, wenn er nicht qualitätsmäßigen Schotter liefert. Da können Sie wohl nicht verlangen, dass wir dem zustimmen. Aber von uns verlangt man das Anlehen. Die Bezirksvertretungen der Vororte, welche ja zum größten Theile, der Majorität nach, Ihrer Partei angehören, haben die Aufstellung von Brunnen verlangt. So hat auch der Bezirksausschuss des XIX. Bezirkes in seiner Sitzung vom 22. December 1892 den Beschluss gefasst, es mögen Brunnen aufgestellt werden; einer in der Karlsgasse in Unter-Döbling, welcher bereits vom Gemeinderath bewilligt worden ist, zwei Brunnen in der Barawitzkagasse, wo das schlechteste Wasser ist, und einer im Cottage. Wo sind die Brunnen thatsächlich hingekommen? Meine Herren! Zu welchem Zwecke fasst denn der Bezirksausschuss einen Beschluss, oder gelten die Beschlüsse für den Stadtrath nie? Ich glaube, sie haben nicht viel Giltigkeit. Im XIX. Bezirke wurde von dem Vorstand-Stellvertreter Österreicher ein ausgezeichneter Plan für die Verbauung des Bezirkes ausgearbeitet. Dieser Plan ist weder im Plenum des Gemeinderathes, noch im Stadtrathe mit einem Worte berührt worden, und muss ich meinen Collegen heute den Vorwurf machen, dass sie den Antrag ihres Collegen aus dem Bezirksausschusse nicht vertheidigt haben, sondern alles so angenommen worden ist, wie es der Herr Referent vorgetragen hat, ohne Rücksicht darauf, ob es dem Bezirke nützlich ist oder nicht. So ist es auch bei den Auslaufbrunnen. Es ist wieder im Stadtrathe beschlossen worden, auf der Nussdorferstraße, wo sehr wenig bewohnte Häuser sind, Auslaufbrunnen aufzustellen. Weiter draußen hinaus, auf die Nussdorferstraße, wo der Bezirksvorsteher den Brunnen ganz richtig hat haben wollen, wo drei Stock hohe Häuser stehen, vollgepfropft mit Arbeitern, wo die hygienischen Verhältnisse nicht die besten sind, sind die Brunnen nicht gekommen. Ja, zu welchem Zwecke fasst denn der Bezirksausschuss Beschlüsse? Einen Brunnen stellt man

in die Spittelau, wo gewiss wenig Leute wohnen. Ich würde es ihnen ja gönnen, aber zuerst sollen die Brunnen dort aufgestellt werden, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind. Und da wollen Sie, dass wir unbedingtes Vertrauen in Ihre Verwaltung setzen. Ich habe keines. (Beifall links.)

Gem.-Rath Witzelsberger: Sehr geehrte Herren! Dass ich mich zum Worte gemeldet habe, dazu haben mich einzig und allein die Keulenhiebe des geehrten Herrn Führers der Opposition eingangs seiner Rede bestimmt. Es ist mir da eingefallen, dass ich in dem „Moniteur" der Opposition, wie sie ihren Austritt vollzogen hat, gelesen habe, dass ein Punkt dabei enthalten war, welcher als Ursache des Austrittes angegeben wurde, die Aufnahme eines Darlehens. Ich war der Meinung, die Herren werden diesem Grundsatze wirklich auch treu bleiben. Zu meiner größten Überraschung und — ich muss sagen — zu meiner Freude habe ich aus den Ausführungen des geehrten Herrn Führers der Opposition entnommen, dass sie diese Gesinnung nicht mehr hat, sondern dass sie für das Darlehen stimmen wird. Ich habe nun meine eigenen Betrachtungen darüber angestellt, warum das geschehen ist. Der geehrte Herr Führer der Opposition hat aber im Verlaufe seiner Rede wieder mit Keulenhieben auf die Sünden, welche die liberale Partei bei Einverleibung der Vororte begangen haben soll, hingehauen. Er hat darauf hingewiesen, dass nichts dabei hervorgekommen ist, als eine Belastung der Bevölkerung, eine höhere Besteuerung, eine Bedrückung der Bevölkerung, mit einem Worte: es ist nur Unheil aus der ganzen Einverleibung erwachsen. Das sagen die Herren in ihren Versammlungen immer wieder (Rufe links: Gewiss!); nun, in Ihren Versammlungen ist niemand, der widersprechen kann. (Rufe links: Warum kommen Sie nicht?) Man darf sich das aber nicht gefallen lassen, wenn es in unserer Anwesenheit gesprochen wird, sondern man muss das als Unwahrheit und Unrichtigkeit zurückweisen. Vor allem möchte ich wissen, und ich möchte von dem geehrten Herrn Führer der Opposition einmal erfahren, wo eine Erhöhung der Steuern stattgefunden hat. (Gelächter links. — Gem.-Rath Trambauer unterbricht.) Wenn Sie sprechen werden, Herr Collega Trambauer, werde ich Sie nicht unterbrechen, und ich bitte, mich auch nicht zu unterbrechen. Die Hausbesitzer haben eine Verminderung der Steuern erfahren (Sehr richtig! rechts. — Oho! links), und die übrigen Gewerbetreibenden haben eine Erhöhung nicht erfahren. Wenn Sie von der Verzehrungssteuer sprechen — und meine Herren, das sind ja Ihre alten Witze, die Sie in den Wählerversammlungen machen —, was hat denn die Verzehrungssteuer mit der Einverleibung nach Wien zu thun? Was hat denn die Einverleibung nach Wien veranlasst? War denn die Verzehrungssteuer nicht früher da, ehe die Einverleibung nach Wien beschlossen wurde? Oder wäre die Verzehrungssteuer weggekommen, wenn die Einverleibung nach Wien nicht gekommen wäre? Ist denn nicht das Gesetz wegen Einbeziehung der Vororte, das Gesetz vom 20. December 1890, nicht erst nach erfolgter Hinausrückung des Verzehrungssteuerrayons gekommen? Was wäre denn geschehen, wenn die Einverleibung der Vororte nicht gekommen wäre und die gesammten Vororte die gleichen Pflichten gehabt hätten wie die Großcommune Wien, während sie an den Wohlthaten nie und niemals participiert haben?

Den Hauptpunkt muss ich hervorheben, das ist immer der Bierkreuzer. Ja, der Bierkreuzer! Nun, meine Herren, es wird Ihnen wohl bekannt sein, ich habe seinerzeit gegen den Bierkreuzer gestimmt. Man muss aber auch ehrlich und offen die Sache beim richtigen Namen nennen: diesen Bierkreuzer hätten Sie nie und niemals weggebracht. Was hat denn die Einverleibung nach Wien so schnell veranlasst? Weil man sich mit der Auftheilung der Verzehrungssteuer nicht hat einigen können. Die Gemeinde Wien hat 80 Percent beansprucht und hat den Vororten nur 20 Percent geben wollen. Weil die Vororte-Vertreter nicht einverstanden waren, so ist dann die Folge gewesen, dass Verhandlungen zustande gekommen sind, und sie sind nach Wien einbezogen worden. Glauben Sie sicherlich, ich bin auch nicht davon erbaut, dass man die kleinen Vororte an der Peripherie mit einbezogen hat. Mir ist das sehr gut bewusst, dass gerade diese kleinen Vororte mit ihrem geringen Einkommen an dem Marke der Stadt Wien immer und ewig nagen werden, aber für diese Vororte ist es ein Glück, dass sie einbezogen worden sind.

Glauben Sie, wenn die Einbeziehung nicht stattgefunden hätte und 39 Gemeinden hätten mit der Gemeinde Wien participiert, dass der Bierkreuzer weggekommen wäre? Wie hätte er denn wegkommen sollen? Es ist der allgemeine Steuerzuschlag einmal mit 30 Percent angenommen gewesen, und wenn Sie den Bierkreuzer wirklich mit 30 Percent hätten, was gewiss nicht der Fall gewesen wäre, was wären die Folgen gewesen? Die Vororte haben schon alle darauf gerechnet, dass sie, wenn sie nach Wien einbezogen sind, schauen werden, recht billig aus der Verzehrungssteuer herauszukommen. (Widerspruch links.) Ich weiß das, ich war auch Vertreter der Vororte und weiß, was die Vororte untereinander gesprochen haben. Damit dürfen Sie also nicht kommen, dass der Bierkreuzer, wenn die Einbeziehung nicht stattgefuuden hätte, nicht gekommen wäre. Das ist eine Unwahrheit, und man muss es der Bevölkerung bei jeder Gelegenheit sagen — ich thue das jedesmal. Man muss sagen, dass die Vorgabe der geehrten Mitglieder der Opposition, die Ursache der Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon sei die Einverleibung nach Wien, nicht wahr ist. Das ist einfach unwahr. Es ist nur etwas, womit man die Bevölkerung fängt, es ist gar nichts anderes. (Widerspruch links.) Wenn Sie das sagen, so sagen Sie der Bevölkerung nicht die Wahrheit. (Rufe links: O ja!) Nein! Auf das alleinige Wahrheitsagen machen Sie Anspruch; aber ich nehme es mir heraus und sage: Was Sie sagen, ist nicht richtig. (Widerspruch links.) Das ist nicht wahr; das muss man jederzeit betonen, denn wir können uns nicht vertheidigen in Ihren Versammlungen, wenn Sie uns auch sagen, wir mögen zu Ihnen kommen. Das werden wir uns wohlweislich überlegen, denn wir wüssten das Schicksal im vorhinein, das uns dann beschieden ist.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Gegenstande, zu dem Darlehen. Dasselbe ist größtentheils für die Vororte bestimmt. Wenn die Einverleibung nicht stattgefunden hätte, so würde die Gemeinde Wien ganz bestimmt nur einen kleinen Theil des Darlehens oder vielleicht gar kein Darlehen gebraucht haben.

Was ist die Folge der Einverleibung in Wien gewesen? Dass es das erste war, dass die Vertreter der Vororte fort und fort gedrängt haben, dass die Wasserleitung in den Vororten eingeführt werde. Und ich muss gestehen, dass wir bei unseren Parteigenossen und beim Präsidium geneigtes Ohr gefunden haben. Es ist das Menschenmöglichste geschehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Stollen im Hochquellengebiet wurden erweitert und die lange Strecke bis zur Wasseralm hin durchgeführt, wo, wie heute von Seite des Herrn Führers der Opposition richtig bemerkt wurde, nicht, wie es unrichtig in den Blättern gestanden ist, eine neue Wasserader entdeckt wurde. Dass jemand einen solchen Bericht hinausgegeben

hat, bedauere ich; denn wenn man einen Bericht hinausgibt, soll man ihn richtig geben. Diese Quelle hat längst existiert, es ist die mächtigste Quelle, und was jetzt geschehen ist, ist nichts anderes, als dass die Unterfahrung dieser Quelle glücklich gelungen ist. Die Bevölkerung ist factisch getäuscht worden, wenn sie liest, dass auf einmal eine Wasserader dort entdeckt wurde, wo man früher nichts gefunden hat. Die Berichte, wie sie in den Blättern gestanden sind, sind vollständig unrichtig, und solche Berichte sollen genau gegeben werden.

In den verschiedenen Bezirkstheilen wird mit allen möglichen Mitteln an der Legung der Wasserrohre gearbeitet, so dass wir die Aussicht haben, dass in der kürzesten Zeit einige Bezirke das Hochquellenwasser bekommen werden. Es können dies selbstverständlich nicht alle 19 Bezirke sein, und wenn von einem sehr geehrten Herrn Redner darauf hingewiesen worden ist, dass man bei der Einverleibung von Wien nicht gesagt hat, dass die höher gelegenen Bezirke das Wasser nicht gleich bekommen werden, so liegt das in der Natur der Sache, und ich glaube, dass es keinen einzigen Menschen in den Vororten gegeben hat, der je geglaubt hätte, dass die Bewohner an der Peripherie in den höher gelegenen Orten das Wasser gerade so schnell haben können als wie diejenigen, die unmittelbar an der Quelle sind. Das ist ganz unmöglich. Jeder Mensch, der halbwegs Grütze im Kopfe hat, hat es wissen müssen und hat es gewusst. Denn es ist kein Geheimnis gewesen, dass verschiedene Druckstationen errichtet werden müssen, und es wurde in dem Berichte des Stadtbauamtes ausdrücklich schon vor Jahresfrist darauf hingewiesen, dass ein solches Reservoir mit Pumpstation in der Nähe der Schönbrunnerlinie sein soll, dass die höher gelegenen Theile das Wasser von dem Reservoir auf der Schmelz beziehen werden, und dass ein Reservoir bei der Nussdorferlinie angelegt werden soll. Das war kein Geheimnis. Aber man wäre zu weit gegangen, wenn man Unmögliches von den Technikern verlangt hätte. Was geschehen konnte, ist geschehen, und wir müssen es mit dem größten Danke anerkennen, dass wir von den Herren Collegen in den alten Bezirken auf das kräftigste unterstützt worden sind, und es wäre nur wünschenswert gewesen, dass die Herren aus den Vororten, die heute so fürchterlich losziehen und so fürchterlich über den schlechten Straßenzustand in den Vororten schimpfen, offen gesagt hätten, ob, so lange die Vororte bestehen, dieselben je eine so gute Beschotterung gehabt haben, wie sie sie jetzt haben. (Beifall rechts.) Sie würden eine solche auch nie gehabt haben. (Gem.-Rath Steiner: Das ist nicht wahr!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (welcher den Vorsitz wieder übernommen hat): Herr Gem.-Rath Steiner, Sie werden doch so viel Macht über sich haben, um zuhören zu können; es stört die Verhandlung, ich bitte, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Witzelsberger (fortfahrend): Wenn in den einzelnen Bezirken einzelne Straßen vorkommen, die weniger gut beschottert sind, so mag das vielleicht dort sein, wo Feldstraßen sind, die vielleicht früher gar nicht beschottert waren. Das abzustellen, ist aber Sache der Bezirksvorsteher. Dieser muss sich umsehen und um die Beschotterung der Straßen sich kümmern. Ich weise Sie auf Hernals, Dornbach, Neuwaldegg hin, ich weise auf die Straße auf den Galizinberg hin; da kann man vor lauter Schotter nicht fahren, so viel Schotter ist dort. (Widerspruch links.)

Sie kommen halt wahrscheinlich nicht dorthin, wo ungepflasterte Straßen sind, Sie bewegen sich nur auf gepflasterten Straßen. Aber ich bitte Sie, nur dort hinauszugehen, wo die Straßen ungepflastert sind. Und was die Pflasterung anbelangt, so möchte ich die Herren fragen, wann waren die Gemeinden einmal in der Lage, so große Posten in das Budget zur Bepflasterung einzusetzen? Hat das jemals eine Gemeinde in den Vororten thun können, oder hat sie das je einmal gethan? Dass wir Vorortebewohner uns also benachtheiligt fühlen können, ist durchaus unrichtig, und es muss öffentlich gesagt werden, nachdem die Herren das bei jeder Gelegenheit dem Publicum vormachen, man muss es ihnen ins Angesicht sagen, dass ihre Behauptungen unwahr, ganz unrichtig sind. Wenn wir in der Lage sein werden, mit der Pflasterung so fortzufahren wie bis jetzt — und der Himmel gebe es, dass es unsere Finanzen zulassen —, so wird es in ein paar Jahren bei uns in den Vororten so weit kommen, dass wir keine ungepflasterte Straße mehr haben. Jetzt werden 70- bis 80.000 fl. für eine oder zwei Gemeinden bewilligt, früher waren die Gemeinden nicht einmal in der Lage, gepflasterte Übergänge herzustellen, sie haben nicht einmal so viel Geld gehabt. Und heute, wo wir so viel Geld zu diesem Zwecke erhalten, sagt man auf einmal, die Vororte werden vernachlässigt. Was geschehen konnte, ist geschehen; mehr verlangen, als möglich ist, das darf man nicht, auch wenn man der Opposition angehört; mit solchen Mitteln darf man nicht kämpfen, das ist nicht volkswirtschaftlich. Man darf das Geld nicht beim Fenster hinauswerfen. Man muss das erreichen, was man erreichen kann, dann entspricht man vollkommen den Intentionen der Wähler, und das haben wir Vorortevertreter unserer Partei immer gethan, und der Erfolg hat es gezeigt, dass wir es gethan haben. (Rufe links: Ja, die Wahlen!)

Die Wahlen in einigen Vororten scheinen die Herren ein bisschen übermüthig gemacht zu haben; vielleicht ist das auch die Ursache, dass die Vorortebewohner jetzt Gnade gefunden haben in Ihren Augen, und dass Sie für das Anlehen stimmen, obwohl Sie seinerzeit bei Ihrem Exodus angegeben haben, dass das mit ein Punkt ist, warum Sie den Gemeinderathssaal verlassen. Es freut mich sehr, dass Sie davon abgekommen sind. Ich führe den Umstand, dass in einigen Bezirken die Wahlen für Sie so günstig ausgefallen sind, auf etwas anderes zurück; Sie haben glücklich gearbeitet, Sie haben lange Zeit gearbeitet, die Hausherrenvereine haben ihre Schuldigkeit gethan — der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, nach sechs Monaten kann er wieder kommen. Jetzt haben wir auch gehört, die Diurnistenwirtschaft muss aufhören, die Diurnisten müssen Beamte werden. Das ist also eine Vorarbeit für die Wahlen im II. Wahlkörper. (Rufe rechts: Sehr gut! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir werden auch gut arbeiten!) Wir werden uns auch Sie zum Beispiele nehmen und werden das nicht vergessen. Wir können zwar nicht dieselben Mittel anwenden wie Sie, denn Sie scheuen vor keinem Mittel zurück, wie sie es auch beim Hausherrenvereine bewiesen haben, da war Ihnen kein Mittel zu gut, kein Mittel zu schlecht. Sie haben Pamphlete herausgegeben, in denen Sie sagten, dass der Gemeinderath imstande sei, 4,000.000 bis 6,000.000 fl. wöchentlich Schulden zu machen. Zu solchen unwahren und unlauteren Mitteln können wir uns nicht versteigen; das können wir nicht, dazu sind wir zu ehrlich, dazu sind wir zu christlich. (Unruhe links; Rufe links: Verjudet!) Sie als Christlich-Sociale wenden sehr schlechte Mittel an, denn die Mittel, zu denen Sie als Christlich-Sociale greifen, sind größtentheils sehr unchristlich.

Damit wir aber wieder zur Angelegenheit zurückkommen, so seien Sie überzeugt, dass Sie mit Beruhigung für dieses Darlehen

stimmen können. Niemand in der Bevölkerung, auch niemand von den Wählern dieser Herren hier wird eine Einwendung dagegen haben, wenn das Anlehen bewilligt wird und die Vororte in den Genuss des Hochquellenwassers kommen.

In die einzelnen Details will ich mich nicht einlassen, es ist ohnedies viel zu weit vom eigentlichen Gegenstande abgewichen worden. Ich behalte mir vor, vielleicht in der Special-Debatte bei einigen Punkten das Wort zu ergreifen. Ich bitte Sie also, in die Special-Debatte einzugehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, dass bezüglich des vorliegenden Gegenstandes schon von beiden Seiten des Gemeinderathes die zartesten Saiten geklungen haben, und da ich erfahren habe, dass noch eine Reihe von Rednern vorgemerkt ist, erlaube ich mir, den Antrag auf Schluss der Debatte zu stellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt, ich ersuche jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. (Lebhafter Widerspruch links.)

Zum Worte sind noch vorgemerkt contra die Herren Gem.-Räthe: Grünbeck, Eigner, Steiner, Gräf, Pursch, Gregorig, Weitmann, Wessely, Dr. Lueger, Rauscher, Edlhofer, Becker; pro die Herren Gem.-Räthe Dr. Vogler, Dr. Stern, Dr. Friedjung, Dr. Klotzberg, Noske, Lang, Stiaßny, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, Vaugoin.

Gem.-Rath Matzenauer (zur Geschäftsordnung): Mit Rücksicht auf die große Zahl der Redner und bei dem Umstande, dass es wünschenswert wäre, den Gegenstand heute zu beenden, beantrage ich die Wahl von Generalrednern. (Stürmischer Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Weitmann, ich bitte, nicht zu vergessen, dass wir im Gemeinderathe sind. (Gem.-Rath Gregorig: Das vergessen wir nicht, das wissen wir!) Der Herr Gem.-Rath Matzenauer beantragt die Wahl von Generalrednern, ich ersuche die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. (Große Unruhe links. — Gem.-Rath Gregorig: Da hört sich alles auf, ist das ein Vorsitz?) Also, ich bitte die Herren, die dafür sind, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) 49 Herren sind dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) 43 dagegen. Es ist daher die Wahl von Generalrednern angenommen. Ich bitte, die contra eingetragenen Redner — ich werde deren Namen noch einmal verlesen — Grünbeck, Eigner, Steiner, Gräf, Pursch, Gregorig, Weitmann, Wessely, Dr. Lueger, Rauscher, Edlhofer, Becker — einen Generalredner zu wählen. (Andauernder großer Lärm und Zwischenrufe links. — Gem.-Rath Grünbeck ruft heftig dazwischen.) Ich ersuche den Herrn Gem.-Rath Grünbeck zum letztenmal, zu schweigen.

Gem.-Rath Rauscher (zur Geschäftsordnung): In Anbetracht der aufgeregten Stimmung beantrage ich Schluss der Sitzung. (Widerspruch rechts. — Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das geht nicht. Der Gegenstand ist zu wichtig. Es handelt sich ja um eine Frage, die gerade für die Vororte von größter Wichtigkeit ist. Das ist also nicht möglich. Ich bitte, sich ruhig zu verhalten und die Berathung fortzusetzen.

Zum Generalredner contra wurde gewählt Herr Gem.-Rath Dr. Lueger. Ich ertheile ihm das Wort. (Gem.-Rath Gregorig ruft: Eine solche Macherei!)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Mir persönlich liegt nichts daran, aber bezüglich dessen, was heute hier geschehen ist, erkläre ich Ihnen, dass noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft die Opposition in so unerhörter Weise vergewaltigt wurde, wie es hier geschehen ist.

Es ist noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft vorgekommen, dass man nach zwei bis drei Rednern Schluss der Debatte beantragt hat, und es ist noch in gar keiner parlamentarischen Körperschaft vorgekommen, dass unmittelbar nach Annahme des Schlusses der Debatte, und zwar von Seite eines Stadtrathes der Antrag gestellt und beschlossen wurde, Generalredner zu wählen. (Große Unruhe links. — Rufe: Pfui! 3000 fl!) Meine Herren! Es ist das so unerhört, dass es hiefür keine andere Bezeichnung gibt als parlamentarischer Scandal! (Rufe links: So ist es!) Es ist das so unerhört, dass ich Ihnen sage, ich werde über dieses Ihr Benehmen von nun an in ganz anderen Ausdrücken in den Wählerversammlungen sprechen. Der unmittelbare Herr Vorredner hat unsere Thätigkeit in den Wählerversammlungen erwähnt; nun, wir werden die Wahrheit sagen, was hier vorgegangen ist, wir werden sagen, in welch unerhörter Weise wir vergewaltigt wurden, wir werden sagen, wie man uns hier die Hände bindet, wir werden sagen, wie man hier mit dem Gelde der Steuerträger umgeht, dass man uns zwingen will, ich könnte sagen binnen 12 Stunden ein Anlehen von 35 Millionen Kronen zu bewilligen. Das werden wir sagen, und wir werden auch die Bevölkerung aufreizen — ich erkläre es Ihnen —, aufreizen bis in die tiefsten Tiefen, damit endlich diese Wirtschaft ein Ende nimmt. (Beifall links und auf der Galerie.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Auf der Galerie wurden Beifallsbezeugungen laut. (Gem.-Rath Stehlik ruft: Recht haben sie!)

Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Stehlik um Ruhe. Wenn Sie nochmals stören, muss ich Sie ausschließen. Ich habe die Galerie zu erinnern, dass sie sich jeder Einmischung zu enthalten hat. (Ruf von der Galerie: Aber zahlen müssen wir! — Beifall links.) Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Sie mögen ja das Anlehen heute beschließen, möglich, obwohl Sie es heute nicht beschließen können, denn ich erkläre, es sind nicht Ihrer 92 anwesend. Heute werden Sie also nicht beschließen; Sie werden uns auch nicht ermüden, aber der Bevölkerung werden wir sagen, dass gerade diejenigen, welche wir controlieren sollen, die Mitglieder des Stadtrathes, es sind, und insbesonders ein Mitglied des Stadtrathes, der Herr Gem.-Rath Matzenauer es ist, der uns die Redefreiheit abschneidet. (Lärm links. Rufe links: Pfui!) Sie bekommen die 3000 fl. nicht zu dem Zwecke, um uns zu vergewaltigen, sondern zu dem Zwecke, um zu verwalten und uns Rechenschaft zu geben. Schämen Sie sich! (Lärm links. Rufe links: Pfui!)

Nun erlaube ich mir, auf die Bemerkungen der einzelnen Redner einzugehen. Der Herr Referent hat zwar — ich muss es sagen — sehr maßvoll gesprochen, und ich anerkenne es, dass er zu jenen Mitgliedern der Majorität gehört, die gerne Öl in die Wogen schütten wollen.

Wenn ich auch das anerkenne, muss ich sagen: Es wäre vielleicht doch seine Aufgabe, auf seine Collegen im Stadtrathe hinzuwirken, dass solche Dinge im Plenum des Gemeinderathes nicht vorkommen. Dass sich dort Herren finden, welche, wenn ein Antrag gestellt wird, sofort dafür stimmen, nimmt mich nicht wunder, Parteidisciplin muss sein, sie folgen blindlings und sie glauben, die Gnade bei jemand zu verlieren, wenn sie nicht folgen. Die Herren stimmen dafür, ob sie dabei von dem, wofür sie stimmen, immer vollständig überzeugt sind, weiß ich nicht. (Rufe links: Sehr richtig!)

Es hat der Herr Referent der Gasfrage Erwähnung gethan; ich weiß einen, der in früherer Zeit hier im Wiener Gemeinderathe gesessen ist, und der, wenn er jetzt noch hier sitzen würde, in seiner Rede nicht so maßvoll gewesen wäre, als ich es gewesen bin. Ich kenne jemand, der den Herren von drüben die Sünden vorgehalten hätte, welche Sie speciell auf wirtschaftlichem Gebiete gegenüber der Bevölkerung begangen haben.

Nicht ich war es, der der Gasfrage hier erwähnte, der Herr Referent war es, und Sie, meine Herren, haben ihm zugejubelt. Meine Herren, wissen Sie, dass, wenn Sie die Gasfrage in dem Sinne gelöst hätten, wie sie von unserer Seite beantragt worden ist (Rufe: So ist es!), wir dann heute über kein Anlehen zu sprechen hätten. (Zustimmung links.) Wissen Sie, dass die Stadt Berlin aus ihren städtischen Gasanstalten nicht bloß die Zinsen und Amortisierung für das investierte Capital zieht, sondern überdies die gesammte öffentliche Beleuchtung von demselben bezahlt wird, wofür wir horrende Summen ausgeben, dass außerdem eine Reineinnahme von $7^1/_2$ Millionen Mark erzielt wird? Wissen Sie das? Und Sie wollen uns hier mit der Gasfrage frozzeln, Sie, meine Herren, welche der Majorität angehören, welche gerade in dieser Frage die schwerste und nicht zu büßende Sünde an der Bevölkerung begangen haben? Sie, meine geehrten Herren der Majorität, haben es dahin gebracht, dass aus der Stadt Wien jährlich Millionen und Millionen nach London gehen, welche aus den Taschen der Wiener gezogen werden, und welche Millionen, wenn sie in Wien blieben, in nutzbringender Weise für Wasser u. dgl. verwendet werden könnten. Sie, meine Herren, wagen es, von der Gasfrage zu sprechen und uns damit zu frozzeln? Wissen Sie, dass, wenn es sich heute um die Gasfrage handeln wird, ein Anlehen beschlossen werden kann, aus welchem nicht bloß die Verzinsung und die Amortisierung, sondern noch weitere Millionen der Gemeinde zugetragen werden können? Und da wollen Sie uns vielleicht damit aufziehen? Meine Herren, seien Sie bescheiden in der Beziehung; ich recriminiere nicht gerne und hätte das heute auch nicht gesagt, wenn nicht der Herr Referent mit der Geschichte gekommen wäre. Ich bin nicht so, wie vielleicht mein Vorgänger auf diesem Felde es gewesen ist; ich will eine rein sachliche Debatte haben, aber wenn Sie mich zwingen, fort und fort Sie an Ihre Sünden zu erinnern, so treffe ich es ebensogut wie mein Vorgänger. Sie haben durch die von Ihnen beliebte Lösung der Gasfrage, durch die von Ihnen beliebte Lösung der Tramwayfrage, durch Ihre Haltung in der Frage der Errichtung einer städtischen Sparcassa, durch Ihre Haltung in allen diesen wirtschaftlichen Fragen die gröbsten Sünden an der Wiener Bevölkerung begangen. Und wenn die Wiener Bevölkerung nicht in drei Theile getheilt wäre, so dass zwei verhältnismäßig kleine Gruppen so hoch der dritten überlegen wären, würde kein einziger von Ihnen mehr hier sitzen, weil der denkende Theil der Bevölkerung — selbstverständlich nicht derjenige, welcher ... ich hätte bald etwas gesagt (Heiterkeit links) — weiß, welche unerhörten Sünden Sie begangen haben.

Er hat mich auch wegen des Beispiels mit dem Vater gefrozzelt. Er hat gemeint, die frühere Wirtschaft der Gemeinde Wien komme ihm so vor wie der Vater, der die Zwanziger in den Strumpf hineinsteckt. Es mag sein, ich will es sogar annehmen. Aber der Vater, der die Zwanziger in den Strumpf steckt und aufhebt, ist mir immer noch lieber als jener Vater, der ein leichtsinniger Lump ist und die Zwanziger im Wirtshaus vergeudet. (Lebhafter Beifall links.) Da können Sie machen, was Sie wollen. Sie weisen darauf hin, was Sie geschaffen haben. Ja, Sie haben den einen Theil mit dem geschaffen, was Ihre Väter hinterlassen haben, und wie das Geld alle geworden war, haben Sie Schulden gemacht, die Zinskreuzer um mehr als das Dreifache erhöht. Ja, meine Herren, um mehr als das Dreifache. Und Sie wollen über den Vater reden, der die Zwanziger in die Strümpfe steckt! Wenn nur der wieder da wäre! Wenn er aufstände und Ihre Wirtschaft sehen würde, so würde der Vater, der die Zwanziger in die Strümpfe steckte, einen Stecken nehmen und seine ungerathenen Söhne durchhauen, so lange es geht. (Heiterkeit links.)

Es ist weiters gesagt worden, dass man von dem Deficite, von den fünf Millionen oder zwei Millionen auch die getilgten Capitalschulden abziehen müsse, um ein richtiges Bild zu bekommen. Meine Herren! Der Referent hatte ganz recht, wenn sich die jährlichen Zahlungen der Gemeinde um die Zinsen für die bereits gezahlten Capitalien verringern würden — à la bonne heure, da hätte er recht —, so lange aber die Jahresquote für die Verzinsung und Amortisation gleich bleibt, hat er nicht recht. Die jetzige Capitalsrückzahlung ist keine Erleichterung für die Gemeinde, weil sie fort und fort die gleiche Summe bezahlen muss.

Nun wende ich mich zu Herrn Dr. Nechansky. Ob das, was ich vorgebracht habe, eine Kapuzinade war oder nicht, ist mir gleichgiltig. Ich bin nicht so empfindlich wie sein unmittelbarer Nachbar, der einmal über den Vergleich mit dem Kapuziner ganz außer sich gerathen ist und, wie ich glaube, die Polizei zu Hilfe gerufen hat. Nehmen wir an, es war eine Kapuzinade, was ich gesagt habe.

Nehmen wir das an. Auch eine Kapuzinade ist aber gut, Herr Dr. Nechansky, wenn sie Wahrheiten enthält, und Herr Dr. Nechansky war nicht in der Lage, auch nur einen Satz, den ich gesprochen habe, als unwahr zu beweisen. Was hat er gethan? Er hat uns mit den Jakobinern verglichen, er hat gesagt, wir wollen die Assignatenwirtschaft einführen. So etwas ist mir geradezu unverständlich. Erstens sind wir nicht Jakobiner, denn wären wir es, so hätten wir Ihnen schon längst die Köpfe abgeschlagen und Sie säßen nicht mehr hier. Zweitens können wir nicht die Assignatenwirtschaft einführen, weil wir nicht in der Lage sind, solche auszugeben.

Wenn also der geehrte Herr College schon geschichtliche Beispiele wählt, so möge er sich vielleicht etwas Besseres und Passenderes aussuchen. Er hat gemeint, wir lassen uns die Vortheile der Manchesterwirthschaft gerne gefallen, die Vortheile der Eisenbahnen und anderer Einrichtungen, welche angeblich der Manchesterliberalismus geschaffen hat. Ja, meine Herren, das hat nicht der Manchesterliberalismus geschaffen, diese Erfindungen sind von einzelnen Personen gemacht worden, deren sich der Manchesterliberalismus zur Beraubung ganzer Völker bedient hat. (Sehr richtig! links.) Das ist es, meine Herren. Er meinte weiter, wir wollen gute Straßen; ja, wir

wollen gute Straßen, und traurig wäre es, wenn die Stadt nicht mehr solche Einnahmen hätte, um gute Straßen herstellen und erhalten zu können. Er meint, wir wollen Schulen. Gewiss, wir wollen Schulen, und traurig wäre es, wenn eine Gemeinde, wie Wien, finanziell schon so tief gesunken wäre, dass sie nicht mehr imstande wäre, ohne ein Anlehen Schulen für die Kinder zu bauen. Er meint, wir wollen billiges Gas. Gewiss, wir wollen billiges Gas. Ja, dann wollen wir auch, dass die Engländer aus Wien hinausgejagt werden, und Schuld der Herren drüben (rechts) ist es, dass sie in Wien geblieben sind und jetzt noch hier sind. Er meint, wir wollen Hypotheken- und Versicherungsanstalten u. s. w. Ja, das wollen wir alles, weil wir wissen, dass durch solche Anstalten eventuell die Finanzen der Gemeinde Wien gebessert worden wären und wir uns nicht jetzt um die lumpige Summe — unter uns gesagt — von 35 Millionen Kronen herumstreiten würden. Er hat gemeint, wir seien diejenigen, die den Pessimismus großziehen und im Pessimismus unsere Stärke suchen.

Nun, ich frage sämmtliche Herren von drüben (rechts) und sämmtliche Herren ohne Unterschied der Partei: Sind wir, die wir verlangen, dass das Anlehen im Wege einer öffentlichen Subscription gezeichnet werde, die Pessimisten? Sind wir im Pessimismus groß? Nein! Wir haben noch das Vertrauen zum Volke von Wien, dass es einen solchen Pappenstiel der Gemeinde Wien leihen wird, wir glauben, dass die Bevölkerung von Wien noch Patriotismus genug besitzt, um eine solche Summe zeichnen zu können. Sie, meine Herren, aber, welche glauben, durch Unterhandlungen mit Bankiers u. dgl. Dingen eventuell besser herauszukommen, Sie sind misstrauisch gegenüber der Wiener Bevölkerung, nicht wir, Sie erzeugen den Pessimismus. Denn das wird mir doch der Herr Referent sagen: er hat einmal, glaube ich, von „meinen Augen zuliebe" gesprochen, vielleicht hat es auch ein anderer gesagt. Seinen Augen zuliebe wird Rothschild auch nicht eine Million umsonst zeichnen, sondern wenn die großen Bankiers sich um dieses Anlehen annehmen, so thun Sie das zu dem Zwecke, um an dem Anlehen zu profitieren. Und wenn die Großen an dem Anlehen profitieren, wer zahlt dann den Profit? Den zahlen die kleinen Leute. Darum bin ich der Meinung, man soll sich gleich an die kleinen Leute wenden; denn was Rothschild und die Herren können, das können wir schließlich auch. Merkwürdig ist auch Folgendes. Herr Dr. Nechansky schließt aus den höheren Steuereingängen auf einen erhöhten Volksreichthum oder auf einen erhöhten Volkswohlstand. Das ist mir in meinem Leben noch nicht vorgekommen. Wenn man weiß, wie bei uns in Österreich die Steuerschraube gehandhabt wird, wenn man weiß, wie gepreßt wird sowohl von Seite des Staates als des Landes, als der Stadt, dann zu sagen, weil mehr Steuern eingegangen sind, deswegen geht es dem Volke besser — das ist Herrn Dr. Nechansky vorbehalten geblieben. Jeder andere würde einen solchen Satz nicht auszusprechen wagen. Die Steuereingänge werden eben höher trotz der Verschlechterung der Lage der Bevölkerung, sie werden höher infolge der Steuerpresse, infolge der Steuerschraube, und nicht deswegen, weil es dem Volke jetzt besser geht.

Endlich hat er gemeint, dass wir das Vertrauen der Bevölkerung untergraben wollen.

Meine Herren, solche Vorgänge wie heute, ein solches Durchpeitschen, das untergräbt das Vertrauen in der Bevölkerung, denn Sie beweisen durch Ihren heutigen Beschluss auf Schluss der Debatte, durch Ihren Beschluss auf sofortige Wahl von Generalrednern, dass Sie die Wahrheit nicht vertragen (Sehr richtig! links) und sie nicht hören wollen, und die Bevölkerung zieht den richtigen Schluss aus diesem Verhalten. Sie sagt: Wenn die Stadträthe nicht wollen, dass debattiert wird, dann muss hinter der Geschichte etwas stecken. (Beifall links.)

Nun weiß ich nicht, ob ich mich mit meinem Freund St.-R. Witzelsberger, dem ebenbürtigen Vorgänger des St.-R. Matzenauer, befassen soll. (Rufe: Zahlt sich nicht aus! — Gem.-Rath Witzelsberger: Lassen Sie's!) Er bittet um Gnade, wie Sie hören. (Heiterkeit links.) Etwas muss ich ihn doch — wie soll ich nur sagen? — hernehmen. Es ist für ein anderesmal. Der St.-R. Witzelsberger hatte die Stirne, uns zu sagen, dass wir in unseren Versammlungen dem Volke Unwahrheiten sagen. Er hatte die Stirne, hier zu sagen, dass er es nicht wagt, in unsere Versammlungen zu kommen. Ich erkläre dem Herrn St.-R. Witzelsberger, wenn er in unsere Versammlungen kommt, wird ihm nicht ein Haar gekrümmt werden (Gelächter rechts), nicht ein Haar! Aber wissen Sie, ich kann mich an eine Wählerversammlung gelegentlich der Reichsrathswahlen erinnern, da hatte ein sehr naher Gesinnungsgenosse des Herrn St.-R. Witzelsberger die Brauerknechte irgendwohin bestellt, und die hatten den Auftrag, den ersten, der hinausgefeuert wird, durchzuhauen. (Heiterkeit.) Die Herren haben geglaubt, dass zuerst ein Antisemit hinausfliegt. Da haben sie sich aber geirrt; es ist zuerst ein Liberaler hinausgeworfen worden, und der hat die Schläge bekommen! (Heiterkeit.)

Meine Herren! Er hat mich aufgefordert, anzugeben, in welcher Beziehung die Steuern erhöht worden sind. Ich habe im n.-ö. Landtag nachgewiesen, dass zum Beispiel in der Hauszinssteuer speciell diejenigen Häuser, die von den Besitzern selbst bewohnt werden, furchtbar hinaufsatiert worden sind. Hier sitzt eine Menge Herren, die das vielleicht selbst mitgemacht haben. Ich kann ihm sagen, dass in Wien die Zuschläge auf die Verzehrungssteuer erhöht worden sind. Ich kann weiters sagen, dass die Spitalsgebüren erhöht worden sind; ich könnte Ihnen noch vieles sagen — und er sagt, ich soll ihm aufzählen, was alles erhöht worden ist. Sie als Stadtrath wissen das doch ebensogut wie ich, aber das muss ich gestehen, es gehört Muth dazu, hier im Saale sich so zu stellen, als wenn die Geschichte noch beim alten wäre. Er hat dann weiter gesagt: „Das hängt alles nicht mit der Vereinigung der Vororte mit Wien zusammen, sondern mit der Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie." Meine Herren, ich war in einer Commission — wenn schon so viel ausgeplaudert wird, kann ich auch einmal etwas ausplaudern —, in welcher die Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien berathen wurde, und ich habe gesagt: „Verschonen Sie uns mit der Vereinigung der Vororte mit Wien" — und zwar sagte ich dies zum Statthalter. Ich habe ihm gesagt: „Thun Sie das nicht, repartieren Sie die Zuschläge zu den Verzehrungssteuern auf die einzelnen Gemeinden!" Wissen Sie, was er darauf erwidert hat? Er hat erwidert: „Die Verzehrungssteuerlinien werden nicht hinausgerückt, wenn nicht die Vereinigung der Vororte mit Wien durchgeführt wird." (Rufe links: Aha!) Das ist wahr! Und das habe nicht bloß ich gehört, das haben auch andere Herren gehört, denn das ist kein Geheimnis. Man wollte damals speciell die Wiener zwingen, unter jeder Bedingung für die Vereinigung der Vororte mit Wien zu sein, weil man ihnen sagte: Wenn Ihr nicht dafür seid, wird die Verzehrungssteuerlinie nicht hinausgerückt. So ist es bezüglich der Vororte, und die damaligen Vertreter der Vororte,

die der Vereinigung mit Wien zugestimmt haben, die wissen gar nicht und ahnen es vielleicht nicht, welches Verbrechen sie an ihren Gemeinden begangen haben. (Rufe links: So ist es!) Der Herr St.-R. Witzelsberger hat weiters davon gesprochen, dass wir bei den Wahlen unlautere Mittel angewendet haben.

Wir werden ja noch über die Wahlen zu sprechen kommen. Wir machen die Wählerlisten nicht und lassen nicht Hunderte von Wählern aus. (Beifall links.) Wir sind nicht diejenigen, die zu den Wählern hingehen und ihnen Versprechungen unerhörtester Art machen, welche gar nicht erfüllt werden können. (Gelächter rechts.) Wir sind nicht diejenigen, welche mit Geld arbeiten, wir sind nicht diejenigen, die selbst im I. Wahlkörper einen großen Wagenpark aufbieten, um die Herren Wähler zur Wahl zu führen. Wir sind nicht diejenigen, die in den Versammlungen die Wähler auffordern, sie mögen nur gefälligst kommen, sie werden schon geführt. Ich glaube fünfzig oder wie viel Wagen standen zur Verfügung, um sie zur Wahlurne zu befördern. Wir sind nicht diejenigen, die nur hineinzugreifen brauchen in den Geldsack, um mit dem Gelde herumzuwerfen, wie es geschehen ist. Wir sind nicht diejenigen, die den Agitatoren 50, 100, 150 und 200 fl. bezahlen, nein, meine Herren, das sind die Liberalen, sehr geehrter Herr Witzelsberger, und Sie müssen es ebenso gut wissen, was da getrieben wird, wie wir es wissen. Jeder von Ihnen kennt die Beträge, die gegeben worden sind. Das, meine Herren, sind unehrliche und unrechtliche Mittel, die in Anwendung gebracht werden. Aber wir kämpfen mit unserer Überzeugung, wir kämpfen mit der Macht unseres Wortes, und wir sind stolz darauf, meine Herren. (Beifall links.) Ja, wir werden fortfahren bei den Hausherren, bei den Beamten, überall werden wir untergraben, vielleicht gelingt es uns doch endlich einmal, Sie wegzubringen. Vielleicht doch! Wir werden nicht ermüden. Ich plage mich jetzt schon vierzig Jahre mit Ihnen, ich plage mich halt noch ein paar Jahre länger, endlich wird ja doch, ich möchte sagen, der Mühe heißer Preis errungen werden. Sie können ja das nämliche thun, agitieren Sie auch, gehen Sie in die Versammlungen, fragen Sie die beiden Herren Vice-Bürgermeister, ob das angenehm ist, wenn man da in den verschiedenen Wirtshäusern herumgehen muss (lebhafte Heiterkeit links), mit einem Wort, nehmen Sie sich ein Beispiel an uns; je mehr Sie agitieren und je mehr wir agitieren, desto mehr wird die Bevölkerung aufgeklärt. Seien Sie froh, wenn es geschieht! Ich begrüße es mit Freuden. Hurrah, meine Herren, auf zum offenen Kampfe! Ich scheue ihn nicht. Wenn Sie Finsterlinge sind und sich hinter die Bude verkriechen müssen, meine Schuld ist das gewiss nicht.

Man kann eigentlich über das Anlehen nicht mehr sprechen, denn Sie haben über das Anlehen nicht ein Wort gesprochen. Ich hätte gedacht, Sie werden sich damit befassen, ob es wirklich gerecht ist, auch die 3,100.000 fl. einzubeziehen. Der Herr Referent hat einige Worte darüber verloren, aber sonst keiner mehr von Ihnen. Ich habe gedacht, Sie werden darüber sprechen, ob die Titres, wie sie hier beantragt sind, die richtigen sind. Keiner von Ihnen hat darüber gesprochen. Ich habe geglaubt, Sie werden darüber sprechen, wie das Anlehen zu begeben ist; ob im Wege einer öffentlichen Subscription — keiner hat davon gesprochen; ich habe geglaubt, Sie werden darüber reden, ob es zweckmäßig ist, dass alles das, wovon ich meine, dass es in das Gesetz aufgenommen werden soll, hineinkommen soll — keiner von Ihnen hat darüber gesprochen.

Sehen Sie, das beweist mir, Sie wollen nur Scandal haben, Sie wollen nur mit uns politisch discurieren — nun, ich habe Ihnen diesen kleinen Gefallen erwiesen, und nun schreiten Sie zur Abstimmung, wenn Sie es wagen, überhaupt in einer solchen Weise wieder umzugehen.

Jetzt kommt noch die Special-Debatte. Ich kenne sie ja. Ich habe mich vorbereitet. Sie werden natürlich immer Schluss der Debatte beantragen. Aber hier habe ich sechs schöne Anträge (Heiterkeit links), wohlgeschrieben, zierlich geschrieben — ich könnte sagen: mit allen Sorgfalten einer ordnungsmäßigen Urkunde ausgestattet; wenn Sie heute auch noch so lange hier verweilen wollen — es soll mich unendlich freuen! Machen wir wieder einmal eine Nachtsitzung durch, nur damit Sie das Anlehen schön rasch unter die Haube bekommen.

Also Sie sehen, ich bin bereit, machen Sie nun, was Sie wollen; ich werde aber immer und immer der Meinung bleiben, dass, wenn ein Anlehen aufgenommen wird, es nur unter solchen Bedingungen aufgenommen werden darf, welche für die Bevölkerung nicht lästig sind, und deswegen werde ich in der Special-Debatte auch jene Anträge stellen, welche ich bereits angekündigt habe. (Beifall links.)

Referent: Ich habe nur aufmerksam machen wollen, dass über einzelne Punkte wahrscheinlich von Seite vieler Herren deswegen nicht gesprochen worden ist, weil das in die Special-Debatte gehört und wir jetzt nur die General-Debatte darüber gehabt haben, ob das Anlehen aufzunehmen ist oder nicht. Dass die General-Debatte einen solchen Weg genommen hat, ist nicht meine Schuld.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **2. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing,	v. Neumann,
v. Götz,	Rückauf,
v. Goldschmidt,	Schlechter,
Dr. Hackenberg,	Schneiderhan,
Dr. Huber,	Dr. Stenzl,
Kreindl,	Vaugoin,
Matthies,	Dr. Vogler,
Meißl,	Witzelsberger,
Müller,	Wurm.

Entschuldigt: St.-R. Boschan, Dr. Lederer, Matzenauer, Noske.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** macht derselbe folgende Mittheilungen:

Nachweisung über die Belastung des Reservefonds mit 30. April 1893:

Reservefond	500.000 fl. —	kr.
Effective Belastung . . .	48.178 fl. 14½	kr.
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	193.516 fl. 25	kr.
zusammen .	241.634 fl. 39½	kr.
daher noch verfügbar .	258.305 fl. 60	kr.
und nach Abzug der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden	9.500 fl. —	kr.
noch	248.805 fl. 60½	kr.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefonds Anträge im Gesammtbetrage von 538.837 fl. 59 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

Laut eines vom Stadtbaudirector Berger gestern eingelangten Telegrammes wurde eine reiche Hauptader der Wasseralmquelle angefahren. (Zur Kenntnis.)

Dankschreiben der Gräfin Josef Zichy für die Spende per 1000 fl. für den Schulbau des katholischen Frauenvereines in Hietzing. (Zur Kenntnis.)

(2655.) **St.-R. Meißl** referiert über die Verbesserung der Beleuchtung im II. Bezirke am Mathildenplatze, in der Württemberg- und Wolfsaugasse und der Brigittenauerlände und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate in Vorschlag gebrachten Aufstellung von 18 halb- und 12 ganznächtigen Flammen mit dem jährlichen Gasmehrconsum im Betrage von 812 fl. 65 kr. (Angenommen.)

(2671.) **Derselbe** referiert über das Einschreiten des Gemischtwaren-Verschleißers Adolf Neuer um mietweise Überlassung eines Theiles der Veranda in dem Hause Or.-Nr. 1 Schwedengasse, II. Bezirk, und beantragt die Vermietung eines Theiles dieser Veranda an Adolf Neuer um den jährlichen Mietzins von 15 fl. und unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(2577.) **Derselbe** referiert über den Rückstand an Spitalverpflegskosten nach Rosa und Rudolf Feichtmann im Gesammtbetrage von 34 fl. 32 kr. und beantragt die Abschreibnng aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2574.) **Derselbe** referiert über Rückstände an Gemeindeumlagen nach mehreren Parteien im XIII. Bezirke und beantragt die Abschreibung dieser Rückstände im Gesammtbetrage von 55 fl. 44 kr. aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(2604.) **Derselbe** referiert über 10 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schmalz Alois, Victualienhändler;
Schwetz, geb. Eder, Marie, Bühnenarbeiterswitwe;
Brunner Johann, Zimmerergehilfe;
Dirnberger Johann, Maschinenwärter;
Weil Philipp, Juwelier;
Albrecht Josef Johann, Laternenanzünder;
Greiner Alois, Hausdiener;
Flamm Louis, Börsebesucher;
Wehofer Johann, Steinschleifergehilfe;
Bartosch Maria, Wagenlackiererin. (Angenommen.)

(2500.) **St.-R. v. Götz** referiert über Herstellungen im Hüttelsdorfer Bade im XIII. Bezirke und beantragt, die vom Magistrate im Interesse des ungehinderten Betriebes der Badeanstalt als nothwendig beantragten Herstellungen mit dem Kostenbetrage von 2307 fl. 15 kr. zu genehmigen und einen Zuschusscredit von 1907 fl. 15 kr. zur Ausgabs-Rubrik XXXIV 5 zu bewilligen. (Angenommen.)

(2605.) **Derselbe** referiert über fünf Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Nechutny Wenzel, Schneidergehilfe;
Jelinek Anton, Wäscher;
Balyhar Franz Josef, recte Baryhar, Gastwirt;
Dubovsky Franz, Drechslermeister;

b) die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Tutovich Demetrius, Fellfärbergehilfe. (Angenommen.)

(2606.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Dvořak Anton, Hafer-, Heu- und Strohhändler;
Biemann August, Silberarbeiter;
Baroch Julius Alois, Factor der österr.-ungar. Bank;
Eigler Johann, Tischlergehilfe. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt den Vorsitz.)

(2630.) **Derselbe** referiert über mehrere Ansuchen von Parteien des IV. Bezirkes um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an

Schneider Barbara, Bedienerin;
Sychorowsky Samuel, technischer Beamter;
Lieb Bernhard, Calculant im k. k. Handelsministerium,

gegen Erlag der nach ihrem Wiener Aufenthalte entfallenden Taxe. (Angenommen.)

(2664.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Einschreiten des Vorstehers des XVIII. Gemeindebezirkes um Genehmigung der Überschreitung der vom Gemeinderathe für die Verköstigung der Wahl-Commissionen im XVIII. Bezirk gelegentlich der diesjährigen Gemeinderathswahlen bewilligten Kosten und beantragt die Abweisung dieses Ansuchens. (Angenommen.)

(2646.) **Derselbe** referiert über die Verpachtung der Gemeinde-Jagdbarkeiten von Hacking, Ober- und Unter-St. Veit, Baumgarten, Breitensee und Penzing und stellt folgende Anträge:

1. Die Gemeindejagdbarkeiten von Hacking, Ober- und Unter-St. Veit werden dem k. u. k. Oberstjägermeister vom 1. Juni 1893 an bis 31. December 1897 um den jährlichen Pachtzins von 89 fl. 53 kr. ohne Ausschreibung einer Licitation aus freier Hand unter den beiliegenden Bedingnissen, jedoch ohne Erlag einer Caution verpachtet.

2. Die Gemeindejagdbarkeit von Baumgarten wird dem Herrn Georg Ballheimer vom 1. August 1893 bis 31. December 1897 um den jährlichn Pachtzins von 59 fl., die Gemeindejagdbarkeiten von Breitensee und Penzing werden demselben vom 1. September 1893 an bis 31. December 1897 um den jährlichen Pachtzins von zusammen

70 fl., alle drei Jagdbarkeiten ohne Ausschreibung einer Licitation aus freier Hand unter den beiliegenden Bedingnissen verpachtet.

(Angenommen.)

(2670.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Forstverwalters im Naßwald um Anweisung von jährlichen Pauschalien für die Beheizung und Reinigung der Kanzleilocalitäten und beantragt die Genehmigung eines den städtischen Vorräthen zu entnehmenden Holzdeputates für die Beheizung der Kanzlei im jährlichen Ausmaße von 7 Raummeter harten und 3 Raummeter weichen Holzes, dann ein jährliches Pauschale von 12 fl. für die Kanzleiholzzufuhr und ein solches von 12 fl. für die Kanzleiholzverkleinerung, endlich ein jährliches Pauschale von 24 fl. für die Besorgung der Reinigung der Kanzleilocalität unter den vom Magistrate beantragten Auszahlungs- und Verrechnungsmodalitäten. (Angenommen.)

(2696.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wenzel Labus, Hausbesitzers, XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Hütteldorferstraße 69, um Bewilligung von Ratenzahlungen zur Abstattung seines Rückstandes an Zinskreuzern im Betrage von 8000 fl. und beantragt die Abweisung.

(Angenommen.)

(2663.) **Derselbe** referiert in Betreff der Entschädigungen aus Anlass der außerordentlichen Wasserentnahme im Winter 1892/93, und zwar von 25,824.973·31 Eimern aus den Quellen beim großen Höllenthale und von 5,525.581·20 Eimern aus dem Schwarzaflusse und beantragt, nach den Berechnungen des Stadtbauamtes und der Buchhaltung mit Rücksicht auf den bis 15. April 1893 gegebenen Endtermin der wasserrechtlichen Bewilligung, auf Grund der Vergleiche vom 10. November 1890 und vom 28. März 1891 bis 15. Mai 1893, auszubezahlen: an die Gruppe I der Wasserinteressenten von Hirschwang bis inclusive Neunkirchen mit Ausnahme der Firma Volpini in Gloggnitz . . . . . 100.499 fl. 12 kr.
an die Firma Volpini & Söhne in Gloggnitz 1.316 fl. 93 kr.
an die II. Interessentengruppe von Neunkirchen abwärts . . . . . 43.926 fl. 25 kr.
ferner an die Gemeinde Peisching, Breitenau, Schwarzau i. St. und Loisersbach (nach dem bisherigen Schlüssel) . . . . . 1.467 fl. 08 kr.

Summe . 147.209 fl. 38 kr.

Ferner an Betriebskosten für das provisorische Schöpfwerk beim Kaiserbrunnen . . . . . 2.180 fl. 08 kr.
und an Wagenauslagen für Ingenieur Byloff. 35 fl. — kr.
zu bewilligen.

Der sonach erforderliche Gesammtbetrag per 149.424 fl. 46 kr. sei auf den Reservefond zu verweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2624.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über den Recurs des Karl Maisgeier, Josef Hödl und Johann Polleritzer, städt. Contrahenten für die Schotterlieferung für den XII. Bezirk, gegen die über sie vom Bezirksamte des XII. Bezirkes verhängte Conventionalstrafe und beantragt, es sei von der Verhängung einer Strafe in Berücksichtigung des Umstandes, dass diese Firma durch 25 Jahre der Gemeinde den Schotter liefert, ohne zu einer Klage Anlass zu geben, für dieses erstemal von einer Lieferungsverzögerung abzusehen.

(Angenommen.)

(2645.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der Offertverhandlung behufs Sicherstellung des Gemeindefuhrwerkes für den XII. und XVIII. Bezirk für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. Juni 1897 und beantragt, das Gemeindefuhrwerk für den XII. Bezirk für die Zeit vom 1. Juli 1893 bis inclusive 30. Juni 1897 sei dem Bestbieter Karl Isnenghi (Offert Nr. 2) mit der Entlohnung von:

1 fl. 20 kr. per Fuhr mit Kehricht, Straßenstaub und Truhenwagen,
62 kr. per Fuhr mit Eis oder Schnee,
6 fl. 50 kr. per ganze Tagfuhr,
3 fl. 50 kr. per halbe Tagfuhr;

und für die Bespannung der Schneepflüge und Kehrmaschinen von:
8 fl. für einen ganzen Tag,
4 fl. 50 kr. für einen halben Tag,
8 fl. für eine ganze Nacht,
5 fl. für eine halbe Nacht;

dieselbe Leistung für dieselbe Zeit für den XVIII. Bezirk sei den Bestbietern Karl Zakostelezky und August Opavsky (Offert Nr. 3) mit der Entlohnung von:

1 fl. per Fuhr mit Kehricht, Straßenstaub und Truhenwagen,
80 kr. per Fuhr mit Eis und Schnee,
6 fl. 80 kr. per ganze Tagfuhr,
3 fl. 50 kr. per halbe Tagfuhr;

und für die Bespannung der Schneepflüge und Kehrmaschinen von:
7 fl. für einen ganzen Tag,
3 fl. 50 kr. für einen halben Tag,
8 fl. für eine ganze Nacht und
4 fl. für eine halbe Nacht zu übertragen.

(2715.) **St.-R. Schlechter** referiert über die Auswechslung der Gasrohre im Gemeindehause für den VIII. Bezirk in der Schmidgasse, und beantragt die nachträgliche Genehmigung dieser Herstellungen im Kostenbetrage von 300 fl. und Bewilligung eines Zuschussredites in der Höhe des Erfordernisses zur Ausg.-Rubr. XII 4 d.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2554.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Franz Tobisch um Reducierung der pro III. Quartal 1892 für das Haus Or.-Nr. 60 Schottenfeldgasse, VII. Bezirk, berechneten Wassermehrverbrauchsgebür per 33 fl. 37 kr. und beantragt deren Reducierung auf 20 fl. 86 kr. (Angenommen.)

(2510.) **Derselbe** referiert über aushaftende Wassermehrverbrauchsgebüren für Häuser des V. Bezirkes und beantragt die Genehmigung der vom magistratischen Bezirksamte für den V. Bezirk gestellten Anträge auf Gebüren-Reducierung, beziehungsweise Abschreibung, resp. Abweisung des Ansuchens bezüglich des Hauses V., Hundsthurmerstraße 14. (Angenommen.)

(2507.) **Derselbe** referiert über mehrere Gesuche von Hausbesitzern im IV. Bezirke um Reducierung der Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt die Genehmigung der vom magistratischen Bezirksamte für den IV. Bezirk gestellten Anträge auf Reducierung dieser Gebüren für fünf Häuser. (Angenommen.)

(2439.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Jos. Jelinek um Abschreibung der pro IV. Quartal 1892 für das Haus Or.-Nr 9 Laimäckergasse, X. Bezirk, aushaftenden Wassermehrverbrauchsgebür per 13 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung aus Billigkeitsgründen.

(Angenommen.)

(2438.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Antonie Trost um Abschreibung der für das Haus Or.-Nr. 31 Himbergerstraße, X. Bezirk, pro III. und IV. Quartal 1892 aushaftenden Wassermehrverbrauchsgebüren per 40 fl. 98 kr., resp. 57 fl. 49 kr. und beantragt die Abschreibung aus Billigkeitsrücksichten. (Angenommen.)

(2616.) **St.-R. Müller** referiert über die Verhandlungen wegen Legung der Wasserleitungsrohre behufs Wasserversorgung der Bezirke XII, XIII, XIV und XV und beantragt:

1. es sei in Abänderung des Projectes die Einlegung des 420 millimetrigen Rohres in den Gehweg der Schönbrunnerstraße, von der Tegetthoffstraße bis zur vierfachen Schönbrunnerallee, unter Annahme der von der Wiener Tramway-Gesellschaft gestellten Bedingungen, jedoch bezüglich des Pönales mit Ausnahme von Elementarereignissen;

2. die schriftliche Erklärung bezüglich der Anerkennung des betreffenden hofärarischen Grundeigenthums;

3. die Ausstellung eines Reverses unter Stipulierung der von den Bahnverwaltungen gestellten, im Commissions-Protokolle vom 10. April 1893 formulierten Bedingungen zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2608.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Eheleute Anton und Anna Kirlinger gegen die in dem Bauconsense für Einl.-Z. 572 in Heiligenstadt, Beethovengasse, XIX. Bezirk, enthaltenen Bedingungen und beantragt die Kenntnisnahme mit dem Bemerken, dass der Recurs der Baudeputation vorgelegt werden wird. (Angenommen.)

(2140.) **Derselbe** referiert über den Verkauf mehrerer Theile der Währingerbach-Parcelle Nr. 1005 an mehrere Anrainer und beantragt:

I. Die käufliche Überlassung von nachfolgenden Theilen der Währingerbach-Parcelle Nr. 1005 behufs Arrondierung der angrenzenden Realitäten Or.-Nr. 73 Herrengasse, respective Or.-Nr. 72 und 70 Hauptstraße in Währing, und zwar:

a) der Figur h g i m o g s t r p n y′ k h im Ausmaße von 41·08 m² um den Einheitspreis von 9 fl. ö. W. per Quadratmeter an Rudolf Argauer,

b) der Figur h k y′ u l h im Ausmaße von 38·50 m² um den Einheitspreis von 7 fl., d. i. Sieben Gulden ö. W. per Quadratmeter an die Eheleute Franz und Elenora Freudenberger,

c) der Figur u o w x t r p n y′ u im Ausmaße von 22·76 m² um den Einheitspreis von 7 fl., sage Sieben Gulden ö. W. per Quadratmeter und der Figur w x z y s t r w im Ausmaße von 55·64 m² um den Einheitspreis von 22 fl. 23 kr. per Quadratmeter an Rudolf Kerner wird genehmigt.

II. An diesen Grundverkauf werden folgende Bedingungen geknüpft:

1. Die Offerenten tragen die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen sowie die Vermögensübertragungsgebüren, welche von den von ihnen zu erwerbenden Grundflächen zu entrichten sind.

2. Dieselben bewilligen, dass auf den von ihnen zu kaufenden Theilen der Bachparcellen nachstehende Verpflichtungen primo loco als Reallasten auf ihre Kosten grundbücherlich einverleibt werden.

a) Die Verbauung der Bachparcelle darf erst nach erfolgter Umlegung des Währingerbaches stattfinden.

b) Der Gemeinde Wien bleibt das Recht gewahrt, dass bei einem etwa eintretenden Gebrechen am Canale der Grund von den Organen derselben betreten, im Falle der unbedingten Nothwendigkeit behufs Behebung des Gebrechens in Anspruch genommen und auf demselben Material deponiert werden darf.

3. Die Eheleute Freudenberg sowie Rudolf Kerner verpflichten sich, den städtischen Organen den Zugang, respective die Zufahrt durch ihre Realitäten Or.-Nr. 72, beziehungsweise 70 Hauptstraße in Währing, falls sich dies aus öffentlichen Rücksichten als nothwendig ergibt, zu gestatten, und willigen ein, dass diese Verpflichtung auf ihren Realitäten durch Einverleibung einer Reallast im Range nach den bestehenden Eintragungen auf ihre Kosten grundbücherlich sichergestellt werde.

Von der Einverleibung der sub 3 genannten Verpflichtung wäre in dem Falle Umgang zu nehmen, wenn zur Zeit des Vertragsabschlusses die bereits in Angriff genommene Umlegung des Canales durchgeführt sein sollte. (Angenommen.)

(2611.) **Derselbe** referiert über die Projectskizze für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, und beantragt:

1. Die vom Stadtbauamte vorgelegte und vom Bezirksschulrathe approbierte Planskizze B für den Bau einer Mädchen-Volksschule mit Bürgerschulclassen im IX. Bezirke, Galileigasse, auf den Parcellen III, IV und V mit dem approximativen Kostenbetrage von 100.000 fl. sei zu genehmigen.

2. Der Antrag des Magistrates auf Reservierung der Parcellen VI und VII der genannten Baugruppe für einen weiteren Schulbau sei abzulehnen und der Beschluss des Stadtrathes vom 20. April 1893, Z. 2344, wonach die Bauparcelle VII im Wege einer öffentlichen Offertverhandlung zu veräußern wäre und mit der Localdirection der Erzherzogin Marie Valerie-Krippe bezüglich Überlassung der Baustelle VII in Unterhandlung zu treten sei, aufrecht zu halten.

3. Der fragliche Bau habe in diesem Jahre bloß im Rohbau fertiggestellt zu werden, wovon der Bezirksschulrath zu verständigen ist.

4. Der für den Bau einer Bürgerschule im IX. Bezirke in das Präliminare pro 1893 eingestellte Betrag von 40.000 fl. ist für die Ausführung des Rohbaues der in Rede stehenden Schule zu verwenden.

5. Die beiliegenden Offerte des Franz Albertini seien abzulehnen.

(Angenommen; an den Gemeinderath bezüglich Punkt 1 und 4.)

(2378, 2379, 2380, 2381.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über Verificierung von Wahlen in den Wiener Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Franz Mareſch sen., Juwelier und Hausbesitzer, XVI., Eisnerstraße 8,

Michael Ruſchan jun., Beamten des „Neuigkeits-Weltblattes“ und Hausbesitzer, XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 67

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVI. Bezirkes);

des Alexander Purſcht, Kaufmann und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Josefigasse 51;

Josef Grünbeck, Baumeister und Hausbesitzer, XVII., Hernals, Kirchengasse 15/17

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVII. Bezirkes);

des Josef Müller, Civil-Ingenieur und Hausbesitzer, XVIII., Währing, Gürtelstraße 37;

Josef Wünſch, Brauerei- und Hausbesitzer, XVIII., Währing, Ferstelgasse 9

(gewählt vom I. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes);

des Adolf Bachofen v. Echt, Brauerei- und Hausbesitzer, XIX., Nußdorf, Färbergasse 18

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIX. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2776.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung einer Haltestelle bei der Endstation Matzleinsdorfer Viaduct der Localbahn Wien-Neudorf und beantragt, der Stadtrath wolle vom Standpunkte der Straßenbenützung

der projectierten Errichtung einer facultativen Haltestelle der Wiener Tramway seine Zustimmung ertheilen. (Angenommen.)

(1642.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl und der Barbara Gulden um Ausfertigung einer Amtsbestätigung in Betreff einer Grund-Ab- und Zuschreibung bei den Realitäten Einl.-Z. 25 Grundbuch Ober-Baumgarten und Einl.Z. 278 Grundbuch Unter-Baumgarten und beantragt, es sei diese Amtsbestätigung nicht auszufertigen, sondern den Gesuchstellern zu bedeuten, mit Rücksicht darauf, dass die geplante Grundtransaction eine Grundabtheilung auf Bauplätze involviert, vorerst um Bestimmung der Baulinie und sohin um Genehmigung der Abtheilung unter Vorlage des Abtheilungsprojectes einzuschreiten, mit welch letzterem Ansuchen jenes um die Bewilligung der fraglichen Grund-Ab- und Zuschreibung verbunden werden kann. (Angenommen.)

(2374, 2375, 2743, 2376, 2742, 2377, 2744, 2373.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung der folgenden Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Josef Schneiderhan, Bäcker und Hausbesitzer, XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 19;

Dr. Albert Geßmann, Hausbesitzer, VII., Lerchenfelderstraße 33

(gewählt vom I. Wahlkörper des XII. Bezirkes);

des Josef Kirchmayer, Fleischhauer und Hausbesitzer, XIII., Hietzing, Altgasse 7

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIII. Bezirkes);

des Franz Rückauf, Bürger, Lohnwagen- und Hausbesitzer, XIV. Bezirk, Rudolfsheim, Rustengasse 9;

Karl Josef Fuchs, Fleischhauer und Hausbesitzer, XIV., Sechshaus, Hauptstraße 39

(gewählt vom I. Wahlkörper des XIV. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese beiden Wahlen eingebrachten Wahlprotestes;

des Wilhelm Schoderböck, Dachdecker und Hausbesitzer, XV., Fünfhaus, Märzstraße 26;

Johann Beutnitz, Hausbesitzer, XV., Fünfhaus, Henriettenplatz 1

(gewählt vom I. Wahlkörper des XV. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese beiden Wahlen eingebrachten Wahlprotestes;

des Josef Koch, Fabriks- und Hausbesitzer, XI., Simmeringer Hauptstraße 37

(gewählt vom I. Wahlkörper des XI. Bezirkes)

unter gleichzeitiger Zurückweisung des gegen diese Wahl eingebrachten Wahlprotestes. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2567.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des n.-ö. Landesschulrathes vom 18. April 1893, Z. 1924, betreffend die Anweisung der vierten Dienstalterszulage an die Volksschullehrerin Sophie Jakubitzka und beantragt die Ergreifung des Recurses an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht.

(Angenommen.)

(2331.) **Derselbe** referiert über das Ergebnis der neuerlichen Verhandlung bezüglich Abverkaufes einiger Theile des ehemaligen Westbahn-Linienamtes an die Eheleute Kalb und an Karl Striegel und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

(2542.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirksschulrathes, betreffend die Erwerbung der Realitäten VII., Neubaugasse 40, und VII., Zollergasse 39, für Schulbauzwecke, und beantragt:

1. den Ankauf dieser Realitäten wegen zu hoher Preisansätze abzulehnen;

2. den Magistrat zu beauftragen, sich über die Bewertung der Häuser 18 und 20 Zollergasse zu äußern und einen Bauamtsbericht darüber abzufordern, ob sich diese Realitäten zu einem Schulbaue, eventuell in welcher Ausdehnung eignen. (Angenommen.)

(2363, 2364, 2365, 2366, 2367.) **St.-R. Dr. Huber** referiert über die Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath und zwar:

des Dr. Joh. Nep. Prix, Bürgermeister der Stadt Wien, Hof- und Gerichtsadvocat, Hausbesitzer, I., Rathhaus;

Georg Boschan, Bürger- und Rohproductenhändler, I., Bäckerstraße 9;

Theodor Ritt. v. Goldschmidt, Civil-Ingenieur und k. k. Baurath, I., Nibelungengasse 7;

Dr. Moriz Lederer, Hof- und Gerichtsadvocat, I., Hoher Markt 4;

Josef Matzenauer, k. u. k. Hof-Juwelier und Bürger, I., Spiegelgasse 9;

Gustav Simon, Metallwaren-Fabrikant, I., Bauernmarkt 7;

Alois Wurm, k. k. Baurath, Architekt und Hausbesitzer, I., Kolowratring 4

(gewählt vom I. Wahlkörper des I. Bezirkes);

des Karl Meißl, Bürger und Hausbesitzer, II., Taborstraße 39;

Robert Geitler, Bürger und Hausbesitzer, II., Praterstraße 58;

Wilhelm Stiaßny, k. k. Baurath, Architekt und Hausbesitzer, I., Rathhausstraße 13;

Dr. Alfred Stern, Hof- und Gerichtsadvocat und Hausbesitzer, II., Untere Donaustraße 27

(gewählt vom I. Wahlkörper des II. Bezirkes);

des Dr. Raimund Grübl, Vice-Bürgermeister der Stadt Wien, Hof- und Gerichtsadvocat, III., Reisnerstraße 24;

Rudolf Luksch, kais. Rath, Bürger, Hausbesitzer, III., Hauptstraße 81;

Heinrich Matthies, Bürger und Bauspengler, III., Obere Weißgärberstraße 14

(gewählt vom I. Wahlkörper des III. Bezirkes);

des Heinrich Adam, Architekt, IV., Alleegasse 36;

Dr. Heinrich Billing Edl. v. Gemmen, Bürger, IV., Hauptstraße 40;

Anton Ganguſch, Bäcker und Hausbesitzer, IV., Hauptstraße 5

(gewählt vom I. Wahlkörper des IV. Bezirkes);

des Hermann Gerhardus, Lederfabrikant, Hausbesitzer, V., Hundsthurmerstraße 70;

Karl Lechner, Hausbesitzer, V., Hundsthurmerstraße 116

(gewählt vom I. Wahlkörper des V. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2603.) **Derselbe** referiert über den Bericht des Magistrates, wonach gegen keinen der in der Zeit vom 13. bis inclusive 17. April l. J. in den Gemeinderath Gewählten ein Wahlausschließungsgrund vorliegt und wonach die sämmtlichen im Besitze des passiven Wahlrechtes sind, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2368, 2369, 2370, 2371, 2372.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Karl Baugoin, Gold- und Silberwaren-Fabrikant, Hausbesitzer, VI., Mariahilferstraße 23;

Josef Dominik Schlechter, Buchbinder und Hausbesitzer, Gumpendorferstraße 109

(gewählt vom I. Wahlkörper des VI. Bezirkes);

des Dr. Ludwig Bogler, Hof- und Gerichtsadvocat, VII., Westbahnstraße 6 A;

Ferdinand Taubler, Bürger, Seidenzeug-Fabrikant, Hausbesitzer, VII., Kaiserstraße 23;

Franz Frauenberger, Tapetenhändler, VII., Mariahiferstraße 18

(gewählt vom I. Wahlkörper des VII. Bezirkes);

des Franz Ritt. v. Neumann, k. k. Baurath, VIII., Piaristengasse 13;

Martin Ludwig Haßfurther, Bürger und Hausbesitzer, VIII., Piaristengasse 34

(gewählt vom I. Wahlkörper des VIII. Bezirkes);

des Ferdinand Dehm, Stadtbaumeister, Architekt, Bürger und Hausbesitzer, IX., Währingerstraße 2/4;

Bernhard Erndt, k. und k. Hof-Hafnermeister, Bürger und Hausbesitzer, IX., Pramergasse 25;

Karl Kaiser, Privatier, IX., Garnisongasse 24

(gewählt vom I. Wahlkörper des IX. Bezirkes);

des Josef Rissaweg, Hausbesitzer, X., Erlachgasse 9;

Alexander Dolainsky, Fabriksbesitzer und Hausbesitzer, X., Van der Nüllgasse 24

(gewählt vom I. Wahlkörper des X. Bezirkes);

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2327.) **St.-R. Schlechter** referiert über Verificierung von Wahlen in den Gemeinderath und beantragt die Anerkennung folgender Wahlen in den Gemeinderath, und zwar:

des Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichts-Advocat und Hausbesitzer, I., Kolowratring 9

(gewählt vom II. Wahlkörper des I. Bezirkes);

des Josef Gierster, k. und k. Professor i. P., III., Beatrixgasse 19

(gewählt vom II. Wahlkörper des III. Bezirkes);

des Dr. Josef Scholz, praktischer Arzt, IV., Waaggasse 1

(gewählt vom II. Wahlkörper des IV. Bezirkes);

des Josef Strohbach, Lehrmittelhändler und Hausbesitzer, V., Schloßgasse 26

(gewählt vom III. Wahlkörper des V. Bezirkes);

des Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichts-Advocat, VIII., Lederergasse 3

(gewählt vom III. Wahlkörper des VIII. Bezirkes);

des Dr. Julius Rader, praktischer Arzt, XVIII., Weinhaus, Herrengasse 8;

Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, XVIII., Währing, Kreutzgasse 79

(gewählt vom II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes).

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2576.) **St.-R. Kreindl** referiert über das Ansuchen des Karl Ritt. v. Schlag um Entfernung einer von der bestandenen Gemeinde Grinzing aufgestellten Tafel, enthaltend die Gestattung des Fahrens und Reitens auf einem Wege vom Krapfenwaldl gegen den Kobenzl, und beantragt die Entfernung derselben.

(Angenommen.)

(2620.) **Derselbe** referiert über die Nothwendigkeit der Erweiterung des Friedhofes in Unter-Sievering und beantragt, behufs ehestmöglicher Beschaffung von gemeinsamen Gräbern die Erweiterung des genannten Friedhofes principiell zu genehmigen. (Angenommen.)

(2657.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Amtsdieners Gustav Bruckner um pachtweise Überlassung der zu dem Franz Widl'schen Stiftungshause in Unter-Döbling, Feldgasse 7, gehörigen Gartenparcelle Nr. 179 im Ausmaße von 345 □⁰ und der Ackerparcelle Nr. 198 im Ausmaße von 287 □⁰ und beantragt, diese Parcellen dem Genannten pro 1893 um den Pachtzins von 10 fl., respective 15 fl. zu überlassen. (Angenommen.)

(2426.) **Derselbe** referiert über den vom Gem.-Rath Steiner in der Sitzung vom 25. October 1892 eingebrachten Antrag, betreffend den mangelhaften Zustand der Gasse, welche die Friedlgasse in Unter-Sievering mit der Sieveringer Hauptstraße verbindet, und beantragt, den Bericht der Stadtbauamtes, wonach die Durchführung dieser Gasse als fahrbare Straße sich derzeit nicht empfiehlt und wonach wegen Instandsetzung und fernerer Instandhaltung dieses Weges zum Verkehre für Fußgeher das Geeignete verfügt wurde, mit dem Bemerken zur Kenntnis zu nehmen, dass im Bedarfsfalle sofort eine Beschotterung vorzunehmen sei. (Angenommen.)

(2434.) **St.-R. Dr. Stenzl** referiert über den Medicamentenkostenrückstand per 1 fl. 13 kr. nach Paul Jurena und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(2443.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Lünemann Erich, Privatbeamter und Hausbesitzer;

Fischer Fritz, Beamter, und

Czontoš Franz, Kutscher. (Angenommen.)

(2449.) **Derselbe** referiert über 18 Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an nachbenannte 17 Gesuchsteller:

Lehner Karoline, Schuhmachermeisterswitwe;

Freisinger Karl, Bronzewarenerzeuger;

Lewicki Emil Nikolaus, Lebzelter und Zuckerbäcker;

Sršen Franz, Zimmermaler;

Boysy Albin, Amtsdiener;

Neuwirth-Siding Ludwig, Silberarbeitergehilfe;

Michalik Franz, Schuhmachermeister;

Hofer Anton Johann, Kanzleidiener;

Pecena Josefa, Private;

Bräutigam Gustav, Hausdiener;

Dworaček Johanna, Fragnerin;

Pech Franz Johann, Schuhmachermeister;

Richter Friederike, Private;

Schiller Aloisia, Stubenmädchen;

Metal Karoline, Köchin;

Fidler Josef, Scontist;

Jocham Katharina;

Diese Anträge werden angenommen.

(2525.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Franz Krammer, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 152 Simmeringer Hauptstraße, gegen die an ihn ergangenen sanitätspolizeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk vom 4. März 1893 und beantragt die Abweisung des Recurses. (Angenommen.)

(2526.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Anna Grundl, Eigenthümerin des Hauses Nr. 1 a Geystraße, XI. Bezirk, gegen die an sie ergangenen sanitätspozeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XI. Bezirk vom 4. März 1893 und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(2320.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Andreas Schiffner, Eigenthümers des Hauses Or.-Nr. 10 Dadlergasse, XIV. Bezirk, gegen die an ihn ergangenen sanitätspolizeilichen Aufträge des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk vom 6. März 1893 und beantragt die Recursabweisung. (Angenommen.)

(2656.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Friedjung auf Bestellung einer neuen auswärtigen Wärterin für die chirurgische Abtheilung im städtischen Versorgungshause in Wien und beantragt, es sei zum Zwecke der Wartung der Kranken des chirurgischen Zimmers Nr. 30 a in der genannten Anstalt eine auswärtige Wärterin mit dem Monatslohn von 24 fl., respective 288 fl. jährlich zu bestellen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2621.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die von Dr. Josef Ipolt behufs Erhaltung und Ausschmückung des Einzelngrabes des Karl Moreau im Hernalser Friedhofe angebotene Graberhaltungswidmung und beantragt die Annahme dieser Graberhaltungswidmung im festzusetzenden Betrage von 550 fl. ö. W. in 4·2percentiger Notenrente unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(2617.) **Derselbe** referiert über die von dem Notar Dr. Johann Bruck angebotene Graberhaltungswidmung bezüglich des Einzelngrabes der Karoline Mathey im Hernalser Friedhofe und beantragt die Annahme dieser Graberhaltungswidmung im Betrage von 100 fl. unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

(1969, 2325.) **Derselbe** referiert über die in Anregung gebrachte Einlösung der Häuser Or.-Nr. 2 Hermannsgasse und Or.-Nr. 21 Neubaugasse behufs Durchführung der Seidengasse, VII. Bezirk, und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, für die eventuelle Verlängerung der Seidengasse, VII. Bezirk, dem Stadtrathe die Baulinienbestimmung vorzulegen. (Angenommen.)

(324, 727, 1504.) **Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die finanzielle Auseinandersetzung der Gemeinde Wien mit den Gemeinden Weidling, Weidlingbach, Hadersdorf, Mauer und Klosterneuburg im Sinne Art. VI des Einführungsgesetzes zum Wiener Gemeindestatute und beantragt die Genehmigung der vom Magistrate vorgelegten Übereinkommen. Der noe. Landesausschuss ist zu ersuchen, diese Übereinkommen zu genehmigen. (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

Allgemeine Nachrichten.

(Auswanderungen nach Brasilien.)

(Aus dem Amtsblatte der k. k. Polizei-Direction Wien ex 1893, pag. 43.)

Laut eingelangter Mittheilung hat sich eine größere Anzahl österreichisch-ungarischer, in Brasilien angesiedelter Auswanderer an das k. und k. General-Consulat in Rio de Janeiro gewendet, um dessen Intervention behufs Abhilfe ihrer beklagenswerten Lage zu erwirken.

Da die den Einwanderern gemachten Zusicherungen der Zuweisung von Grund und Boden und Auszahlung von Vorschüssen nicht eingehalten werden, die Theuerung der zum Lebensunterhalte nothwendigen Artikel in Brasilien eine außerordentliche ist und die bisher betriebenen öffentlichen Straßenbauarbeiten, bei welchen ein Theil der Auswanderer eine kümmerliche Existenz fand, eingestellt worden sind, so ist die Lage derselben eine grenzenlos elende.

Angesichts dieser Zustände und des Umstandes, dass die k. und k. Gesandtschaft in Rio de Janeiro eine Milderung der Nothlage dieser Leute nicht herbeizuführen vermochte, ergeht infolge Erlasses des Ministeriums des Innern vom 11. Februar 1893, Z. 376 (intimiert mit Statthalterei-Erlass vom 8. März 1893, Z. 11138), an alle Auswanderungslustigen die dringende Mahnung, sich das Schicksal der aus Österreich-Ungarn nach den brasilianischen Staaten bereits Ausgewanderten vor Augen zu halten und den Versprechungen gewissenloser, nur auf ihren eigenen Vortheil bedachter Agenten nicht zu vertrauen, um nicht einem sicheren Elende und Untergange entgegenzugehen.

Im wehrpflichtigen Alter stehende Auswanderungslustige werden außerdem aufmerksam gemacht, dass jedermann, welcher in der Absicht, sich der Stellungspflicht zu entziehen, das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie verlässt oder während der Stellung sich außerhalb der Grenze der Monarchie aufhält, sich nach § 45 des Gesetzes vom 11. April 1889 (R.-G.-Bl. Nr. 41) eines Vergehens schuldig macht und mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre und an Geld von 100 bis 1000 fl. bestraft wird. Außerdem wird derselbe als Stellungsflüchtling behandelt und hat die im § 44 des erwähnten Gesetzes normierte Zeit über die gesetzliche Präsenzdienstzeit zu dienen.

* * *

(Silber- und Kupfermünzen-Einziehung und Bronzemünzen-Ausgabe.) Im Sinne des Gesetzes vom 24. März 1893, R.-G.-Bl. Nr. 42, werden die auf Grund des kaiserlichen Patentes vom 19. September 1857, R.-G.-Bl. Nr. 169, ausgeprägten Landes-Silbermünzen zu zwei Gulden (2 fl.) und zu einem Viertelgulden (1/4 fl.) außer gesetzlichen Umlauf gesetzt und diese Münzen nur noch bis einschließlich 31. Mai 1893 im Privatverkehre — von den k. k. Cassen und Ämtern jedoch bis einschließlich 31. Juli 1893 — zum Nennwerte, beziehungsweise mit dem im Artikel X des Gesetzes vom 2. August 1892, R.-G.-Bl Nr. 126, bestimmten Zahlwerte in Zahlung angenommen.

Gemäß Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 19. März 1892, Z. 1694/FM, wurde am 1. April 1893 mit der Hinausgabe der Bronzemünzen der Kronenwährung zu zwei und einem Heller bei den k. k. Staatscassen begonnen.

Die Bronzemünzen österreichischen und ungarischen Gepräges sind nach dem Gesetze zu ihrem Nennwerte, und zwar bei Zahlungen in österreichischer Währung dergestalt anzunehmen, dass das Zweihellerstück gleich einem, das Hellerstück gleich einem halben Kreuzer österreichischer Währung gerechnet wird.

Jedoch ist Niemand verpflichtet, Bronzemünzen in einem Betrage von mehr als 50 Kreuzern österreichischer Währung, beziehungsweise von mehr als 100 Hellern in Zahlung zu nehmen; nur von den Staats- und öffentlichen Cassen müssen Bronzemünzen bis zu dem Betrage von 5 fl. ö. W., beziehungsweise 10 Kronen in Zahlung genommen werden.

Im Verhältnisse der Ausgabe der Bronzemünzen der Kronenwährung werden Kupfermünzen zu vier Kreuzern österreichischer Währung von den k. k. Staatscassen aus dem Verkehre gezogen werden.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 30. April bis 6. Mai 1893.)

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . .	220.555 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 179.042; aus Ober-Österreich — 393; aus Mähren — 6033; aus Böhmen — —; aus Galizien — 31.765; aus Ungarn — 2894; aus der Bukowina — 1398; aus Croatien — — Kg.)
Kalbfleisch . . .	47.941 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 7485; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 108; aus Galizien — 40.315; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 33 Kg.)
Schaffleisch . .	887 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 63; aus Mähren — —; aus Galizien — 724; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 100 Kg.)
Schweinfleisch .	37.558 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 27.380; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 400; aus Mähren — 670; aus Galizien — 7344; aus Ungarn — 1764; aus Croatien — — Kg.)
Kälber	1542 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 185; aus Ober-Österreich — 3; aus Mähren — 8; aus Steiermark — —; aus Galizien — 1307; aus Ungarn — 38; aus der Bukowina — 1; aus Böhmen — — St.)
Schafe	112 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 98; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — —; aus Galizien — 8; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — 4 St.)
Schweine . . .	357 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 7; aus Mähren — —; aus Galizien — 347; aus Ungarn — 3; aus der Bukowina — — St.)
Lämmer	124 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 64; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 14; Ungarn — 46 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . . .	15.600 Kg.	Kälber	95 Stück
Kalbfleisch . . .	970 „	Schafe	7 „
Schaffleisch . . .	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch . .	661 „	Lämmer	48 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 30	bis 70	kr. per Kg.	
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 95	„ „ „	
Kalbfleisch		„ 25	„ 70	„ „ „	
extrem		„ —	„ —	„ „ „	
Schaffleisch		„ 36	„ 54	„ „ „	
Schweinfleisch		„ 50	„ 70	„ „ „	
Kälber		„ 30	„ 60	„ „ „	
Schafe		„ 30	„ 44	„ „ „	
Schweine		„ 46	„ 60	„ „ „	
Lämmer		„ 2½	„ 5 fl. per Stück.		

Die Zufuhr an Fleischwaren war gegen die Vorwoche etwas geringer, die Nachfrage, besonders für mittlere und mindere Sorten, lebhafter, weshalb sich auch die Verkaufspreise dieser Sorten im allgemeinen um 2 bis 4 kr. per Kilo erhöhten, während bessere Qualitäten knapp die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

* * *

(Pferdemarkt vom 5. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 577 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 100—325 fl. per Stück.
„ „ Schlachtpferde . . . . . 24—65 fl. „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 30. April bis 6. Mai 1893:

(Geschlachtet wurden 360 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.	
Hinteres „	1 „	26—44 „	
Lungen- und Rostbraten . .	1 „	30—44 „	vom Pferde
Selchfleisch	1 „	30—50 „	
Extrawürste	1 „	30—48 „	
Dürre Würste	1 „	32—60 „	
Rohes Fett	1 „	36—60 „	
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „	
Schweifhaare	1 Schweif	25—80 „	
Knochen	100 Kg.	fl. 2—4·—	
Häute	per St.	„ 3—6·50.	

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 8. Mai 1893.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 4621, Weidevieh — —, Beinlvieh — 521.

Summa . ——.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	2156
Galizische „ . . .	1314
Deutsche „ . . .	1641
Büffel „ . . .	31

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4103
Stiere	626
Kühe	413

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 48	bis 60½	fl.
(extrem	„ —	„ 61	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 48	„ 60	„
(extrem	„ —	„ —	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 49	„ 62½	„
(extrem	„ 63	„ 64	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Percentabzug:

Ochsen . .	von 23	bis 32	fl.
Stiere . .	„ 24	„ 32	„
Kühe . . .	„ 21	„ 30	„
Büffel . .	„ 16	„ 24	„
Beinlvieh .	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 47 bis 103 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . 192 Stück
Beinlvieh . . . 37 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 314 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des starken Auftriebes guter Qualitäten ziemlich flau, daher die Preise um 1 bis 2 fl. per 100 Kilo fielen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April bis 6. Mai 1893.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 76—80 Kg.) . .	von 8 fl. 50 kr.	bis 9 fl. 45 kr.	per 100 Kg.
Roggen („ 68—72 „) . .	„ 7 „ 80 „	„ 8 „ 20 „	
Gerste	„ 4 „ 65 „	„ 8 „ 75 „	
Mais	„ 5 „ 40 „	„ 5 „ 60 „	
Hafer	„ 6 „ 70 „	„ 7 „ 60 „	

b) Mahlproducte.

Gries	von 15 fl. 25 kr.	bis 17 fl. — kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„ 6 „ 75 „	„ 17 „ — „	
Roggenmehl	„ 8 „ — „	„ 14 „ 50 „	
Weizenkleie	„ 4 „ 25 „	„ 4 „ 60 „	
Roggenkleie	„ 4 „ 70 „	„ 4 „ 80 „	

Städtisches Lagerhaus.

Vom 27. April bis 4. Mai 1893.

Waren eingelagert . . . . . 16.034 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 27.810 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 7.307 Meter-Centner.

Lagerstand vom 4. Mai 1893: 251.646 Meter-Centner, und zwar:

69.645	Meter-Centner	Weizen,	20.141	Meter-Centner	Roggen,
27.545	„	Gerste,	29.639	„	Hafer,
28.424	„	Mais,	2.845	„	Ölsaaten,
10.867	„	Mehl u. Kleie,	9.069	„	Wein,
2.336	„	Zucker,	7.142	Hektoliter	à 100% Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 2,439.460 fl. öst. Währ.

Sanitätsangelegenheiten.

(**Verschärfte Überwachung der auf Anpreisung von Arzneifabricaten bezughabenden Druckschriften.**) Anläßlich der von einer k. k. Staatsanwaltschaft verfügten Beschlagnahme einer bei einem Inlandspostamte aus dem Auslande angelangten größeren Anzahl von Exemplaren der Druckschrift: „Die naturgemäße Pflege des kranken Menschenkörpers" von Ph. Dr. Cherwy, 82. Auflage, Düsseldorf, Koetz Verlagsgeschäft, welche reclamhafte Anpreisungen von Arzneifabricaten des Apothekers C. Thelen in Köln a. Rh. enthielt, hat das hohe k. k. Justizministerium mit Erlaß vom 27. März 1892, Z. 6080, die k. k. Oberstaatsanwaltschaften aufgefordert, die Aufmerksamkeit der unterstehenden Staatsanwaltschaften auf die stattfindende Verbreitung von Druckschriften gedachter Art zu lenken, um dagegen, sei es wegen des strafbaren Inhaltes, sei es wegen unbefugter Colportage mit den gesetzlich zulässigen Repressivmaßregeln vorgehen zu können.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat nun mit Erlaß vom 22. März 1893, Z. 17472, den Magistrat angewiesen, bei der prespolizeilichen Überwachung von Druckschriften auf Preserzeugnisse der gedachten Art ein besonderes Augenmerk zu richten.

Gewerbeangelegenheiten.

(**Verbot der Ausgabe von Blechmarken und anderen Geldanweisungen.**) Die Ausgabe geldvertretender Privatanweisungen und Marken, wie solche öfter von Gastwirten, Cantineuren und auch von Arbeitsgebern den Arbeitern von Fabriken und Gewerkschaften gegenüber geübt wird, ist, abgesehen von der Bestimmung des § 78 der Gewerbeordnung, welche den Arbeitsgebern die Auszahlung der Arbeitslöhne in barem Gelde zur Pflicht macht und daher die Benützung von Blechmarken zu Lohnzahlungen nicht zuläßt, auch als ein Eingriff in die Hoheitsrechte des Staates und in die Finanz-Gesetzgebung ungesetzlich und demnach ganz und gar unstatthaft.

* * *

(Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates.)

Vom **1. bis 30. April 1893** wurden vorgemerkt:

Meisteranmeldungen	52
Lehrlingsanmeldungen	72
Vermittlungen	24

Seit dem Bestande des Lehrlingsstellen-Nachweiseamtes (d. i. seit 2. Mai 1888):

Meisteranmeldungen	4104
Lehrlingsanmeldungen	4701
Vermittlungen	2252

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 4. Mai bis 8. Mai 1893.

Für Neubauten:

III. Bezirk: Haus, Baustelle II, Grundb.-Einl. 56 Arsenalweg (Gürtelstraße), von Karl Tucek und Joh. Mayer, Bauführer J. Doležal (2988).

IX. Bezirk: Haus, Baustelle IX, Lazarethgasse 16—18, von Adolf und Anna Rühnkorf, Bauführer W. Klingenberg (2945).

XIV. Bezirk: Einstöckiges Wohn- und Geschäftshaus, Rudolfsheim, Buchgasse, C.-Nr. 50, Grundb.-Einl.-Z. 1312, von Julius Schönwald, Bauführer Heinrich Staud, Stadtbaumeister (9886).

XIX. Bezirk: Ebenerdiges Wohnhaus, Unter-Sievering, Weinberggasse Einl.-Z. 285, Parcelle 557/2, von Josef und Rosalie Schadek, Bauführer Eduard Spieß (8764).
„ „ Cottagehaus, Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße Or.-Nr. 16, von Marianne Janak v. Freyenwald, durch Dr. Gustav Egger, Bauführer Anton Gürlich (8781).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Saal, Taborstraße 11, von Theresia Mühlsteiner, Bauführer G. Löwitsch (2933).
„ „ Scholzgasse 7, von Dr. Josef Porzer, Bauführer A. Krones (3042).
„ „ Schiffmühlenstraße 116, von Ferd. Edlinger, Bauführer E. Schätz (3043).
VI. Bezirk: Millergasse 22, von Josef und Anna Wertheimer, Bauführer J. Prokop (2960).
VII. Bezirk: Hoftract, Halbgasse 22, von Karl Würbel und Anton Czokally, Bauführer E. Schwarzer (3003).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 64, von Jakob Cerny, Bauführer Johann Prokſch (10482).
„ „ Rudolfsheim, Fischergasse 19, von Ferd. Gerno, Bauführer Johann Neuwirth (10519).
„ „ Rudolfsheim, Karolinengasse 8, von Christoph Bauer, Bauführer Ed. Schwarzer (10520).
„ „ Rudolfsheim, Reindorfgasse 5, von Lucas Ermer, Bauführer Otto Ettmayr (9883).
„ „ Rudolfsheim, Neugasse 13, von Barbara Kamenitzky Bauführer Johann Töpfl, Baumeister (9884).
„ „ Sechshaus, Wehrgasse 4, von Franz Grohse, Bauführer Adolf Zwerina (9890).
„ „ Seitentract, Rudolfsheim, Dreihausgasse 19, Einl.-Z. 179, von Hermine Grüning, Bauführer A. Blaschke, Architekt.
„ „ Rudolfsheim, Sigmundsgasse 4, von Sebastian Obermayer, Bauführer Johann Prokſch, Maurermeister (9982).
XV. Bezirk: Fünfhaus, Goldschlagstraße 19, von Gustav Lindner, Bauführer Matthias Millik, Maurermeister (8007).
XVI. Bezirk: Ottakring, Wagnergasse 8, von Franz Kitzler, Bauführer Franz Horak (19175).
„ „ Ottakring, Grüllemeyergasse 15, von Anna Zak, Bauführer Josef Strauß sen. (19742).
„ „ Hernals, Uniongasse 4, von Aurelie Friedrich, Bauführer Franz Gräf (19776).
XIX. Bezirk: Wohnzimmerzubau im Hofe, Unter-Döbling, Peregrinigasse 145, von Josef Kamptner, Bauführer Franz Feigl (8768).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Bräunerstraße 7, von Karl Schuh, Bauführer F. Prokesch (2963).
„ „ Neuer Markt 7, von Stanislaus Hanusch, Stadtbaumeister (2991).
„ „ Rothenthurmstraße 15, von Karl Quidenus, Stadtbaumeister (3011).
„ „ Freyung 1, von Jg. und J. Kuffner, Bauführer Franz Bock (3048).
II. Bezirk: Große Sperlgasse 43, von Karl Meißl, Bauführer D. Hofmann (2914).
„ „ Schiffamtsgasse 10—12, von Johann Krottenthaler, Maurermeister (2934).
„ „ Lilienbrunngasse 21, von Max Kaiser, Baumeister (2976).
„ „ Circusgasse 2, von Wolfgang R. v. Manner, Bauführer A. Tichy (2980).
„ „ Vereinsgasse 7, von Hermann und Regina Konrad, Bauführer A. Oberländer (2999).
„ „ Stefaniestraße 2, von Rudolf Jäger (3035).
III. Bezirk: Seidlgasse 4, von Dr. Julius Pfeiffer, nomine Prinz Alois Liechtenstein, Bauführer J. Pflugmacher (2959).
„ „ Matthäusgasse 11, von Joh. Strudl, Bauführer J. Schobesberger (3038).
IV. Bezirk: Wienstraße 23, von Alexander Taigny, Bauführer L. Scherer (2911).
„ „ Victorgasse 16, von Ignaz Berau, Bauführer J. Spilka (2930).
„ „ Favoritenstraße 40, von Anna Kunz, Bauführer C. Beranek (2946).
V. Bezirk: Margarethenstraße 6, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3017).
„ „ Rüdigergasse 7, von Anton Salzer, Bauführer J. Schonka (3041).
VI. Bezirk: Garbergasse 20, von Stephan Kostrik, Bauführer A. Langer (2919).
„ „ Millergasse 40, von Karl Flemmisch, Bauführer M. J. Sturany (2994).
VII. Bezirk: Westbahnstraße 7, von Johann Lipka, Bauführer J. Müller (2979).
„ „ Kandlgasse 12, von Franz Schachhuber, Bauführer? (3037).
IX. Bezirk: Alserbachstraße 6, von Franz Krazik, Bauführer M. Göd (3000).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 40, von Johann Jiskra, Bauführer Wenzel Gabauer (19617).
„ „ Ottakring, Panikengasse 5, von Anton Marksteiner, Bauführer Georg Kowařik (19162).
„ „ Ottakring, Annagasse 4, von Mathilde Horak, Bauführer Thomas Mann (19161).
„ „ Neulerchenfeld, Gaullachergasse 14, von Georg Kowařik, Bauführer Franz Haslinger (19165).
„ „ Ottakring, Römergasse 16, von Josef und Marie Petzina, Bauführer Franz Lehninger (19326).
„ „ Ottakring, Hauptstraße 189, von Josefa Opfermann, Bauführer Ferdinand L. Baldia (19327).
„ „ Ottakring, Hauslabgasse 14, von Johann Schmitz, Bauführer Franz Roth (18782).
XVII. Bezirk: Hernals, Stiftgasse 95, von Walburga Albach, Bauführer Adalbert Pachner, Maurermeister (15811).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Canal, Erzherzog Karlplatz 1, von Gebrüder Guttmann, Bauführer J. Nowak (2992).
III. Bezirk: Rauchfang, Landstraße, Hauptstraße 124, von Karl Kronsteiner, Bauführer F. Reitbauer (2950).
„ „ Magazin, Dietrichgasse 12, von Josef Voigt & Comp., Bauführer ? (2984).
IV. Bezirk: Faßaufzug, Favoritenstraße 17, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3018).
„ „ Rohrcanal, Favoritenstraße 17, von Josef Kührer, Bauführer A. Honus (3019).
V. Bezirk: Hofeindeckung, Griesgasse 12, von Sandor Faray, Bauführer A. Zwerina (2947).
XI. Bezirk: Zwei Aborte, eine Senk- und Mistgrube, drei Holzlager und eine Veranda und Adaptierung, Kaiser-Ebersdorf, Hauptstraße 29, von Michael Hierner, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (6779).
„ „ Einmündung des Rohrwasserlaufcanales in den Wasserlauf, Simmering, Theresiengasse Conscr.-Nr. 343, von Lorenz Hawlitschek, Bauführer Ferdinand Kaindl, Baumeister (6780).
XII. Bezirk: Gassenfaçade-Renovierung, Unter-Meidling, Ehrenfelsg. 22/24, von Wilhelm Schediwy, Bauführer Friedrich Sonnenburg (12878).
„ „ Stirnmauer-Aufstellung, Unter-Meidling, Franzensgasse 26, von Anna Adam, Bauführer Josef Hartl (13032).
„ „ Hausrenovierung, Unter-Meidling, Hirschengasse 6, von Jos. Löffler, Bauführer Josef Rucker (13033).
XIII. Bezirk: Stiegenhaus, Breitensee, Hütteldorferstraße 62, von der Österr.-Amerikanischen Gummifabriks-Actiengesellschaft, Bauführer Gottfried Alber, Baumeister (11918).
XV. Bezirk: Haus, Adaptierung für Bureauzwecke, Fünfhaus, Neubaugürtel Or.-Nr. 14 u. 16, Conscr.-Nr. 635/636, von der k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen, in Vertretung des Provisionsfonds ihrer Arbeiter und Diener als Eigenthümer des Hauses, Bauführer Friedrich Dirnberger, bgl. Stadtmaurermeister (8236).
„ „ Haus, Adaptierung für Bureauzwecke, Fünfhaus, Felberstraße Or.-Nr. 2a, Conscr.-Nr. 707, von der k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen, in Vertretung des Provisionsfonds ihrer Arbeiter und Diener als Eigenthümer des Hauses, Bauführer Friedrich Dirnberger, bgl. Stadtmaurermeister (8235).
XVI. Bezirk: Canal, Ottakring, Payergasse 4, von Anna Kohn, Bauführer Josef Schmetterer (18962).
„ „ Stall, Ottakring, Abelegasse 13, von Anton Berger, Bauführer Thomas Hofer (19163).
XVII. Bezirk: Herstellung einer neuen eisernen Treppe, Hernals, Hauptstraße 2d, von Moriz Taussig, Bauführer ? (15706).
„ „ Herstellung einer Düngergrube, Neuwaldegg, Salmannsdorferstraße 3, von Jakob Rothberger, Bauführer Heinrich Glaser, Stadtbaumeister (15812).
„ „ Herstellung eines neuen Wasserlaufes, Hernals, Teichgasse 1, von Felix Pfeifer, Bauführer Karl Kuzel, Maurermeister (14732).
„ „ Herstellung einer Jauchengrube, Dornbach, Pointengasse 6, von Eduard Strache, Bauführer Johann Steinmetz, Baumeister (14860).

Für Stockwerksaufsetzungen:

XII. Bezirk: Stockaufbau auf einen ebenerdigen Tract, Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 118—120, von Karl Otte, Bauführer Friedrich Sonnenburg (12877).
XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Gaullachergasse 45, von Elise Nemeth, Bauführer Wenzel Marek (19325).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Grundb.-Einl. 2199, Treustraße, von Leopold, Anton und Marie Schwarzhuber (3010).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

II. Bezirk: Haidgasse 16, von Emerich Blasser (2932).
VII. Bezirk: Siebensterngasse 33, von Karl Quidenus, Stadtbaumeister (3012).
VIII. Bezirk: Lerchengasse 11, von Josef Redler (3029).
XII. Bezirk: Unter-Meidling, Franzensgasse, Einl.-Z. 1126, Parc. 586, Gruppe 281/4, von Maximilian Großmann (12875).
XIV. Bezirk: Cat.-Parc. 1087, Grundb.-Einl.-Z. 913, Rudolfsheim, Goldschlagstraße Or.-Nr. 72, von Jos. Král (10064).
XVI. Bezirk: Ackerparc. 766, Einl.-Z. 1918, Ottakring, von Julius Frankl. und Alfred Sachs (19743).
" " Neulerchenfeld, Burggasse 56, von Josef Seichert (19932).
XVII. Bezirk: Hernals, Palffygasse 16, von Ferdinand Rößler (14751)
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Prinz Eugenstraße 16, von Marianne Jonak von Freyenwald. (8831).

Gewerbeanmeldungen vom 4. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Kauditsch Barbara — Feilbieten von Gebäck, Obst und Grünwaren — XVIII., Währing, Kreutzgasse 60.
Szellinger Josef — Fleischselchwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 63.
Kastl Anton — Friseur — XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 26.
Bauer Julie — Gast- und Schankgewerbe — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 19.
Hondl Magdalena — Gast- und Schankgewerbe — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 60.
I. katholischer Arbeiter-Verein für Niederösterreich — Gastgewerbe — V., Kohlgasse 13.
Gaigg Rudolf — Gastwirt — IV., Favoritenstraße 12.
Korotwitzka Johann — Gastwirt — I., Wipplingerstraße 20.
Basel Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Währingerstraße 61.
Grubwieser Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 224.
Grünhut Arnold — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mariahilferstr. 19.
Heffmann Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Idagasse 3.
Hlawacsek Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Franzensgasse 17.
Kohoutek Jakob — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 7/9.
Prechtl Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 18.
Scherr Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Penzing, Gurkgasse 7.
Werner Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Alserbachstr. 10.
Klempa Johann — Grünwarenhandel — XVI., Ottakring, Seitenbergasse 28.
Siebenschein Bernhard — Handel mit Knöpfen — I., Ruprechtsplatz 2.
Schwanhauser Franz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Wienerstraße 56.
Spatka Johann — Kleinhandel mit Holz und Kohlen — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 62.
Böhm Michael — Maurergewerbe — IV., Schleifmühlgasse 6.
Spurzem Engelbert — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Lerchenfelderstraße 47.
Sosna Wenzel — Milchmeier — XIV., Rudolfsheim, Sigmundsg. 13.
Binder Hermine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Straßnitzkyg. 6.
Krampf Anton — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Herrengasse 37.
Wettengel Marie — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verschleiß — XVI. Ottakring, Ganslergasse 9.
Ertel Amalia — Milch-, Gebäck-, Eier- und Butter-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Steinergasse 17.
Hoffmann Isaak — Pfaidler — IX., Nussdorferstraße 29.
Wögerer Wilhelmine — Pfaidlerei und Vordruckerei — I., Hoher Markt 9.
Eibl Josef — Photograph — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 62.
Petržilka Anton — Schuhmacher — V., Hundsthurmerstraße 111.
Nowotny Marie — Schuhwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Kohlenhofgasse 7.
Hreschich Josef — Seifensiedergewerbe — XII., Gaudenzdorf, Badg. 11.
Patera Franz — Spengler — V., Embelgasse 34.
Schartl Marie — Spirituosenhandel — X., Hasengasse 24.
Ballada Anton — Tischler — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstr. 22.
Hansen Josef — Veranstaltung von Kahnfahrten am untersten Teiche am Galizinberge — XVII., Dornbach, Braungasse 15.
Giesl v. Gieslingen Johann — Verkauf von Gratulationskarten — IV., Alleegasse 20.
Skrivan Benigna — Verschleiß von Kerzen, Seife, Lauge und Petroleum — XIV., Sechshaus, Ullmannstraße 56.
Pabst Alois — Verschleiß von neuen Uhren — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 28.
Kralik Johann — Victualien-Verschleiß im Umherziehen — X., Wielandgasse 11.
Simek Marie — Victualien-Verschleiß — X., Columbusgasse 68.
Simon Anna — Wäschergewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 79.
Stanek Anna — Wäschereigewerbe — XII., Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 67.
Fabesch Therese — Woll- und Pfaidlerwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 10.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 5. Mai 1893.

Faber Roman — Bäcker — V., Matzleinsdorferstraße 41.
Paukert Theodor — Brantweinausschank und Verabreichung von Thee und Punsch — XI., Simmering, Felbergasse 14.
Beutel Marie — Dienstvermittlung — IV., Karolinengasse 18.
Forberger Karl — Erzeugung von Waschsoda — XIV., Rudolfsheim, Schellingergasse 23.
Zentner Marie — Gastwirtin — III., Gärtnergasse 3.
Cselko Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 13.
Danzinger Antonia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Hermanng. 11.
Franke Magdalena — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptzollamt.
Hemrich Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Albertg. 27.
Lechner Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Sigmundsgasse 4.
Souček Karl — Herrenkleidermacher — VII., Myrthengasse 17.
Svetlik Anton — Herrenkleidermacher — III., Custozzagasse 5.
Toisl Johann — Herrenkleidermacher — VII., Lerchenfelderstraße 33.
Topfer David, Dr. — Hof- und Gerichtsadvocat — XVIII., Währing, Gürtelstraße 66.
Blazek Anna — Kaffeesiedergewerbe — VII., Kaiserstraße 56.
Laska Theodor — Markt-Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Grzegorz Christine — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Embelg. 22.
Heublum Chaje — Modistin — VII., Siebensterngasse 35.
Pollander Edmund — Musiker — VII., Schottenfeldgasse 22.
Fülöp Benno — Photograph — V., Kleine Neugasse 21.
Brolich Alexandrine — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VIII., Josefsgasse 12.
Pinsa Karl — Schleifergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 21.
Topfer Michael — Schlossergewerbe — XVIII.. Währing, Schulgasse 47.
Höritsch Johann — Schuhmacher — VIII., Strozzigasse 25.
Eisner Karoline — Spirituosenhandel — IX., Fluchtgasse 9.
Grom Karoline — Spirituosen-Verschleiß — V., Siebenbrunnengasse 65.
Flechner Emil — Tapezierer — VIII., Florianigasse 46.
Goldstein Marianne Gittel — Trödlergewerbe — VII., Lerchenfelderstraße 51.
Wimmer Franz — Victualien-Verschleiß — III., Adamsgasse 17.
Metschl Franz — Wasser-Installateur — XV., Fünfhaus, Sperrgasse 12.
Lorenz Franz — Zeitungs-Verschleiß — XIII., Penzing, Tegetthoffstr. 35.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 6. Mai 1893.

Michel Josef Hermann, Dr. — Advocatie — XVIII., Währing, Feldgasse 42.
Weiger Eduard — Ausleihen von periodischen Druckschriften — I., Heiligenkreuzerhof, Grashofgasse 3.
Lieb Johann — Ausschank von Wein und Verabreichung kalter Speisen — IV., Pressgasse 17.
Brendl Jakob — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Commune Wien — Betrieb des Theresienbades — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 6.
Roth Siegmund — Brantwein- und Theeschank — XV., Fünfhaus, Herklotzgasse 22.
Pitzinger Franz — Colporteur — X., Landgutgasse 3.
Nagel Wilhelm — Commissionshandel mit Rohholz — III., Reisnerstraße 2.
Tandler Leopold, Tandler Moriz — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Mölkerbastei 3.

Seffer Marie — Feilbieten von Obst, Blumen und Grünwaren — XVII., Hernals, Syringgasse 13.
Schaumberger Johann — Flaschenbierhandel — X., Kudlichgasse 36.
Herlitzek Samuel — Flaschenbier-Verschleiß — XVII., Hernals, Hauptstraße 94.
Kellner Josef — Gastwirt — VIII., Florianigasse 13.
Schnabel Johann — Gastwirt — X., Bergstraße 1.
Seidl Johann — Gastwirt — I., Bellariastraße 12.
Eckerth Kaspar — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtel 4.
Hof Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 59.
Krötzl Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leopoldigasse 4.
Leb Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Gartengasse 17.
Lenotta Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 9.
Schwager Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 40.
Sykora Ferdinand — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Weihburggasse 14.
Fischer Eduard, Dr. — Herausgabe des „Medicinisch-chirurgischen Centralblattes" — I., Renngasse 8.
Tammler Katharina — Himbeer- und Sodawasser-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 19.
Androsch Marie — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — XVI., Neulerchenfeld, Herbststraße 31.
Corček Johann — Kaffeesiedergewerbe — IX., Garnisongasse 3.
Lange Hermann Gustav — Kaffeeschankgewerbe — IX., Nussdorferstr. 9.
Hofmeister Franz — Leichenbestattungs-Unternehmung — XVII., Dornbach, Kirchenplatz 2.
Konstantin Karl — Marktvictualienhandel — XI., Simmering, Marktplatz.
Czernahorsky Barbara — Milch-Verschleiß — V., Schallergasse 1.
Brand Josefa — Papier- und Kurzwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Reschgasse 5.
Fuchs Julius — Pfaidler — I., Vorlaufstraße 1.
Pollak Louise — Pfaidlerin — I., Adlergasse 5.
Jaksch Johann — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Sterngasse 21.
Maruschka Johanna — Presshefe-Erzeugung — I., Renngasse 7.
Werner Emilie — Privat-Zitherschule — X., Herndlgasse 18.
Kudrna Karl — Sattler — X., Himbergerstraße 2.
Trnka Josef — Schnittwarenhändler — XVII., Hernals, Hauptstr. 104.
Prskavec Josef — Schuhmacher — VIII., Josefstädterstraße 79.
Strejček Matthias — Stahl- und Metallschleifer — XV., Fünfhaus, Pouthongasse 12.
Laurer Josef — Tapezierer — XIII., Hütteldorf, Hauptstraße 33.
Svoboda Josef — Taschnergewerbe — XVII., Hernals, Hauptstraße 32.
Zawadil Marie — Verabreichung von kalten Speisen und Liqueuren und Ausschank von Bier — VIII., Josefstädter-Theater.
Kulka Robert — Veranstaltung einer Möbelindustrie-Ausstellung — I., Gartenbau-Gesellschaft.
Rott Richard — Verschleiß von Fahrrädern, Nähmaschinen, Lampen und den einschlägigen Artikeln — IX., Porzellangasse 52.
Strumpf Rosina — Victualienhandel im Umherziehen — V., Matzleinsdorferstraße 32.
Lecmann Josefine — Zeitungs-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 33.
Wittek Wilhelm — Zeitungs-Verschleiß — X., Quellengasse 244.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1893.

Kuhlmey Karoline Aloisia — Anstreichergewerbe — II., Haidgasse 15.
Nowaczek Anton — Bestandwirt — I., Ballgasse 6.
Skutetzky Francisca — Bettdecken-Erzeugung — IX., Rögergasse 12.
Reinwein Marie — Bindergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Kreindlg. 8.
König Rudolf — Brantwein- und Theeschank — XIV., Rudolfsheim, Schwendergasse 2. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 5. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Dr. Klotzberg wegen Fernbleibens . . . 937
2. Dank der Vorstehungen des St. Annen-Kinderspitales und des Central-Krippenvereines für die der Frau H. Nilius verliehene communale Auszeichnung . . . 937
3. Zuschrift der Vorstehung des Allgem. nied.-österr. Volksbildungs-Vereines, betreffend die Annahme der ihr alternativ bewilligten Subvention . . . 937
4. Spende des Wohlthätigkeitsbazars vom Jahre 1893 . . . 937
5. Desgleichen des Herrn Jacques Landesmann . . . 937
6. Desgleichen eines ungenannt sein Wollenden . . . 937
7. Desgleichen des Herrn Adolf Kuffner . . . 937
8. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Räumung der Hauscanäle im XII. Bezirke . . . 937
9. Desgleichen des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Übertragung von, der freiwilligen Feuerwehr in Gaudenzdorf gehörigen Feuerwehr-Telegraphenapparaten . . . 937
10. Desgleichen des Gem.-Rathes Steiner, betreffend Incorrectheiten des Bezirksausschusses Wilhelmy im XIX. Bezirke . . . 938
11. Desgleichen des Gem.-Rathes Dr. Uhl, betreffend die Vergebung der Romancement-Lieferung für Baulos I des Sammelcanales am linken Donauufer . . . 938
Einlauf:
12. Petition der Bewohner von Kaiser-Ebersdorf, betreffend die Einführung der Straßenbespritzung in den Hauptstraßen (Gem.-Rath Seidler) . . . 938
Interpellationen:
13. Gem.-Rath Büsch, betreffend Vorkehrungen zur möglichsten Beseitigung der durch die Wasserrohrlegungen hervorgerufenen Geschäftshemmungen im XII. Bezirke . . . 939
14. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Überlassung des Rathhausplatzes für das Fest des „Deutschen Schulvereines" . . . 939
15. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend den Stand der Vorarbeiten für den Bau städtischer Gaswerke . . . 939
16. Gem.-Rath Dobes, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling . . . 939
Anträge:
17. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Convertierung der älteren Gemeindeanlehen . . . 939
18. Gem.-Rath Dr. Lueger, betreffend die Regulierung des am Ausgange der Siebenbrunnen- und Kohlgasse im V. Bezirke gelegenen städtischen Grundes . . . 940
19. Gem.-Rath Dobes, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling . . . 940
20. Gem.-Rath Kaspar, betreffend die Berücksichtigung der in den entlegenen Bezirkstheilen sesshaften Professionisten bei Vergebung von Arbeiten für diese Gebiete . . . 940
21. Gem.-Rath Büsch, betreffend die Errichtung einer Bedürfnisanstalt bei der Maria Theresienbrücke in Meidling . . . 940
22. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Errichtung von Schlachthäusern für Pferde und Stechvieh . . . 940
23. Gem.-Rath Edlhofer, betreffend die Änderung und Ergänzung der öffentlichen Beleuchtung im XVI. Bezirke . . . 941
24. Gem.-Räthe Bärtl und Steiner, betreffend die Einführung der Gas- und Wasserleitung in der Neustiftgasse im XIX. Bezirke, anlässlich der Arbeiten wegen Überwölbung des Krottenbaches . . . 941
Referat:
25. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung . . . 941
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 2. Mai 1893 . . . 957
Allgemeine Nachrichten:
Auswanderungen nach Brasilien . . . 963
Silber- und Kupfermünzen-Einziehung und Bronzemünzen-Ausgabe . 963
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 30. April bis 6. Mai 1893 . . . 964
Pferdemarkt vom 5. Mai 1893 . . . 964
Schlachtviehmarkt vom 8. Mai 1893 . . . 964
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 30. April bis 6. Mai 1893 . . . 965
Städtisches Lagerhaus . . . 965
Sanitätsangelegenheiten:
Verschärfte Überwachung der auf Anpreisung von Arzneifabricaten bezughabenden Druckschriften . . . 965
Gewerbeangelegenheiten:
Verbot der Ausgabe von Blechmarken und anderen Geldanweisungen 965
Ausweis über das Lehrlingsstellen-Nachweiseamt des Wiener Magistrates . . . 965
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 4. Mai bis 8. Mai 1893 . . . 965
Gewerbeanmeldungen . . . 967
Kundmachungen.
Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates pro März 1893.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.